

Josef Seiter, Elke Renner, Grete Anzengruber

Bedenkliches Gedenken

1945 – 2005: Zwischen Mythos und Geschichte

Schulheft 120/2005

StudienVerlag

IMPRESSUM

schulheft, 30. Jahrgang 2005

© 2005 by StudienVerlag Innsbruck-Wien-Bozen

ISBN 3-7065-4131-9

Layout: Sachartschenko & Spreitzer OEG, Wien

Umschlaggestaltung: Josef Seiter

Printed in Austria

Herausgeber: Verein der Förderer der Schulhefte, Rosensteingasse 69/6,
A-1170 Wien

Grete Anzengruber, Barbara Falkinger, Anton Hajek, Norbert Kutalek, Peter Malina, Heidrun Pirchner, Editha Reiterer, Elke Renner, Erich Ribolits, Josef Seiter, Michael Sertl, Karl-Heinz Walter, Reinhard Zeilinger, Johannes Zuber

Redaktionsadresse: schulheft, Rosensteingasse 69/6, A-1170 Wien; Tel.: 0043/1/4858756, Fax: 0043/1/4086707-77; E-Mail: seiter.anzengruber@utanet.at; Internet: www.schulheft.at

Redaktion dieser Ausgabe: Grete Anzengruber, Elke Renner, Josef Seiter

Verlag: Studienverlag, Erlenstraße 10, A-6020 Innsbruck; Tel.: 0043/512/395045, Fax: 0043/512/395045-15; E-Mail: order@studienverlag.at; Internet: www.studienverlag.at

Bezugsbedingungen: schulheft erscheint viermal jährlich.

Jahresabonnement: € 24,-; Einzelheft: € 9,50

(Preise inkl. MwSt., zuzügl. Versand)

Die Bezugspreise unterliegen der Preisbindung. Abonnement-Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Geschäftliche Zuschriften – Abonnement-Bestellungen, Anzeigenaufträge usw. – senden Sie bitte an den Verlag. Redaktionelle Zuschriften – Artikel, Presseaussendungen, Bücherbesprechungen – senden Sie bitte an die Redaktionsadresse.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Redaktion und Verlag keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Offenlegung: laut § 25 Mediengesetz:

Unternehmensgegenstand ist die Herausgabe des schulheft. Der Verein der Förderer der Schulhefte ist zu 100 % Eigentümer des schulheft.

Vorstandsmitglieder des Vereins der Förderer der Schulhefte:

Elke Renner, Barbara Falkinger, Josef Seiter, Grete Anzengruber, Michael Sertl, Hannes Zuber.

Grundlegende Richtung: Kritische Auseinandersetzung mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Themenstellungen.

INHALT

Vorwort	5
---------------	---

Renate Welsh-Rabady Geschichten erzählen	8
---	---

Die Konstruktion von Mythen

Peter Malina „Die Geschichte selbst hat keinen Sinn, sondern sie offenbart immer nur den Sinn, der ihr beigemessen wird.“	19
<i>Jubiläen als Erinnerungsveranstaltungen</i>	

Heidemarie Uhl „Österreich ist frei!“	29
<i>Die Re-Inszenierung der österreichischen Nachkriegsmythen im Jubiläumsjahr 2005</i>	

Edith Blaschitz Visual Nation Building	40
<i>Visuelle Mythen und staatlich-pädagogische Maßnahmen zur österreichischen Identitätskonstruktion bei Kindern und Jugendlichen (1945-1955-2005)</i>	

Andreas Pribersky 25PEACES	60
<i>Warum die Bruchstücke des Neuen so alt aussehen oder: Wo ist die entführte Kuh geblieben?</i>	

Christa Nowshad Mythos Staatsvertrag – Realität Österreich – Vision Europa?	66
<i>Vom Versuch, über Geschichten aus der Geschichte junge Menschen in ihrem Hier und Heute zu erreichen. Eine Ausstellung im Museum Arbeitswelt Steyr.</i>	

Der Weg von 1945 bis 2005

Hans Hautmann Österreichs Weg nach 1945.	73
<i>Eine Sicht durch die Brille des Gedenkjahres 2005</i>	

Hannes Hofbauer Jetzt erst rechts!	88
<i>Wirtschafts- und sozialpolitische Rechtsentwicklungen seit 1945</i>	

Gerald Oberansmayr
Was brachte der EU-Beitritt den ArbeitnehmerInnen? 100
10 Jahre EU-Beitritt – eine Bilanz

Günter Reder
EU-Kriegseinsätze im Ausland statt Neutralität 105
Österreichische Sicherheitspolitik 10 Jahre nach dem EU-Beitritt

Das Fehlen der Anderen

Ljubomir Bratic
Das Jubiläumsjahr und die Möglichkeit der Politik 111

Eva Blimlinger
**Das Gedankenjahr und wem gedankt und woran
(nicht) gedacht wird** 123

Peter Gstettner
Erinnern oder jubelieren? 137
Kärntens Befreiung 1945/2005

Was bleibt

Martina Weitlaner
Mauthausen – und heute? 152

AutorInnen 158

Vorwort

Geplant war eigentlich ein schulheft, das einen umfassenden kritischen Blick auf die verschiedenen Aktionen, Ausstellungen und Publikationen im „Gedankenjahr“ 2005 werfen sollte. Nun, am Ende des Jahres, wissen wir, dass dieser Blick auf das Riesenprojekt der verstaatlichten Geschichtsindustrie in einem schmalen schulheft nicht unterzubringen ist. Ehe wir auf die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Nummer eingehen, wollen wir doch eine grobe Rückschau auf die Ereignisse dieses „Jubiläumsjahres“ halten.

Als die offiziellen Vorbereitungen für 2005 ihre Schatten voraus warfen, vermuteten viele ganz zu Recht, dass damit der Beginn zahlloser unkritischer Jubelfeierlichkeiten eingeläutet werden würde. Tatsächlich setzte das Jahr der verordneten Österreich-Gesinnung mit einer Fülle an Ausstellungen und Symposien ein. Allein der Wiener Veranstaltungskalender (hg. vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien) wies auf weit über 100 „Events“ hin. Zahlreich sind die staatlich unterstützten Publikationen, allen voran das in flexiblem Goldlack gebundene Jubiläums-Lesebuch der Republik und unüberschaubar die Beiträge in den verschiedenen Printmedien.

Die kollektive Erinnerung der meisten Ausstellungen baute auf dem Opfermythos Österreichs auf und darauf, dass sich das kleine Land nach der Beseitigung des Nazi-Regimes (durch die Alliierten) mit unglaublicher Kraftanstrengung, einem Phönix gleich, in die lichten Höhen des multidimensionalen Erfolgs emporgeschwungen habe. Die Bilder der österreichischen Identität in den diversen politischen/öffentlichen Veranstaltungen glichen einander: die Schönheit der Landschaft, die technischen Leistungen, die Kraft der Wirtschaft, der Glauben an das aus eigener Kraft erwirtschaftete Volksvermögen, das übermächtige kulturelle Vermächtnis und vor allem die hagiografische Parade von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, also die stetige stereotype Präsentation zentraler Mythen der Geschichte der 2. Republik.

Und die ÖsterreicherInnen feierten mit, niemand soll sagen, dass kein Interesse bestanden hätte. Die erste Großausstellung auf der niederösterreichischen Schallaburg „Österreich ist frei“, benannt nach einer geschichtlichen Halbwahrheit, wurde von über 220.000 BesucherInnen gesehen und die Ausstellung im Wiener Belvedere „Das neue Österreich“ zählte 310.000 BesucherInnen. Die Parade des Bundesheeres mit ihren Begleitevents lockte am Nationalfeiertag 650.000 BesucherInnen an – die Gulaschkanonen allein konnten nicht der Grund für die Begeisterung gewesen sein.

Die auflagen- und reichweitenstärksten Medien, allen voran der ORF und die Kronenzeitung, unterstützten die von Regierung und anderen Interessenverbänden betriebene Geschichtsschreibung. Dem „Paradehistoriker“ des Landes, Hugo Portisch, gelang mit seiner Fernsehserie zur Zweiten Republik wieder eine der publikumswirksamen, aus Wahrheiten und Halbwahrheiten geklitterten Geschichtscollagen.

Wie bei allen staatlich verordneten Feiern sollte/musste auch die Schuljugend aktiv werden: Das BMBWK startet ein ÖsterreichQuiz (3.802 Einzeleinsendungen) und lud für eine Materialsammlung zum Thema „Österreich-Album 1945–1955“ ein: 346 Schulen nahmen teil. Ein Projektteam unter dem Aufdeckungsjournalisten Alfred Worm initiierte im Online-Betrieb der Wiener Zeitung das Projekt „Schüler schreiben Geschichte“ (<http://oe2005.at>): Ehrenschutz Bundespräsident Fischer.

Natürlich gab es auch kritische und oppositionelle Stimmen in diesem Jahr, denen – wenn auch nicht staatlich subventioniert – in Zeitungsartikeln, Kolumnen und Diskussionsveranstaltungen Raum für Analyse und Kritik gegeben wurde.

Viel zu wenig Beachtung fanden in der breiten Öffentlichkeit verschiedene Aktionsgruppen mit Medienaktionen, künstlerischen Interventionen und Ausstellungen. Informationen dazu sind unter der Webadresse des sich als „minus Österreich“ bezeichnenden Gegenprojekts zu finden: www.oesterreich-2005.at. Diese Aktionsplattform, die sich selbst „das Vorsorgepaket gegen ein Jahr Heimat-Feiern“ nennt, bringt noch immer das wahrscheinlich umfangreichste Kalendarium und – im Nachhinein –

die wichtigste widerspenstige Primärdokumentation zu 2005. Das anarchopolitische Websatiremagazin „Raketa“ www.raketa.at bot immer wieder alternative Programme an.

Nicht alle staatlich unterstützten Institutionen ließen sich für den Jubelfestzug vereinnahmen. Als Beispiele seien hier genannt: die Sonderausstellung im Arbeitsweltmuseum in Steyr „Mythos Staatsvertrag. Geschichten aus der Geschichte“, die sich mit der laufenden Ausstellung „Migration“ verband (siehe S. 66), die kleine, aber feine stadthistorische Bedenkausstellung „Die Fahnen hoch“ im Stadtmuseum Graz oder die Schau im Jüdischen Museum Wien: „Jetzt ist er böse, der Tannenbaum“.

In die offiziell verordneten Bilder des Jubeljahres passten viele Themen nicht hinein: so etwa die am Aufbau wesentlich mitbeteiligten „Gastarbeiter“, die MigrantInnen und AsylantInnen, die Fremdenfeindlichkeit, die soziale Benachteiligung verschiedener Gesellschaftsschichten und Frauen oder die Probleme des immer löchriger werdenden Sozialnetzes und ein immer stärker fühlbar werdendes Demokratiedefizit.

Wenn auch nicht offiziell deklariert, so ist eines doch ganz klar: Das Jubeljahr diente als ideologische Basis für die noch stärkere Einbindung Österreichs in die EU und als Vorbereitung für das Einläuten der österreichischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2010.

Auf diese beiden letztgenannten Themenbereiche legt das nun vorliegende schulheft die Schwerpunkte. Auf die Aufdeckung und Dekonstruktion der durch die offiziellen Events nicht angetasteten Geschichtsmysmen gehen andere Beiträge ein und in guter schulheft-Tradition werden die Themen von Beiträgen über und von SchülerInnen umschlossen.

Josef Seiter

Geschichten erzählen

Das Gedankenjahr geht dem Ende zu, wie weit es tatsächlich zum Denken geführt hat, wird die Zukunft zeigen. Immerhin, es sind Gespräche in Gang gekommen zwischen Enkelkindern, Großeltern und Urgroßeltern, Gespräche zwischen alten Menschen und den Jungen, die angeblich so gar nichts mit Geschichte im Sinn haben. Zwischen Großeltern, die „Kriegskinder“ waren und die gerade über diese Zeit wenig bis gar nicht gesprochen hatten – sie wurden ja auch nicht danach gefragt: Kinder „verstehen sowieso nicht“, „schlafende Hunde lässt man am besten ruhen“, „einfach Gras über die Sache wachsen lassen“. Auch über die Gräber, die Bombentrichter, die Schützengräben, die Hinrichtungsstätten: „Seid lieber dankbar, dass es euch jetzt besser geht. Und ärgert uns nicht, wir haben genug mitgemacht.“

Die damals Erwachsenen – also die Urgroßeltern der Kinder und Jugendlichen von heute – waren mit ihren eigenen furchtbaren Erfahrungen und mit dem bloßen Überleben viel zu sehr beschäftigt, um wahrzunehmen, was ihre Kinder fühlten und dachten. Als junge Erwachsene wiederum waren viele „Kriegskinder“ zu sehr damit beschäftigt, sich von der Generation ihrer Eltern und deren Verstrickungen in die Nazivergangenheit abzugrenzen, um sich allzu viele Gedanken über die Kinder zu machen, die sie einmal waren. Eltern glaubten noch vor gar nicht langer Zeit mit ungeheurer Selbstverständlichkeit, sie hätten das Recht und die Pflicht über ihre Kinder zu richten, aber eines Tages standen die Kinder als Richter vor ihnen und klagten sie an: „Was habt ihr getan? Und warum habt ihr nichts gegen die Menschenverachtung, gegen die Morde, gegen die Verbrechen getan?“ Richter und Angeklagte in einer Person. Wobei meine Generation nie wissen wird, ob wir mitgejubelt, mitgeschrien, mitgemordet, Augen und Ohren verschlossen hätten.

Vor diesem Hintergrund wurden die ehemaligen Kinder, die ein manchmal trauriges Dasein in den Körpern und Seelen inzwi-

schen etablierter Erwachsener führten, wieder zur Seite geschoben und das blieb nicht ohne Folgen, wobei sich manche erst heute zeigen, seit die Erwachsenen alt geworden sind und sich nicht mehr auf den Schutz ihrer Unersetzlichkeit, ihrer beruflichen Tüchtigkeit, ihrer Zuständigkeit verlassen können. Wenn heute die Großeltern und Urgroßeltern nach ihren Erinnerungen gefragt werden, wenn sie also in ihrer eigenen Vergangenheit nach dem kleinen Peter, der kleinen Grete buddeln müssen und plötzlich feststellen dürfen, dass die „kids“ von heute sich für sie interessieren, für das, was ihnen Angst machte, aber auch für das, was sie freute, dann kann ein wirkliches Gespräch beginnen, dann kann auch verschüttete Erinnerung ausgegraben werden. „Jetzt, wo wir darüber reden, fällt mir ein ...“, das ist ein Satz, der in mehreren Interviews wörtlich vorkommt.

Ein Dialog, wo oft nur Monologe waren

Natürlich sind die Geschichten, die dabei zu Tage kommen, nur Momentaufnahmen, kleine Steinchen in einem riesigen Mosaik, und es wäre ein furchtbarer Fehler, sie in die Waagschale werfen zu wollen, als könnten die Leiden der Zivilbevölkerung ein Gegengewicht darstellen zu dem Vernichtungsfeldzug, der gegen Juden, Roma, Kommunisten, Sozialdemokraten, Homosexuelle, Bibelforscher, in Wirklichkeit also gegen das Bild vom Menschen und damit gegen die ganze Menschheit geführt wurde. Sie müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Aber ohne die kleinen Geschichten aus dem Alltag von „ganz normalen Menschen“ ist das Mosaik nicht komplett und es ist weit schwerer, einen Bezug zur eigenen Gegenwart zu erkennen. Wenn wir vertrauten Menschen zuhören, uns einlassen auf ihre Geschichten (ohne überheblich zu fragen, ob das nun Geschichten oder nur G'schichterln sind), dann können wir konkret erleben, wie wenig das Vergangene vergangen ist und mit viel Glück sogar ein Muster im Chaos ahnen.

Ob wir wollen oder nicht, wir sind die Erben der Menschen, die vor uns waren, und keineswegs nur die unserer eigenen Verwandten. In unserem Erbteil gibt es großartige Schätze, aber leider auch viele Leichen im Keller. Wenn wir uns auf der Welt um-

sehen, können wir überall feststellen, wie sehr die Vergangenheit die Gegenwart beeinflusst, wie sinnlos es ist, dem „guten Rat“ zu folgen und die Geschichte „ruhen zu lassen“. Sie ruht nicht, sie kann den Boden für Gegenwart und Zukunft fruchtbar machen, aber auch das Grundwasser vergiften, je nachdem, wie wir damit umgehen.

„Im Zuge der Projektarbeit und der Gespräche mit meiner Großmutter bin ich ihr um einiges näher gekommen. Darüber bin ich sehr froh, denn in der Zwischenzeit ist sie leider verstorben“, fasste Laura Edlinger ihre Erfahrungen zusammen. Das erinnerte mich an den Titel eines Buches, das mir großen Eindruck gemacht hat: *Fragt uns aus, wir sind die Letzten*. Fragen, so lange noch Zeit ist, ist gewiss ein Gewinn für die Fragenden ebenso wie für die Befragten. Auch wenn Bernadette Weißnar feststellt: „Meinen Großeltern fiel es nicht immer leicht mir ihre Geschichten zu erzählen und manchmal brachen sie in Tränen aus, was mich sehr berührte“. Waren das Tränen des Selbstmitleids oder Tränen der Erschütterung, des Erkennens? Auf jeden Fall haben sie etwas ausgelöst, Gespräche möglich gemacht.

Ich hoffe sehr, dass diese Gespräche weitergehen. Ich hatte bei manchen der Veranstaltungen des „Gedankenjahres“, auch bei manchen der prämierten Texte, das ungute Gefühl, dass dem Aufrechnen Vorschub geleistet wurde: die Leiden und Entbehrenungen der „unsrigen“ gegen das, was „die unsrigen“ damals „den anderen“ angetan hatten. Wobei es natürlich nie wirklich „die unsrigen“ waren, die da Verbrechen begangen hatten, im allerschlimmsten Fall waren sie unter Befehlsnotstand gezwungen worden, Dinge zu tun, die ihnen wesensfremd waren und eigentlich gar nichts mit ihnen zu tun hatten, aber normalerweise waren nicht „die unsrigen“ Schuld, sondern irgendeine dämonische Kraft, die „denen da oben“ zur Verfügung stand.

Karina Luger, eine ganz besonders engagierte Lehrerin am BORG in Linz, plante im Mai 2005 eine Schreibwerkstatt mit 17-jährigen Schülerinnen und Schülern. Zur Vorbereitung und Einstimmung stellte sie ihnen die Aufgabe, ältere Verwandte oder Bekannte zu interviewen. Diese Texte wurden vorgelesen und fanden gleich die volle Aufmerksamkeit aller Zuhörerinnen und

Zuhörer. Sie merkten bald, wie eine Schülerin schrieb, dass „... so unglaublich hart und einzigartig die Schicksale und Erlebnisse unserer Angehörigen für uns zu sein gewesen schienen, doch alle Befragten Ähnliches erlebt und in Erinnerung behalten haben. [...] Ich glaube, ich spreche im Namen meiner ganzen Klasse, wenn ich behaupte, dass wir durch diese Gespräche sehr viel Interessantes sowohl über die Nachkriegszeit als auch über unsere ‚Wurzeln‘, die Geschichte der eigenen Familie, erfahren haben“.

Ich hatte mir vorgenommen, zunächst nicht zu kommentieren und bat auch die Jugendlichen, erst einmal nur konzentriert zuzuhören und jeden einzelnen Text auf sich wirken zu lassen – die Aufgabe war ja nicht gewesen, die Erzählungen der Interviewpartner zu werten, sondern sie möglichst unverzerrt festzuhalten.

Ich hielt es für besser zu warten, ob die Aussagen durch die Gegenüberstellung mit anderen in einen Kontext gesetzt und durch die Jugendlichen selbst in Frage gestellt würden, auch wenn mir das Warten manchmal schwer fiel.

Da war zum Beispiel die Geschichte einer Großmutter, damals ein Schulkind, die sagte, sie hätte keine Ahnung gehabt, was in der Zeit des Nationalsozialismus passiert sei, man habe ja genug zu tun gehabt mit den Anforderungen des Alltags. Ein paar Sätze weiter erwähnte sie ganz beiläufig, ihr Vater sei Offizier im Lager Mauthausen gewesen und habe oft beim Abendessen von seiner Arbeit erzählt.

Ich war dankbar, dass nicht alle die Rolle der „unbeteiligt objektiven Berichterstatte(r)“ durchhalten konnten. Wie zum Beispiel das Mädchen, dessen Großvater von 1945 bis 1947 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft war. Zu ihrem Interview schrieb sie ergänzend: „Mein Opa erzählt oft von der Zeit seiner Gefangenschaft und ich mache mir viele Gedanken dazu. Oft habe ich mich schon gefragt, warum man ihn damals eingesperrt hat. Fürs bloße ‚Dabeigewesensein‘? Ich frage mich auch jetzt, ob er Dinge getan hat, für die er bestraft werden musste. Es ist sehr schwierig sich vorzustellen, dass der eigene Großvater, eine Person, zu der man aufsieht und vor der man Respekt hat, wie ein Verbrecher eingesperrt war“.

Einfacher war es offenbar, die Geschichte der Frauen zu erzählen. Bei so gut wie allen Interviews spürt man den Respekt der Jugendlichen vor den Frauen, die in schwierigen Zeiten ihre Familien zusammenhielten, die Kinder durchfütterten, ihre Krankheiten mit Hausmitteln kurierten, aus Nichts etwas zu machen wussten: „Ich habe immer im Garten eines Nachbarn Kräuter und Gemüse anbauen dürfen. Die Kleidung für die Kinder habe ich selbst genäht und gestrickt, statt Wolle hat es aber gesponnene Watte gegeben. Aus der habe ich dann Strampelanzüge für die Kinder gemacht, sie später wieder aufgetrennt und kurze Hosen für die Buben gestrickt, und als die dann auch zu klein waren, wurden Topflappen daraus. Die habe ich heute noch.“

In diesen Interviews ist wenig Selbstmitleid zu spüren, eher ein gewisser Stolz, es trotz allem geschafft zu haben, aber auch wenig Mitleid mit anderen, am ehesten noch mit denen, die zusehen mussten, wie man mit den Häftlingen umging. Aus einem Interview mit der Urgroßmutter einer Teilnehmerin: „Dort, wo ich lebte, erfuhr man natürlich von den Gräueltaten in den KZs von Mauthausen und Gusen. [...] Gegen die KAPOs und die SS-Männer traute sich keiner etwas zu sagen, weil sonst wäre man selbst ins KZ gekommen. Aber die waren einfach nur grauslich zu den Häftlingen. Unser Elektriker, Herr Hinum, musste die Elektrozäune für Mauthausen machen, damit niemand fliehen konnte. Der hat das nicht ertragen und wollte sich mit der ganzen Familie umbringen. Seine Frau und seine Kinder überlebten den Selbstmord aber Gott sei Dank und die Kinder leben noch, ganz liebe Leute. Und der Fleischhauer Böhm, der Wurst und Fleisch liefern musste, hielt das Leid und Elend der Häftlinge auch nicht aus und erhängte sich. Als die Lager aufgelöst wurden, mussten die St. Georgener – so wie meine Mutti – die schrecklich geschundenen, kaum noch aus Haut und Knochen bestehenden Gestalten waschen. Mit meiner Cousine, die einen SSler, einen Deutschen, geheiratet hatte, hatte das Leben auch kein Erbarmen. Zuerst ging es ihr wunderbar gut und Wäsche und Windeln wurden von den Häftlingen gewaschen. Ihr Mann war im KZ ‚was‘, er arbeitete in der Kanzlei. [...] Als das KZ aufgelöst wurde, musste meine Cousine dorthin, wo ihr Mann herkam. Die Möbel hatte man ihr gestohlen, sie hatte kein Essen und kein Schlafzeug und musste

mit 4 Kindern nach Deutschland. Ihr Mann ist dann auch sehr bald gestorben und Geld hat sie auch keines bekommen. Sie war arm und das nur, weil sie einen eigentlich netten Mann, aber halt einen SSler, geheiratet hatte“.

Die Mühlviertler Hasenjagd wurde nicht ein einziges Mal erwähnt, es gab viele Beiträge über Angst vor Bomben und Besatzern, über Not, Hunger und harte Arbeit, das sattem bekann- te Bild der eigenen Geschichte: „Wir waren Opfer“, oder zumin- dest „Wir waren auch Opfer“. In einem Interview sagte eine 1924 geborene Ärztin: „Dann bin ich noch in einem Lager gewesen. Das war ein ehemaliges Konzentrationslager, in dem sie dann die Mädchen vom Arbeitsdienst untergebracht haben. [...] Gearbeitet haben wir in einem Büro, das für die Verwaltung von Flugmoto- ren verantwortlich war. Dort ist man auch auf KZler getroffen, die ein bisschen höher gestellt waren und bessere Arbeit verrich- ten durften. Zwei von denen sind jeden Morgen ins Büro gekom- men und irgendwann wurden sie durch zwei andere ersetzt. Wir haben erfahren, dass sie erschossen wurden, weil sie die Essens- rationen falsch verteilt haben. Ich habe aber nie den Eindruck ge- habt, dass die KZler dünner oder kränklicher ausgesehen haben als die anderen. [...] In den letzten Kriegsmonaten hab ich ein Praktikum in der Prosektur gehabt, [...] dort habe ich den ersten amerikanischen Soldaten gesehen. [...] Der ist ein Flieger gewesen und abgeschossen worden. Sein Körper war aber fast gar nicht verletzt. Das war ein braungebrannter, großer Mann. So einen Mann hat man bei uns gar nicht gesehen, weil die alle so ausge- hungert waren.“

Im Nachhinein wäre es schön, sich sagen zu können, man wäre für seine Geduld belohnt worden. Ich fürchte, es war mehr meine Ratlosigkeit, die mich jedes Mal zögern ließ, wenn ich in Versuchung kam einzugreifen, auch gestützt durch die Über- zeugung, dass es immer wirkungsvoller ist, Antworten selbst zu finden als sie übergestülpt zu bekommen. So wartete ich, was die nächste Arbeitseinheit bringen würde. Ich hatte die Jugend- lichen gebeten, einen Gegenstand von ihren Gesprächspartnern mitzubringen. Nun stellten die jungen Leute ihre Fundstücke vor, reichten sie im Kreis herum und beantworteten Fragen da- zu. Es gab mehrere Fotografien, einen Hobel, einen Fotoapparat,

ein Pferdchen aus Holz, einen Topflappen, eine Fahrkarte, einen Brief, einen Silberlöffel mit einem ausgezackten Loch in der Mitte... Und dann in einer Papiertüte aus einer Bäckerei, die die rechesten Semmeln versprach, ein Stück Seife aus Mauthausen.

Als ich Peter Malina später davon erzählte, sagte er mir, es sei keineswegs erwiesen, dass tatsächlich in Mauthausen aus Menschen Seife gemacht worden war.

Ich sah ihn völlig verwirrt an, diese letzte Schändung der Leichen, diese „Endverwertung“ wie es, wenn ich mich nicht irre, in einem Himmler-Brief heißt, schien mir eine so folgerichtige Auswirkung totaler Menschenverachtung. Er nickte, als hätte er meine Gedanken gelesen. „Du hast ganz recht“, sagte er, „es stimmt, auch wenn es nicht so gewesen sein sollte. Es stimmt als Symbol.“

In der Schule in Linz wusste ich das noch nicht, und die jungen Leute wussten es natürlich auch nicht. Alle fassten die Papiertüte mit spitzen Fingern am äußersten Rand an, blickten mit schief gelegtem Kopf hinein und reichten sie schweigend weiter, bis ein Mädchen sagte: „Eigentlich müsste man sie begraben.“

Dieses graugrüne Stück Seife hatte eine Ahnung von Gegenwart gebracht, wo Vergangenheit gewesen war. Beim Versuch, die Szene zu schildern, wird mir klar, dass ich die Stimmung nicht wiedergeben kann, sie hatte nichts von der bis zum Überdruß strapazierten „Betroffenheit“, war etwas viel Unmittelbares, Direkteres. Mehr als eine Stunde später hörte ich ein Mädchen auf dem Gang sagen, sie habe den Geruch noch in der Nase.

Der nächste Arbeitsauftrag war, zu einem der mitgebrachten Gegenstände einen Text zu schreiben und zwar unter ungeheurem Zeitdruck. Trotzdem – oder deswegen, weil manche Hemmungen und Verklemmungen einfach wegfallen, wenn es für sie keinen Platz gibt? – entstanden kleine Prosastücke, die mich sehr berührt haben. Und zwar ganz besonders da, wo die Schreiberinnen oder Schreiber völlig überfordert sind vom selbstgewählten Thema, wo gerade das hilflose Stammeln vielleicht eine Antwort sein kann auf eine Erfahrung, die plötzlich herübergeschwappt ist aus einer anderen Zeit? Ich hatte nicht den Eindruck, dass sich die Schreiberin hier stilisiert: „Ein einziges Stück Seife, die Verkörperung des kleinen leistbaren Luxus von Reinheit. Auf der einen Seite. Im Hinterkopf jedoch die

schreckliche Gewissheit. Die Ausmaße des Gräuels brennen sich in die Gedanken, doch die Versuchung zu verdrängen ist groß. Ich bin nicht schuld. Ein Fünkchen Wahrheit und gleichermaßen eine einzige Lüge. Auch wenn man sich äußerlich rein wäscht, so lässt einen die Schuld besudelte Seife innerlich nie ins Reine kommen“.

Für mich klingt das echt. Ebenso echt wie der Versuch, den verstorbenen Urgroßvater zu verstehen: „Vor mir liegt ein Foto und ein Brief aus der russischen Gefangenschaft von 1948. Ich frage mich, was ist dort passiert? Wie ist es meinem Urgroßvater gegangen? Ich kann ihn nicht mehr fragen, da er vor neun Jahren gestorben ist. Man erfährt nur aus Briefen von ihm an meine Urgroßmutter, die er ‚Liebste Mutti‘ nennt, und an seine Eltern, wie er denkt und fühlt. Ich traue mich nicht, meine Urgroßmutter über diese Zeit auszufragen, da ich nicht weiß, ob sie das überhaupt will. [...] Was hat er zu Hause erzählt? Ich weiß nur, dass er angeblich gesagt hat, er würde die Russen nicht hassen, denn sie sind genau so arm wie wir‘. Was mir gerade auffällt, auf dem Brief steht Österreich unter Anführungszeichen. Wieso?“

Besonders deutlich wurde für mich in den Texten, dass die Beschäftigung mit den Erfahrungen der Großeltern- und Urgroßelterngeneration Brücken gebaut hat: „Wenn ich das Bild meiner Oma und ihrer Pflegeschwester betrachte, frage ich mich, ob sie glücklich war. Ein Kind, das im Krieg aufgewachsen ist, das von der Mutter weggegeben wurde und dennoch lacht. Vielleicht ist es der Tag ihrer Erstkommunion, oder sie hat einfach nur gelernt, mit allem umzugehen.“

Ich frage mich, wie ihre Gefühle waren, wenn sie wieder einmal im Luftschuttkeller saß oder Hunger hatte. Obwohl sie noch so klein war und viele Leute sagen, dass Kinder alles nicht so mitbekommen, kann sie mir heute genau schildern, wie es damals war. Die Ängste, die sie hatte, die Freuden, Enttäuschungen. [...] Am Tag ihrer Erstkommunion sagt sie, war sie glücklich. Da hat sie alles Schlechte und Erschreckende (fast) vergessen. Noch dazu trug sie an diesem Tag ein schönes Gewand, eine Seltenheit zur damaligen Zeit. Obwohl jedes Kind Gutes und Schlechtes erlebt, ist eine Zeit im oder nach dem Krieg wesentlich schwieriger. Erinnerungen müssen verarbeitet

werden und beim Interview wurden Emotionen frei, die meine Oma vorher schon verdrängt hatte“.

Ich hoffe, dass die junge Frau ihrer Oma diesen Text gezeigt hat, der doch ein kostbares Geschenk ist, vielleicht sogar ein wenig vom verharschten Schnee in den inneren Runzeln wegräumen kann.

Ein höchst banaler Gegenstand verrät mehr über Mangelwirtschaft und den kreativen Umgang damit als langatmige Erörterungen: „Gerade Muster, Wellen in Reihen und hin und wieder eine kleine Unebenheit. Wieso? Er ist nicht aus Wolle, aus gesponnener Watte zusammengestückelt, uneben. Uneben, nicht glatt. Die Geschichte einer Frau spiegelt sich darin wider: Aufopferungsvoll, hingabevoll – ein Leben für die Familie. Das verblasste Blau des Stoffes – wie die Augen einer alten Frau.

Brandflecken, Küchengeruch – Leben, Erinnerung. [...] Welche Sparsamkeit: Kleidung zweimal aufzutrennen um die Wolle zu sparen! Unvorstellbar, aber wahr. Wie die Geschichte dieser Generation, die wir als Großeltern haben. Uneben, voller Hindernisse, befleckt, beschmutzt. Ein ‚Schandfleck‘? Wohl kaum.

Ich sehe den Lappen nachdenklich an ... Wie ich ihn drehe und wende, ich kann nichts erkennen. Keine Antworten, nur die Geschichte lese ich von ihm ab“.

Keine Rede von der oft behaupteten Einstellung „Hör doch endlich auf mit den alten Geschichten!“ Ganz im Gegenteil, in den meisten Texten schwingt die Aufforderung mit: „Erzähl doch weiter!“ In manchen auch Trauer darüber, dass es nicht mehr möglich ist, Fragen zu stellen. Keine von den jungen Frauen, keiner von den jungen Männern meinte, es sich schuldig zu sein, cooles Unbeteiligtsein zu spielen. Sie hörten einander auch auf eine Art zu, die Reden möglich machte, auch dort, wo es schwer fiel. Ich hatte den Eindruck, dass sie – und zwar tatsächlich ohne Ausnahme – den „Alten“ ihrer Kolleginnen und Kollegen mit einem Interesse begegneten, das nicht vom Läuten der Schulglocke abgeschnitten wurde.

Ich könnte mir vorstellen, dass sie Sammler und Sammlerinnen von Menschengeschichten geworden sind, und aus diesem Sammeln auch einen anderen Zugang zur Geschichte allgemein gewinnen können. Übrigens war es nicht immer nur ernst. Wuss-

ten Sie, dass ein durchlöcherter, halb zeretzter Silberlöffel in Wirklichkeit ein Schutzengel sein kann? Der Enkel packte ihn sehr behutsam aus, bevor er von seinem Großvater Roland erzählte, der an diesem Tag seinen Löffel zufällig in die hintere Hosentasche gesteckt hatte: „Nur aus ungenauen Erzählungen weiß ich, dass auf diesem Marsch irgendwo in der Normandie plötzlich feindliche Soldaten zwar nicht in unmittelbarer Nähe, aber doch nahe genug waren, um die Truppe meines Großvaters ernsthaft zu verwunden. [...] Roland sagte zu seinen Kameraden, sie sollten ihre Rucksäcke ablegen [...] und dadurch einen Vorsprung erreichen, der ihnen vielleicht das Leben retten könnte. [...] Plötzlich fiel ein Schuss, der meinen Großvater traf. Durch den harten Aufprall der Kugel brach mein Opa zusammen und glaubte tödlich verletzt zu sein. Er fasste an jene Stelle am Rücken, wo er den brennenden Schmerz verspürte. Daraufhin bemerkte er zu seiner Verwunderung, dass kein Tropfen Blut auf seiner Haut zu spüren war. Als er dann das Metallstück in seiner Hosentasche berührte, verbrannte er sich die Finger und ein unvorstellbares Glücksgefühl überkam ihn. (...) Jetzt zog er das rauchende Silber aus der Tasche und die neun Millimeter Kugel steckte im Löffel. Seit diesem Tag hat dieser Gegenstand nicht nur für meinen Großvater, sondern für die ganze Familie eine besondere Bedeutung. Wenn ich heute diesen Löffel betrachte, fühle ich mich, als säße der Vater meiner Mutter neben mir und würde mir diese unglaubliche Geschichte mit seinen eigenen Worten und Emotionen erzählen.“

Der löchrige Löffel wurde von allen geradezu ehrfürchtig betrachtet.

Normalerweise kennen wir solche Szenen nur aus Filmen, schrieb einer der Kollegen des Autors. Wahrscheinlich sehen viele Menschen Vergangenheit wie einen Film, man kann sich darauf verlassen, dass zuletzt die Credits kommen, dass vom Hauptdarsteller bis zur Assistentin der Assistentin der Requisiteurin alle mit Namen genannt und von den Kinobesuchern im Hinausgehen durch Standing Ovations geehrt würden, dass solcherart auch die tragischste Geschichte zuletzt in eine Art Gerechtigkeit mündet.

Ich bin fast sicher, dass die Jugendlichen, aus deren Texten ich zitiert habe, den Kreis „ihrer Familien“ um die Menschen erwei-

tert haben, deren Geschichten sie von Gleichaltrigen erfuhren, ich hoffe sogar, dass dadurch der Begriff der „unsrigen“ schillernder geworden und die Neugier auf die „anderen“ und die gemeinsame Geschichte gewachsen ist. Hoffen darf man doch, muss man vielleicht sogar.

DIE KONSTRUKTION VON MYTHEN

Peter Malina

**„Die Geschichte selbst hat keinen Sinn,
sondern sie offenbart immer nur den Sinn,
der ihr beigemessen wird.“**

Jubiläen als Erinnerungsveranstaltungen

Im Rückblick auf die Vergangenheit

Die „Jubiläisierung“ der österreichischen Geschichte

„... Nun also hat es offiziell begonnen, das Jubiläums-Jubel- Gedenk- Gedankenjahr. Mit floskelüberladenen Redeornamenten – und dahinter viel politischer Absicht. Denn der Prozess des Feierns und Erinnerns ist immer auch verknüpft mit der politischen Erlangung von Deutungshoheit über das, was war, ist und sein wird. Sechzig Jahre nach Gründung der Zweiten Republik erleben wir, wie die beiden großen Parteien, die an der Wiege dieses Staates standen, um das Bild ringen, das im Jubiläumsjahr in den Köpfen der Menschen von Österreich entstehen soll ...“
(Toth: Das Jubiläums-Jubel-Gedenk-Gedankenjahr 2005)

Jahrestage sind der Anlass, zurückzublicken und sich der eigenen Geschichte zu vergewissern. Sie haben die Funktion, die Festigung von Gruppenidentität zu fördern. Sie geben zugleich auch die Gelegenheit, das kollektive historische Gedächtnis einer Gesellschaft zu kontrollieren und zu reglementieren. Offizielle Feiern bieten nur wenig Platz für eine selbstkritische Analyse und für eine umfassende gesellschaftlich-politische Selbstreflexion.

Feiern gehört – eine Banalität gewiss – zum Menschsein. Wo Menschen miteinander gut auskommen wollen, werden sie auch Feste miteinander feiern und sich an jene Stationen ihrer (gemeinsamen) Geschichte erinnern, die für sie identitätsstiftend geworden sind. Feste und Feiern sind Gelegenheiten der „privaten“ wie der „kollektiven“ – Erinnerung.

Sieht man es genauer, so zeigt sich gerade anlässlich der harmonisierten Geschichtsbilder öffentlicher Jubiläen, dass wir es zu gleicher Zeit mit sehr verschiedenen Erinnerungen – und das heißt auch – sehr verschiedenen „Geschichten“ zu tun haben, die miteinander in „Konkurrenz“ stehen: „Erinnerungen werden meist in Form von Geschichten weitergegeben, und in Geschichten spielen Erwartungen eine große Rolle“ (Welzer/Moller/Tschuggnall: „Opa war kein Nazi“, 156). Dass zu feierlichen Anlässen nach Möglichkeit von diesen verschiedenen Geschichtsbildern (hinter denen ja auch verschiedene Geschichtserfahrungen stehen) nicht geredet wird, ist für den ungetrübten Ablauf der Feiern aus der Sicht ihrer Organisatoren wohl wichtig, für eine immer notwendige Aufarbeitung der Vergangenheit aber nicht besonders dienlich.

Die Geschichte Österreichs nach 1945 ist durch eine steigende Intensität öffentlicher Feiern und Festlichkeiten geprägt. Für Wolfgang Kos ist der Beginn der „Jubiläisierung“ der österreichischen Geschichte mit dem Jubel-Jahr 1955 markiert: *„1955 war das Jahr, in dem die Anfänge der Zweiten Republik endgültig in die Vitrine gelegt werden konnten. Das erfolgreiche Styling des neuen Österreich-Bewusstseins erreichte nun, im verklärenden Zehnjahresabstand von Krieg, Kriegsende, Befreiung und Neubeginn, gewissermaßen die Dachgleiche. Was für die Wiedererlangung der Souveränität erforderlich war, wurde ,entsprechend formuliert bzw. konstruiert und in die Auslage gestellt‘.“* (Kos: Eigenheim Österreich 1994, 59)

Diese österreichische Variante der Erinnerung, die wesentlich durch ein Nicht-Erinnern geprägt war, war die Voraussetzung dafür, dass über lange Zeit hinweg vergangenheitsbezogene Irritationen und Störungen vermieden werden konnten. Mit beträchtlichem Geschick ist man daran gegangen, die belastende Vergangenheit vergessen zu machen. Mit der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus 1945 haben die damals politisch Verantwortlichen das „Vergessen“ geradezu zum politischen Programm gemacht: Nicht mehr sollte an die Zeit des Nationalsozialismus gedacht, sondern nur mehr in die Zukunft geblickt und die Vergangenheit zurückgelassen werden.

Diese österreichische „Lebenslüge“ erlaubte es auch, in einem

Akt bemerkenswerter politischer Bewusstlosigkeit einer Auseinandersetzung mit dem österreichischen „Faschismus“ und der ständestaatlichen Diktatur der Jahre 1933/34–1938 aus dem Wege zu gehen und die notwendigen gesellschaftspolitischen und personellen Konsequenzen nicht zu ziehen. Als in der Vorbereitung der antifaschistischen Ausstellung „Niemals vergessen!“ (1946) in dem vorgesehenen „Weiheraum“ als Opfer des Faschismus sowohl Karl Münichreiter, Kolomon Wallisch und Georg Weissel, aber auch Engelbert Dollfuss aufscheinen sollten, einigte man sich schließlich darauf, keine Namen anzubringen, sondern diese in einer Begleitpublikation zum Katalog aufzulisten (Kos: Eigenheim Österreich, 35).

Nicht die „Geschichte“, sondern das „Hier und Jetzt“ standen im Vordergrund. Formale Fertigkeiten und Fähigkeiten ließen über das Mittun im NS-System hinwegsehen. Bezeichnend dafür ist die Zusammensetzung der Mitarbeiter an der Ausstellung „Niemals vergessen!“ im Juli 1946: *„Graphiker, die an antibolschewistischen Ausstellungen der NS-Propaganda beteiligt gewesen waren, pinselten, klebten und montierten nun unter der Leitung des von einem kommunistischen Stadtrat eingesetzten Sozialisten Slama, der seinerseits 1927 ein legendäres Plakat für die Feier ‚Zehn Jahre Sowjetrußland‘ gestaltet hatte, an einer antifaschistischen Ausstellung.“* (Kos: Eigenheim Österreich, 18)

Wolfgang Kos hat als Beispiel für die Kanonisierung dieses segmentierten Verständnisses der österreichischen Zeit-Geschichte auf zwei zeitgenössische (1955) Publikationen hingewiesen: den Band „Österreich – Land im Aufstieg“ und die offizielle Gabe der Bundesregierung für die Schuljugend „Unser Österreich 1945-1955“. Für Kos sind die Illustrationen Carry Hausers zu der für die Schuljugend gedachten Publikation Ausdruck einer „rückwärtsgewandten Utopie“: *„Er zeichnete Stationen des Zueinanderfindens, wie er sie wohl auch selbst gerne erlebt hätte. Er zeichnete die Ankunft in einem Paradies, von dem er genau wusste, dass es so nie existiert hatte.“* (Kos: Eigenheim Österreich, 64)

Selbstgerechte Empörung ist allerdings nicht am Platz. Auch diejenigen, die nicht direkt in die Taten und Untaten des Nationalsozialismus verstrickt gewesen sind (die „Nachgeborenen“ also), haben mitgemacht. Gert Dressel und Katharina Novy haben

als Ergebnis eines Erinnerungsprojekts in Ottakring beispielsweise feststellen müssen: *„Beim Schweigen und Vernebeln dessen, was tatsächlich geschehen ist, spielten und spielen wir Nachgeborenen mit. Wir haben gelernt, welche Fragen nicht gestellt, welche Tabus nicht gebrochen werden dürfen (...) Selbst Andeutungen überhört man, ebenso wie Lücken nicht erkannt werden. Vorschnell ist man zu glauben bereit, bereits ‚alles‘ von den Eltern und deren Großeltern erfahren zu haben.“* (Dressel/Novy: 5 x Wien, 24-25)

Der Rahmen der Erinnerung

Öffentliche und/oder private Geschichte(n)?

„Wenn man von kollektiven Rahmen der Erinnerung spricht, liegt die Frage nahe, wie sich das Verhältnis zwischen individuellen Erinnerungen und ihren Bezugsrahmen gestaltet. Besteht zwischen ihnen ein ähnliches Verhältnis wie etwa zwischen Bilderrahmen und den Bildern, die sie begrenzen?“ (Welzer/Moller/Tschuggnall: „Opa war kein Nazi“, 134)

Das Interesse der Geschichtswissenschaft war bis vor gar nicht so langer Zeit auf Ereignis-, Fakten- und Datengeschichte konzentriert. Im Zuge der Neuorientierung der Geschichtswissenschaft hin zu einer Gedächtniswissenschaft wurde in den letzten Jahren allerdings immer deutlicher, dass es neben den lexikalischen Informationen über die Vergangenheit (dem Geschichts-„Lexikon“ der Fakten, Daten und Ereignisse) noch einen weiteren Erinnerungsraum als Basis für die Interpretation der Vergangenheit gibt. Dieser „andere“ Erlebnisbereich von Geschichte ist wesentlich geprägt durch die Weitergabe von Wissen durch Eltern, Großeltern und Verwandte. Die Quellen der Erinnerung dieses Geschichts-„Albums“ sind nicht Lehrbücher, sondern lebensgeschichtliche Dokumente (Fotos, Briefe, persönliche Dokumente), die im privaten, nichtöffentlichen, familiären Bereich gesammelt und weitergegeben werden. (Welzer/Moller/Tschuggnall: Opa war kein Nazi, 10)

Im Umgang mit zeitgeschichtlichen Erzählungen wird es daher notwendig sein, zur Kenntnis zu nehmen, dass in diesen per-

sönlichen Erinnerungen Geschichte als sehr verschieden erlebt und erzählt wird. Die in ihnen offenkundig werdenden verschiedenen „Wahrheiten“ sind es, die (vor allem dann, wenn möglichst „exakte“, eindeutige Aussagen erwartet werden) eine widerspruchlose Akzeptanz so schwierig machen. Dazu kommt, dass mit der zeitlichen Distanz zu der erzählten Geschichte und der notwendiger Weise auch größer werdenden Distanz zwischen der Generation der Erzählenden und der Zuhörenden eine „Gefühlskluft“ entsteht, die ein Verstehen und Nachempfinden nicht unbedingt leichter macht.

Abhängig von Ort, Zeit, sozialem und ökonomischem Status derjenigen, um deren Erinnerung es gehen soll, wird das Ergebnis von Erinnerungsarbeit sehr verschieden ausfallen. Das heißt auch, dass „private“/nicht öffentliche Erinnerungen nicht mit „offiziellen“ Erinnerungen/„Wissen“ über die Vergangenheit deckungsgleich sein und sich in vielen Fällen sogar sehr konträr entwickeln werden. Im privaten Leben ist anderes wichtig bzw. wichtiger als im öffentlichen, und manches wird anders – manchmal auch konträr – erinnert.

Öffentliches Erinnern geschieht im öffentlichen Raum und wird in die Öffentlichkeit hineingesprochen. Im „kulturellen Gedächtnis“ einer Gesellschaft ist festgehalten, was verbindlich über die Vergangenheit ausgesagt werden soll.

Das Ergebnis von individuell/privater wie kollektiv/öffentlicher Erinnerungsarbeit hängt von verschiedenen Faktoren ab. Zu fragen ist: Wer erinnert sich zu welcher Zeit, in welchem gesellschaftlich-politischem Zusammenhang? Was wird zu welcher Zeit erinnert und was wird nicht erinnert, vergessen/verdrängt? Wo hat Erinnerung ihren Platz, in welchem Zusammenhang findet Erinnerung statt und welche Zielsetzungen und Konsequenzen ergeben sich?

Erinnerung beruht auf dem individuellen Vermögen, Spuren von früherem Geschehen zu behalten beziehungsweise zu rekonstruieren und diskursiv weiterzugeben: *„Durch die Wiederholung von aneinandergereihten Episoden bilden sich Zusammenhänge und Bewertungen heraus, deren narrative Grundstruktur in Kriegszeiten Überlebensgeschichten und in Friedenszeiten Erfolgsgeschichten bilden.“* (Jarausch: Zeitgeschichte und Erinnerung, 13)

Persönliche Erinnerungen und der Austausch der verschiedenen Geschichtserzählungen (und Geschichtsmymthen) sind die Basis für die öffentliche Erinnerungskultur: *„Aus der Interaktion von individuellen Erzählungen und kollektiven Stilisierungen entsteht durch Einbettung in längerfristige Überlieferungen die öffentliche Erinnerungskultur einer Gesellschaft, die darüber entscheidet, welche Ereignisse behalten und welche vergessen werden.“* (Jarausch: Zeitgeschichte und Erinnerung, 14)

Im Verlaufe des Erinnerungsprozesses werden Gemeinsamkeiten des Erlebens hervorgehoben und Abweichungen langsam vergessen. Auf diese Weise bilden sich nach und nach gruppenspezifische Muster der Erinnerung heraus. Im Inneren schaffen formalisierte Narrative Solidarität zwischen den Mitgliedern der Erinnerungs-Gemeinschaft. Extern dient das Ergebnis der öffentlichen Erinnerungsarbeit meist zur Rechtfertigung von Sonderinteressen. (Jarausch: Zeitgeschichte und Erinnerung, 14)

Je nach dem Grad ihrer „Öffentlichkeit“ werden die Erinnerungen einer Gesellschaft verschieden strukturiert sein: Öffentliches/institutionalisiertes und nicht-öffentliches/„persönliches“ Erinnern ist aufeinander bezogen und nur theoretisch im Sinne von „kollektiver“ bzw. „privater“ Erinnerung zu trennen. Ganz abgesehen davon, dass auch diejenigen, die öffentliches Erinnern inszenieren und ihm ihre institutionelle Stimme geben, dies nur auf dem Hintergrund auch ihrer eigenen/„privaten“ Lebensgeschichte tun können. Das gilt selbstverständlich auch für diejenigen, die sich mit den Ergebnissen der öffentlichen Geschichts-Inszenierungen auseinandersetzen. Auch Historiker/Historikerinnen haben ihre eigene Geschichte, auch sie sind geprägt durch ein spezifisches, sich veränderndes Vorverständnis, das wesentlich das Ergebnis ihrer Stellungnahmen bestimmt.

Lutz Niethammer hat in seinen Überlegungen zu den verschiedenen Formen von „Erinnerungs-Versuchen“ auf zwei Gedächtnisweisen aufmerksam gemacht, die für den Umgang mit Vergangenheit und die Rekonstruktion von Geschichte zu Geschichten charakteristisch sind: *„eine, die undebattierbare Wahrheiten und Zugehörigkeitsgefühle in die Zukunft vermittelt und auf Macht, soziale Akzeptanz und symbolische Formen gründet, und eine, die in die entgegengesetzte Richtung erinnert, was aus dem Bewusstsein*

und den etablierten Traditionen verbannt wurde, und danach fragt, warum dies geschah.“ (Niethammer: Ego-Histoire?, 165)

Expertenwissen als unbequemes Angebot?

Die Geschichtswissenschaft an den Tischen der Feiernden

„Der eigentliche Gegenstand des Historikers ist daher die Gesellschaft, in der er lebt. Für sie sucht er in der Vergangenheit nach Erklärungen. Der Sinn, den der Historiker der spezifischen Verknüpfung seiner gegenwärtigen Lebenswelt mit vergangenen Lebenswelten gibt, ist allerdings mehr als ein Deutungsangebot höchst flüchtiger Art. Die Geschichte selbst hat keinen Sinn, sondern sie offenbart immer nur den Sinn, der ihr beigemessen wird. Sinn macht daher in einem verallgemeinerungsfähigen Verständnis nur Sinnkritik.“ (Herbst: Komplexität und Chaos, 42)

Das Angebot der Geschichtswissenschaft zu den Festen und den Feiern des Jahres 2005 kann nicht darin bestehen, Bestehendes unbefragt wiederzugeben, verfestigte Geschichtsbilder – weil sie so sind – unbefragt zu akzeptieren und mit ihrem professionellen Wissen Vergangenheits-Kosmetik zu betreiben. Sich der Geschichte Österreichs zu stellen, heißt auch, sich mit eigenen, der persönlichen, der privaten Geschichte auseinanderzusetzen. Das heißt aber auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass es sehr verschiedene „eigene“ Geschichten gibt, die nebeneinander – oft auch in Konkurrenz zueinander – aus der Vergangenheit aufgerufen werden. Aus ihrem professionellen Umgang mit Vergangenheit(en) können Historiker freilich einiges an „Wissen“ anbieten:

- Historiker/Historikerinnen „wissen“, dass das, was Menschen tun, immer – auch – gegenwartsbezogen ist. Gefeierte wird in sehr konkreten Rahmenbedingungen, in sehr konkreten Räumen, unter sehr konkreten Bedingungen.
- Historiker/Historikerinnen „wissen“, dass gegenwärtiges Tun immer auf dem Hintergrund vergangener Erfahrungen geschieht und immer – auch – zugleich Vergangenes in der Gegenwart präsent ist.
- Historiker/Historikerinnen „wissen“, dass vergangenheitsbewusstes Agieren immer auch einen perspektivischen Aus-

blick auf die Zukunft mit einschließt, also auf das, was noch nicht ist, was aber gewünscht und erhofft wird.

Lässt man Historiker/Historikerinnen an die Tische der Feiernenden, so kann es wohl vorkommen, dass die Feier getrübt, die Freude nicht mehr so groß und die Unbeschwertheit der Erinnerung nicht mehr so leicht sein wird: Die historische Analyse macht die Leichtigkeit des politischen Seins und die Unbefangenheit des Feierns nicht unbedingt leicht. Der analytische, kritische Blick der Historiker trübt die Festtags- und die Feiertagsstimmung, fügt den Fest- und Feiertagsrednern irritierende Kommentare hinzu, bringt manches zur Sprache, was bei Festen und Feiern am liebsten ungesagt bleiben sollte.

Offizielle/staatlich inszenierte Jubiläen sollen der Stärkung der Loyalität gegenüber den gedenkenden Institutionen (Staaten, Kirchen, Parteien, Verbände) dienen: *„Sie könnten ihre identitätsstiftende und – verbürgende Bedeutung aber nicht haben, wenn sie nur auf einem Bedürfnis des Staates und anderer gedenkender Institutionen beruhen. Sie befriedigen auch ein Bedürfnis der im Staat lebenden und in den Parteien, Verbänden und Gemeinschaften wirkenden Menschen nach einer auch historisch unterfütterter Identität.“* (Bergmann: „Kalender-Geschichten“, 14)

Aus der Sicht einer selbst-kritischen Geschichtswissenschaft sind Gedenktage und Gedenkjahre daher grundsätzlich problematisch (Bergmann: „Kalender-Geschichten“, 14-17):

- Sie fördern eine „traditional“ erzählende Geschichte, die auf verbindende und bindende traditionelle Werte abzielt und unterstützen eine hochgradige Emotionalisierung von Geschichte.
- Sie schließen „kritisches Erzählen“ und eine „kritische Historie“ aus, weil zu wenig zumutbarer Raum für Selbstzweifel übrig bleibt (bleiben soll).
- Die als verbindlich öffentlich präsentierte Gedenktage schließen die Erinnerung an „andere“ Gedenktage eher aus: „Gedenk-Geschichten kommen ohne scharfe Entgegensetzungen nicht aus“.
- Sie begründen/verstärken ein statisches Geschichtsbewusstsein: „So, wie es gut ist, ist es gut“.

Bergmanns zusammenfassendes Fazit: Gedenktage sind – von ihrer Natur aus auf datierbare Ereignisse und konkrete Personen angewiesen und einer ereignisgeschichtlichen und personalisierenden Geschichtsauffassung verpflichtet. Daher müssen gerade historische „Gedenktage“ mit „historischer Vernunft“ (so die Formulierung Klaus Bergmanns) behandelt werden: *„Unter diesen Gesichtspunkten müssen die historisch erkennbaren bedenklichen Grundmuster und politisch gefährlichen Sinnbildungen daraufhin untersucht werden, gegen welche Erkenntnisse und Kategorien der Historie sie verstoßen und was sie in den Köpfen, im Bewusstsein historischer Laien anrichten.“* (Bergmann: „Kalender-Geschichten“, 14)

Die staatliche/öffentliche Präsentation von Geschichte ist nicht unerwartet eine Herausforderung auch für die Professionisten – Historiker und Historikerinnen. Brigitte Bailer-Galanda etwa hat gemeint, es gehe bei den österreichischen Jubiläen 2005 offenkundig wieder einmal darum, *„eine Suppe namens ‚Erfolgsgeschichte Österreich‘ zu brauen. Damit wird wieder der Mythos der Stunde null befördert. Dabei hat die zeitgeschichtliche Forschung seit geraumer Zeit nachgewiesen, dass diese einfach nicht stattgefunden hat. Wie denn auch? Was wäre das für eine massive Zäsur, bei der alles, was ‚nachher‘ geschehen ist, nichts mehr mit dem ‚vorher‘ zu tun hat?“* (Galanda: Gedankenjahr als „Ausblendungsprozess“)

Eine kritische Geschichtswissenschaft hat in diesem Jahr vermutlich nicht viel zu feiern, sie wird aber gewiss am Ende dieses Feier-Jahres noch sehr viel aufzuarbeiten haben. Ein differenzierter Blick auf die Vergangenheit ist dafür eine notwendige Voraussetzung. Josef Haslinger hat in seinem 1987 erschienenen „Essay über Österreich“ anlässlich der Waldheim-Wahl (deren 20-jähriges „Jubiläum“ es nächstes Jahr zu „feiern“ gilt) auf die Notwendigkeit dieses Blicks zurück hingewiesen. Für ihn ist es gerade für die „Nachgeborenen“ notwendig, sich auch mit der unbequemen Passagen der österreichischen Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen. Allerdings nicht zur Rechtfertigung der eigenen Besserwisserei, sondern zur ständig neu zu bewältigenden Gegenwart: *„Woher sonst, wenn nicht aus der Geschichte, und damit aus der Geschichte des Umgangs mit unserer Geschichte, sollten wir erfahren, wie es mit uns steht?“* (Haslinger, Politik der Gefühle, 142-143)

Literatur

- Brigitte Bailer-Galanda: Gedankenjahr als „Ausblendungsprozess“. Skeptisch bis „unangenehm berührt“ steht die Wiener Zeithistorikerin Brigitte Bailer-Galanda den heimischen Gedankenjahr-Aktivitäten gegenüber (Standard, 11.03.2005): <http://derstandard.at/?url=?id=1977697>.
- Klaus Bergmann: „Kalender-Geschichte“. Ein geschichtsdidaktischer Problemfall, in: Verordnete Feiern – gelungene Feste. Überlegungen und Anregungen zur Festkultur in der Schule (Schulheft 84/1996), 7-21.
- Gert Dressel, Katharina Novy: 5 x Wien. Lebensgeschichte 1918-1945. Dokumentation zum Gesprächskreis im Pensionistenheim Liebhartstal. Wien, 1995.
- Josef Haslinger: Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich. 5. Aufl. Darmstadt, 1988 (Sammlung Luchterhand. 692).
- Konrad H. Jarausch: Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz? In: Konrad H. Jarausch – Martin Sabrow (Hrsg.); Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt. Frankfurt/M., New York, 2002, 9-37.
- Wolfgang Kos, Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945. Wien, 1994.
- Lutz Niethammer: Ego-Histoire? Und andere Erinnerungsversuche. Wien, 2002.
- Barbara Toth: 60, 50, 10 und 5 Jahre. Das Jubiläums-Jubel- Gedenk- Gedankenjahr beginnt mit floskelüberladenen Redeornamenten (Standard, 14.01.2005): <http://derstandard.at/?url=?id=1918563>.

Heidemarie Uhl

„Österreich ist frei!“

Die Re-Inszenierung der österreichischen Nachkriegsmythen im Jubiläumsjahr 2005

Die Tore zum Oberen Belvedere öffnen sich, dunkle Limousinen fahren vor, ein Vertrag wird unterzeichnet und einer jubelnden Menge vom Balkon präsentiert – die hier beschriebene Szene eines Schwarz-Weiß-Filmes zeigt nicht, wie zu erwarten wäre, den Bericht der Austria Wochenschau über die Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955, sondern dessen Zitat im TV-Werbepspot einer Möbelfirma, der im Frühjahr 2005 in Österreich ausgestrahlt wurde. Als UnterzeichnerInnen sind denn auch nicht Leopold Figl und die Außenminister der Alliierten Mächte zu sehen, sondern Mitglieder der „Familie Putz“, seit Jahren bekannt aus der TV-Werbung des Möbelhauses, und die vom Balkon verkündete Botschaft lautet nicht „Österreich ist frei“, sondern „Österreich ist möbliert!“¹

Die Verwendung der Staatsvertrags-Bilder und vor allem der Balkonszene durch Werbekampagnen² verweist auf ihre Präsenz im kollektiven Gedächtnis – die Kenntnis dieses Bilder-Kanons bei den MedienkonsumentInnen ist ja die Voraussetzung dafür, dass der Gag – eben die Verfremdung der Balkonszene – verstanden werden kann. Andererseits tragen aber gerade diese (und andere) Persiflagen dazu bei, dass der Staatvertrag – oder vielmehr:

-
- 1 XXXLutz, TV-Spot Staatsvertrag, http://www.xxxlutz.at/48.html?&tx_sblutzpresscenter_pi1%5bcategory%5d=52&tx_sblutzpresscenter_pi1%5bitem%5d=186 (download 24.11.2005)
 - 2 Die Elektrofachmarktkette Saturn hat einen ähnlichen TV-Werbepspot produziert, eine Leopold Figl nachempfundene Comicfigur verkündet darin die Botschaft „Österreich ist geil!“ in Anlehnung an den Saturn-Werbefloskel „Geiz ist geil“, beworben wurde ein „Sparvertrag“. TV-Spot „11 Jahre Sparvertrag“, <http://www.saturn.at/news/?KatShortname=SaturnWerbespotsArchiv&{SESSION}> (download 24.11.2005).

die Ikonen seiner visuellen Repräsentation – im Jubiläumsjahr 2005 erneut im Bildgedächtnis vor allem auch der jüngeren Generationen verankert wurde. Auch ein nur flüchtiger Blick auf die mediale Berichterstattung zeigt, dass die Balkonszene gewissermaßen das visuelle Leitmotiv des Jahres 2005 war – nicht nur in den Printmedien, sondern auch im öffentlichen Raum, etwa in den Plakaten und Werbekampagnen für die beiden repräsentativen Ausstellungen „Das Neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005“ im Oberen Belvedere in Wien und „Österreich ist frei!“ auf der niederösterreichischen Schallaburg.

2005 und die Hierarchien des österreichischen Gedächtnisses

Das Jubiläumsjahr 2005 gibt somit präzisen Einblick in die Hierarchien des „österreichischen Gedächtnisses“, in die „spezifisch österreichische Kultur des Erinnerns und Vergessens“ des Nationalsozialismus nach 1945,³ d.h. in das Relevanzgefälle, das seinen Symbolhaushalt strukturiert. In den offiziellen Publikationen wurden zwar drei „große Jahrestage“ als historische Bezugspunkte genannt – „1945 wurde die Zweite Republik begründet, 1955 hat Österreich die volle staatliche Souveränität erlangt, und mit dem Neujahrstag 1995 ist Österreich der EU beigetreten“, erklären Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Kunst-Staatssekretär Franz Morak im Begleitwort zu der vom Bundeskanzleramt herausgegebenen Broschüre „Österreich 2005. Ein Gedankenjahr. 1995. 1955. 1945“.⁴ Die Inszenierungen der öffentlichen Erinnerungskultur und ebenso der mediale Blick in die Vergangenheit lassen aber keinen Zweifel daran, dass im Jahr 2005 der

3 Waltraud Kannonier-Finster, Meinrad Ziegler: *Einleitung und Ausgangspunkte*. In: ebda, S. 11-16, hier S. 11, S. 13.

4 Wolfgang Schüssel, Franz Morak: 2005, in: Österreich 2005. Ein Gedankenjahr. 1995. 1955. 1945, hg. v. Bundeskanzleramt / Bundespressdienst, Wien o. J., o. S., vgl. weiters: Österreich 2005. Das Lesebuch zum Jubiläumsjahr mit Programmübersicht, hg. v. Bundeskanzleramt / Bundespressdienst, St. Pölten-Salzburg 2004 sowie die „offizielle“ website <http://www.oesterreich2005.at> (download 24.11.2005).

Staatvertrag neuerlich als zentraler Gedächtnisort der Zweiten Republik⁵ festgeschrieben wird, gewissermaßen als ihr eigentliches Gründungsereignis. Dazu bedurfte es allerdings nicht des Besuchs der beiden Ausstellungen – bereits die erwähnte omnipräsente Reproduktion der Balkonszene, unterlegt mit Leopold Figls „Österreich ist frei“, verfestigte die Vorstellung, dass Österreich nicht 1945, sondern 1955 seine Freiheit errungen hat.

Geschichten werden erzählt, damit andere nicht erzählt werden müssen – so hat die Filmemacherin Anja Salomonowitz das Erzählen über die NS-Zeit im Familienkreis charakterisiert.⁶ Dies trifft auch auf öffentliche Geschichtserzählungen zu: Es ist kein Zufall, dass der Gründungsmythos der Zweiten Republik an „1955“ und nicht „1945“ geknüpft ist und dass die Unterzeichnung des Staatsvertrags, wie Meinungsumfragen zeigen, das einzige Ereignis der Zweiten Republik ist, das eine positive Verankerung im Geschichtsbewusstsein gefunden hat – 20 Prozent der Befragten sind darauf stolz, die Gründung der Zweiten Republik am 27. April 1945 wurde nur von einem Prozent genannt.⁷

Der Staatsvertrag – oder vielmehr die Narrative, die seine Darstellung seit 1955 bestimmen – hatte allerdings schon von Beginn an auch die Funktion, die umstrittene Frage, ob 1945 als Befreiung oder als Besetzung zu beurteilen sein, zu überschreiben. Die Konfliktlinien des „österreichischen Bürgerkriegs“

5 Vgl. Heidemarie Uhl, Der Staatsvertrag – ein Gedächtnisort der Zweiten Republik, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Frei – Souverän – Neutral – Europäisch. 1945 1955 1995 2005, Innsbruck u. a. 2004 (= Informationen zur Politischen Bildung 22), S. 67–78.

6 Anja Salomonowitz bei der Podiumsdiskussion „Niemals vergessen. Über die Möglichkeiten des Erinnerns und Vergessens“, veranstaltet von der österreichischen HochschülerInnenschaft der Universität Wien, Universität Wien, 5.5.2004.

7 Fessel-GfK Institut: Umfrage Österreichs *lieux de mémoire*. Befragungszeitraum Juli/August 1998. Vgl. Emil Brix / Ernst Bruckmüller / Hannes Stekl, Das kulturelle Gedächtnis Österreichs. Eine Einführung, in: Brix / Bruckmüller / Stekl (Hg.), Memoria Austriae I. Menschen – Mythen – Zeiten, Wien 2004, S. 12–14

(Anton Pelinka) der Jahre 1938 bis 1945,⁸ die Gegensätze zwischen ehemaligen Parteigängern und SympathisantInnen des NS-Regimes einerseits, seinen Gegnern und Opfern andererseits wirkten auch nach 1945 weiter. Dieses Konfliktpotential brach etwa bei der Errichtung von Gedenkstätten für die Opfer des Widerstandes immer wieder auf. Denkmäler, wie jenes für als Regimegegner ermordete Priester in der niederösterreichischen Wallfahrtskirche Maria Langeegg, riefen öffentliche Kritik hervor, wobei die Legitimität des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus vehement in Abrede gestellt wurde.⁹ Vor allem der einflussreiche Kameradschaftsbund machte aus dieser Einstellung kein Hehl: Der Widerstand sei „Verrat, Aufruhr und Widerstand gegen die legale Macht“ gewesen, war in der Aprilausgabe 1963 des Kameradschaftsbund-Organs „Der Kamerad“ zu lesen. *„Wir Frontsoldaten haben mit eigenen Landsleuten, die mit der Waffe in der Hand unsere eigenen Kameraden töten, erschlugen oder verrietten, nichts, aber schon gar nichts gemein.“*¹⁰

Im Gegensatz dazu eröffnete der 15. Mai 1955 einen konsensbestimmten und darüber hinaus uneingeschränkt positiv besetzbaren Anknüpfungspunkt für die nationale Identitätsstiftung: Denn mit diesem Datum ließ sich eine heroisch-patriotische Erzählung über den heldenhaften Kampf eines kleinen Volkes um seine Freiheit verknüpfen, dessen Happy End bereits in dem von der österreichischen Regierung in Auftrag ge-

8 Anton Pelinka, Der verdrängte Bürgerkrieg, in: ders., Erika Weinzierl (Hg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, Wien 1987, S. 143-153.

9 Heidemarie Uhl: Maria Taferl – Maria Langeegg: „Helden“ und „Erscheinungen gegensätzlicher Art“. Gefallenengedenken und Geschichtspolitik in der Nachkriegszeit am Beispiel zweier niederösterreichischer Kriegerdenkmäler des Jahres 1963, in: Wolfgang Müller-Funk, Georg Kugler (Hg.): Zeitreise Heldenberg. Lauter Helden. Katalog zur Niederösterreichischen Landesausstellung 2005, Horn-Wien 2005, S. 104-113.

10 Widerständler stören Bürgerfrieden, in: Der Kamerad. Mitteilungsblatt des ÖKB, Landesverbände Niederösterreich und Burgenland 6 (1964) 11, S. 1. (Im Folgenden zitiert als: Der Kamerad.)

gebenen Film „1. April 2000“ (1952), einer „utopischen Satire“ (so die offizielle Bezeichnung), imaginiert worden war: Den ÖsterreicherInnen, einem friedfertigen, kulturliebenden Volk, wird die zu Unrecht vorenthaltene Freiheit endlich gewährt. Neben der staatsrechtlichen Argumentation – die Moskauer Deklaration wird schließlich aufgefunden und als unumstößlicher Beweis für die Unschuld Österreichs vorgelegt, „Österreich wurde zu Unrecht angeklagt, die Freiheit wurde ja bereits damals zugesagt“¹¹ – spielen der Charme, die Trinkfestigkeit und Sangesfreudigkeit der ÖsterreicherInnen eine ausschlaggebende Rolle im Hinblick auf die Überzeugung des internationalen Tribunals.

Dieses fiktionale Narrativ entsprach der politischen Rhetorik der Nachkriegszeit, in der Österreich als unschuldig Opfer gewaltsamer Unterdrückung dargestellt und die Schuldfrage auf Deutschland bzw. den preußischen Militarismus projiziert wurde, der dem Österreichischen genuin fremd sei. Mit diesen Argumenten wird auch die immer wiederkehrende Forderung an die Alliierten, dem „österreichischen Volk“ endlich die ihm zustehende Freiheit zu gewähren, untermauert. Bundeskanzler Leopold Figl beklagte beispielsweise in seiner Neujahrsansprache am 1. Jänner 1948, dass dem „österreichische(n) Volk (...) „sein oberstes Recht, die Freiheit seines Staatswesens, versagt“ werde und forderte „Gebt uns Frieden und Freiheit“, denn „unser Volk, das zweimal schuldlos in ein sinnloses Völkerdrama hineingezogen wurde, ist eines der friedfertigsten der Welt.“ Und Karl Renner begründete in der Neujahrsansprache 1950 sein Unverständnis über den noch immer nicht erfolgten Abschluss des Staatsvertrages mit der völkerrechtlichen Rechtfertigung der Opferthese, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 grundgelegt worden war: *„(...) da keine Republik Österreich bestanden hatte, die einen Krieg erklärt hätte, und wir selbst ja überrannt und okkupiert, da wir ungefragt in den*

11 Ines Steiner: Kostümierte Interessen. Österreichische Identität als Travestie in Wolfgang Liebeneiners 1. April 2000, in: Ernst Kieninger u.a.: 1. April 2000, Wien 2000, S. 149-186.

Krieg verwickelt worden waren, waren wir (...) ja ein befreites Land“.¹² Der Mythos eines typisch österreichischen Nationalcharakters, der letztlich zum Erfolg der Staatsvertragsverhandlungen geführt habe¹³, sollte sich auch durch andere Bilder in den Gedächtnisort Staatsvertrag einschreiben: In kaum einer historischen Darstellung, kaum einem Schulbuch für den Zeitgeschichte-Unterricht fehlt die „Reblaus“-Karikatur, die Kanzler Julius Raab und den nunmehrigen Außenminister Figl beim Singen von Wienerliedern zeigt, umgeben von zu Tränen gerührten Vertretern der Alliierten. Noch ein Lied – die „Reblaus“ –, flüstert Figl Julius Raab ins Ohr, „dann san’s waach“, so der Text.

Die Konstruktion der Nachkriegsmythen – Österreich im europäischen Kontext

Die Konstruktion exkulpierender Nachkriegsmythen, in denen das „eigene Volk“ als schuldloses Opfer dargestellt, die Schuld an Krieg und NS-Verbrechen den deutschen Machthabern zugeschrieben wurde, ist, wie Tony Judt in einem vielbeachteten Aufsatz über die politische Mythen im Nachkriegseuropa beschrieben hat, ein gesamteuropäisches Phänomen.¹⁴ Die österreichische Variante dieses Mythos unterscheidet sich allerdings insofern vom europäischen Mainstream, als sich der Fokus zunehmend von „1945“ auf „1955“ verlagerte. Anders als das potentiell umstrittene Datum der Befreiung vom NS-Regime ermöglichte der Staatsvertrag, die Geschichte der Zweiten Republik als Erfolgsstory zu erzählen und die wunden Punkte und vor allem die braunen Flecken der Vergangenheit auszublenden.

12 Zit. n. Jochum, Manfred / Olbort, Ferdinand: 80 Jahre Republik Österreich. 1918 bis 1938 und 1945 bis 1998 in Reden und Statements. Wien 1998, S. 60.

13 Vgl. Susanne Breuss / Karin Liebhart / Andreas Pribersky, Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich, Wien 1995, S. 309 (Stichwort Staatsvertrag).

14 Vgl. Tony Judt, Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa, in: Transit, H. 6, Herbst 1993, S. 87-120.

Darauf griff die staatliche Geschichtspolitik in den folgenden Jahren gerne zurück, die runden Jahrestage wurden regelmäßig als Anlass für Staatsakte und offizielle Inszenierungen genützt. Insofern ist 2005 nicht ein „Zeitfenster“ für den Blick in das Jahr 1955, sondern vielmehr die – überraschend erfolgreiche – Reininszenierung des Formats Staatsvertragsjubiläum.¹⁵

Der Mythos Staatsvertrag verdankt sich aber – wie alle Mythen – nicht primär dem Ereignis selbst, so bedeutend es auch immer gewesen sein mag. Bereits die feierliche Unterzeichnung im Oberen Belvedere war auf eine pathetische Überhöhung dieses diplomatischen Aktes ausgerichtet. Die mediale Inszenierung in der „Austria Wochenschau“ ließ den 15. Mai 1955 vollends zur Pathosformel werden, die sich durch ihre vielfache Reproduktion offenkundig unauslöschlich in das Bildgedächtnis eingebrannt hat: Leopold Figls „Österreich ist frei“ wurde zu einem audiovisuellen Gedächtnisort, der wie kein anderer die Zweite Republik repräsentiert, obwohl Figl diese Worte in der berühmten Balkonszene gar nicht gesprochen hat. Die Verschmelzung dieses Bildes mit einem Ausschnitt aus der Rede Figls bei der Vertragsunterzeichnung im Marmorsaal des Oberen Belvedere basiert auf einer Montage in einer Sonderausgabe der Austria-Wochenschau vom 28. Oktober 1955, die den realen Ereignisablauf mittlerweile längst ersetzt hat. Selbst Zeitzeugen meinen, diesen Ausspruch gehört zu haben. So berichtet Willi Resetarits, als „Ostbahnkurti“ ein bekannter österreichischer Rocksänger, in einem Interview mit der Grazer „Kleinen Zeitung“ von seinen Erinnerungen an die Unterzeichnung des Staatsvertrages. Sein Vater, ein burgenländischer Bauarbeiter, hatte ihn auf die Baustelle mitgenommen, damit er von einem Dach aus die Ereignisse im Garten des Belvedere mitverfolgen könne. Leopold Figls Präsentation des soeben unterzeichneten Staatsvertrages vom Balkon des Oberen Belvedere ist ihm heute noch vor Augen, und bemerkenswerter Weise

15 Zur „Verdichtung“ des Staatsvertrags-Geschehens im Bild der Balkonszene vgl. Katharina Wegan, Staatsvertrag im Bild, in: Ingrid Bauer u.a. (Hg.), <kunst <kommunikation <macht. Sechster Österreichischer Zeitgeschichtetag 2003, Innsbruck u.a. 2004, S.170f.

verschmilzt in seiner Erinnerung dieses Bild mit den Worten „Österreich ist frei!“, obwohl diese für ihn gar nicht zu hören gewesen wären, selbst wenn sie gesprochen worden wären¹⁶

Das emotional anrührende Pathos von „Österreich ist frei!“, das offenkundig über die Generationen hinweg noch heute seine Wirkung entfaltet, beinhaltet allerdings höchst problematische Aussagen: „Österreich ist frei!“ ist genau jene Formel, durch die die Relativierung von „1945“, dem Datum der Befreiung vom NS-Regime, im österreichischen Geschichtsbewusstsein festgeschrieben und tradiert wird. Dieses „Überschreiben“ von „1945“ durch „1955“ entsprach durchaus dem geschichtspolitischen Kalkül der beiden Großparteien in der Nachkriegszeit, das auf das Buhlen um die Stimmen der ehemaligen NationalsozialistInnen ausgerichtet war: Spätestens seit dem Ende der 40er Jahre trat in der politischen Rhetorik das Argument in den Vordergrund, dass die eigentliche Freiheit erst mit dem Abzug der Besatzungsmächte erreicht sei. Der Dank für die Befreiung wurde rasch von der Forderung nach Freiheit abgelöst, die alliierte Besatzung erschien – angesichts des Österreich in der Moskauer Deklaration zugebilligten Opferstatus als ungerechtfertigtes Unrecht.

Diese Formulierungen haben sich nachhaltig in das Staatsvertrags-Narrativ eingeschrieben: „Von der Befreiung zur Freiheit“, so lautet der Tenor der Darstellungen der Jahre 1945 bis 1955 in vielen Ausstellungen, Schulbüchern und populärwissenschaftlichen Publikationen. Der zweite Band von „Österreich II“, Hugo Portisch' verbreiteter Geschichte der Zweiten Republik, in dem die Jahre 1945 bis 1955 thematisiert werden, trägt etwa den Titel „Der lange Weg zur Freiheit“, auf seinem Schutzumschlag findet sich – man könnte sagen selbstverständlich – das Bild der Balkon-szene.

Im zeitgenössischen Kontext war mit dieser Argumentation allerdings nicht allein die Relativierung der Befreiung vom Nationalsozialismus verbunden: Die explizite Gleichsetzung der Jahre 1938 bis 1945 mit der Besatzungszeit ist ein integraler Teil des

16 Ein Bewohner mehrerer Heimaten. Interview von Wolfgang Sotill mit Willi Resetarits in der Reihe „Österreichgespräche“, Kleine Zeitung Graz, 17.8.2003.

Freiheitsbegriffs, der „Österreich ist frei!“ zugrunde liegt. Leopold Figl sprach in seiner Rede nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags im Marmorsaal des Oberen Belvedere, an deren Ende der berühmte Satz „Österreich ist frei!“ steht, davon, dass „ein siebzehn Jahre lang dauernder dornenvoller Weg der Unfreiheit“ nun „beendet“ sei.¹⁷ Zehn Jahre zuvor hatte Figl den Alliierten für die Befreiung vom „Hitlerbarbarismus“ gedankt.¹⁸ Das Erstaunliche an 2005 ist somit nicht in erster Linie die geschichtspolitische Instrumentalisierung des Staatsvertragsjubiläums – entsprechende Instrumentalisierungen haben das Staatsvertrags-Narrativ von Beginn an bestimmt, und die Nutzung dieses Jubiläums als Bühne zur positiven Selbstdarstellung würde sich wohl keine Regierung entgehen lassen.

Erstaunlich ist vielmehr die Resistenz dieses Gedächtnisortes gegenüber jener kritischen Auseinandersetzung mit den Nachkriegsmythen, die seit Mitte der 80er Jahre in vielen europäischen Ländern stattgefunden hat. In Österreich war es der Mythos vom „erstem Opfer“, der seit der Waldheim-Debatte 1986 seine Unschuld verloren hat – war es doch eine seiner Hauptfunktionen, den österreichischen Anteil an den NS-Verbrechen zu leugnen. Dem hat das offizielle Österreich mittlerweile Rechnung getragen: 1991 bekannte sich erstmals ein österreichischer Bundeskanzler, Franz Vranitzky, namens der Bundesregierung zur „Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“.¹⁹ Dieses Bekenntnis zur „moralischen Mit-

17 Zit. n. Jochum, Manfred /Olbort, Ferdinand: 80 Jahre Republik Österreich. 1918 bis 1938 und 1945 bis 1998 in Reden und Statements. Wien 1998, S. 58.

18 Leopold Figl in seiner Rede anlässlich der Enthüllung des von der sowjetischen Besatzungsmacht errichteten Denkmals für die Gefallenen der Roten Armee am Wiener Schwarzenbergplatz. Zit. n. Mahnmal unerbittlicher Gerechtigkeit, in: Das Kleine Volksblatt, 21.8.1945, S. 1 f.

19 Zit. n. Botz, Gerhard/Sprengnagel, Gerald (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, Frankfurt a.M./New York 1994 (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 13), S. 575 f.

verantwortung“ für den Holocaust wurde von Staatssekretär Morak bei der UNO-Gedenkfeier in New York anlässlich der 60. Wiederkehr der Befreiung des KZ Auschwitz im Jänner 2005 bekräftigt.²⁰

Umso bemerkenswerter ist es, dass sich – im Format des Staatsvertragsjubiläums – die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik offenkundig auch heute noch so erzählen lässt, als habe es keine Waldheim-Debatte und kein Gedenkjahr 1938/88 gegeben, in dem eine intensive Auseinandersetzung mit dem österreichischen Anteil an den Verbrechen des NS-Regimes erfolgt ist. Und während in den Debatten um die „unbewältigte“ NS-Vergangenheit der Zweiten Republik der Mythos von Österreich als unschuldig „erstes Opfer“ des Nationalsozialismus weitgehend zerbrochen ist – ungeachtet einiger kaum erfolgreicher politischer Reaktivierungsversuche –, haben sich die mit dem Staatsvertrag verbundenen Nachkriegsmythen als erstaunlich resistent erwiesen.

Und dies, obwohl dieses Geschichtsbild ebenso, wenn nicht stärker als die offizielle Opferthese die Verdrängung der Mitverantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes bewirkt hat: Denn wer von Österreich als „erstem Opfer“ Hitlerdeutschlands sprach, musste immerhin auch vom Nationalsozialismus und seinen Gräueln sprechen. Dies mag der Grund dafür sein, warum die Opferthese nie jene Popularität erlangt hat, die sich mit ihrer populistischen Gegenthese verband: Auch darin erscheint Österreich als Opfer, allerdings nicht als Opfer des Nationalsozialismus, sondern als Opfer des Krieges *gegen* den Nationalsozialismus.

Und es ist exakt diese populistische Umdeutung des Opferbegriffs, die dem Gedächtnisort Staatsvertrag, der Pathosformel „Österreich ist frei“ zugrunde liegt. Diese Sichtweise begann sich bereits kurz nach Kriegsende durchzusetzen, und ist durchaus im Zusammenhang mit einer Geschichtspolitik des Entgegenkom-

20 Rede anlässlich der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz (24.01.2005), http://www.austria.gv.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3342&Alias=BKA&cob=9173_

mens gegenüber den „Ehemaligen“ zu sehen – mit den alliierten „Siegermächten“ und insbesondere der Sowjetunion als Feindbild konnten sich auch ehemalige NationalsozialistInnen identifizieren: Dass 1945 in diesem Geschichtsbild nicht als Jahr der Befreiung, sondern der Niederlage gesehen wird, daran lassen etwa die historischen Rückblicke in der Austria-Wochenschau der 50er und 60er Jahre keinen Zweifel.

„1955“, der strahlende Gedächtnisort der Zweiten Republik, blieb von der kritischen Auseinandersetzung mit der österreichischen NS-Vergangenheit offenkundig unberührt, obwohl darin weitaus problematischere Vorstellungen von der Opferrolle Österreichs eingeschrieben sind. „Österreich ist frei!“ transportiert offenkundig subtil – und damit umso nachhaltiger – die Vorstellung von Österreich als unschuldigem Opfer des Krieges. Wie wirksam dieses Bild nach wie vor die kollektiven Vorstellungen über die Vergangenheit prägt, zeigt sich nicht zuletzt an seiner Reaktivierung in den Projekten der „25 PEACES“, die das Leiden unter den Kriegsfolgen und die Entbehrungen der Nachkriegszeit in den Vordergrund stellen.

Während 2005 in Europa bzw. im globalen Rahmen als Jahr der Befreiung vom NS-Regime begangen wurde, wurde in Österreich – wie in den Jahrzehnten zuvor – „1945“ durch „1955“ überschrieben.

Visual Nation Building

Visuelle Mythen und staatlich-pädagogische Maßnahmen zur österreichischen Identitätskonstruktion bei Kindern und Jugendlichen (1945-1955-2005)



Der Weg zum Staatsvertrag,
Rückseite der Zeitschrift
„Freundschaft“, Jg. 1955, Heft 5

Drei Sequenzen und ein Bild

Erste Sequenz: Im Mai 1955 erschien in der sozialdemokratischen Kinderzeitschrift „Freundschaft“ eine bunte Zeichnung, die Österreichs Weg von 1945 bis 1955 illustriert.¹ In der Zeichnung sind mehrere Szenen zu sehen: Links unten beginnend mit der Zahl 1945 arbeiten eine Frau und zwei Männer vor dem Hintergrund rauchender Hausruinen. Eifrig sind sie am Werk. Es wird gegraben, Ziegel werden transportiert und verarbeitet. In einer weiteren Szene kehren Soldaten zu ihren Familien zurück, die sie freudig begrüßen. Nur eine Frau hält fragend das Bild ihres vermissten Mannes hoch. Die weiteren Szenen sollen die Leistungen der jungen Republik bis 1955 zeigen: stolze Schiffe, die an betriebsamen Fabriken vorbei gleiten, eine Stadtautobahn, ein neues Schulgebäude, das fertig gestellte Kraftwerk Kaprun, ein Bauer bearbeitet mit einem neuen Traktor das Feld.

Nur eine Frau hält fragend das Bild ihres vermissten Mannes hoch. Die weiteren Szenen sollen die Leistungen der jungen Republik bis 1955 zeigen: stolze Schiffe, die an betriebsamen Fabriken vorbei gleiten, eine Stadtautobahn, ein neues Schulgebäude, das fertig gestellte Kraftwerk Kaprun, ein Bauer bearbeitet mit einem neuen Traktor das Feld.

1 Freundschaft, Mai 1955, S. 68.

Zweite Sequenz: 1965 wurde im Auftrag der österreichischen Bundesregierung der Band „Österreich. Einheit, Freiheit, Unabhängigkeit“² publiziert. Er sollte anlässlich des zehnjährigen Staatsvertragsjubiläums die Schuljugend über das erste Nachkriegsjahrzehnt informieren. Der Band versammelt hauptsächlich Reden von federführenden österreichischen Nachkriegspolitikern, interessant in unserem Zusammenhang ist der erste eingeschobene Bildteil: eine Abfolge von Schwarz-Weiß-



Besatzungszeit

Fotos aus der Zeit 1945-1955: Die ersten Fotos zeigen den brennenden Stephansdom, zerstörte Häuser und Menschen beim Schutträumen („Das Ausmaß der Zerstörung war furchtbar, aber mit vereinter Kraft wird der Kampf gegen Schutt und Trümmer aufgenommen“, besagt die Bildlegende). Die nächste Bildseite zeigt knappe Essensrationen, darunter alliierte Soldaten: „Zu aller Not kam noch der Hunger in unser vierfach besetztes Land“, so hier der Kommentar. Es folgen Fotos der Erstausgabe einer österreichischen Zeitung, der ersten Nationalratssitzung und Portraits österreichischer Politiker (Renner, Figl, Kunschak, Körner). Im Anschluss daran sind zwei Gedenktafeln abgebildet: Die Tafel „Im Gedenken an die Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit“ am Wiener Heldenplatz und eine Gedenktafel für österreichische Widerstandskämpfer in Innsbruck. Die letzten beiden Fotos betreffen das Konzentrationslager Mauthausen. Zu sehen sind das Foto eines Mannes, der einen kleinen Kindersarg trägt und ein menschenleeres Foto mit Stacheldrahtzaun und Wachturm, beide versehen mit der

2 Österreich. Einheit Freiheit Unabhängigkeit. Zwanzig Jahre Zweite Republik, zehn Jahre Staatsvertrag. Festgabe der Bundesregierung für die österreichische Jugend. Wien: Österreichischer Bundesverlag, Verlag für Jugend und Volk 1965.

Bildlegende: „Wo Freiheit und Menschenwürde verhöhnt wurden: Konzentrationslager Mauthausen.“

Dritte Sequenz: Die Website der Projektinitiative „25PEACES“, abgerufen im Oktober 2005: Die Initiative „25PEACES“, gefördert von der österreichischen Bundesregierung, will im Jubiläumsjahr 2005 durch Events und Interventionen im öffentlichen Raum, „zum Nachdenken anregen und für Diskussion sorgen“³. Die Projekte sollen vor allem junge Österreicher ansprechen, so die Projektinitiatoren.⁴ Die zum Zeitpunkt des Abrufes aufgelisteten aktuellen Projekte sind „PEACE bekocht“ (Restaurants kochen je nach ehemaliger Besatzungszone Nationalgerichte der jeweiligen Besatzungsländer) und „PEACES geviertelt und geteilt“: Vier als alliierte Soldaten verkleidete Personen tourten zwei Wochen lang als die „Vier im Jeep“ im Militärfahrzeug durch Wien und markierten in breiten Farbstreifen die ehemaligen Sektorengrenzen.

Weitere Projekte beschäftigen sich ebenfalls mit der unmittelbaren Nachkriegszeit, z.B. „PEACE eingemauert“ (die Helden Denkmäler am Heldenplatz wurden wie in Kriegszeiten eingemauert), „PEACE zerstört“ (Ton- und Lichtinstallationen, um an die Bombardements im Jahr 1945 zu erinnern), „PEACE betrauert“ (eine temporäre Gedenktafel „Den Opfern des Nationalsozialismus“ wurde am Heldenplatz installiert), „PEACE beweidet“ (Kühe weiden beim Belvedere, um an den Versorgungsengpass nach 1945 zu erinnern), „PEACE besetzt“ (Kennzeichnung des ehemaligen Stützpunktes der Alliierten in Wien).⁵

Die Zusammenschau aller drei Sequenzen ergibt ein Bild: Obgleich zu sehr unterschiedlichen Zeiten erschienen, sich unter-

3 Einleitungstext auf der Homepage www.25peaces.at [abgerufen am 13.10.2005].

4 Georg Springer, Wolfgang Lorenz und Eberhard Schrempf, siehe Artikel unter: <http://science.orf.at/science/news/132281> [abgerufen am 13.10.2005].

5 Einige Projekte beschäftigen sich mit Zukunftsvisionen („PEACE vermutet“) bzw. mit dem Eingebundensein in die europäische Gemeinschaft („PEACE vereint“, „PEACE belichtet“, „PEACE beflaggt“, „PEACE gerollt“.

schiedlicher Ausdrucksformen bedienend (Zeichnung, Fotos, Events), fügen sich die drei Beispiele, die an ein jugendliches Publikum gerichtet sind, nahtlos in ein Konzept der visuellen Mythenbildung zur österreichischen Identität seit 1945.

Bereits die erste Zeichnung aus dem Jahr 1955 ist eine visuelle Bündelung der „Erfolgsgeschichte“ Österreichs, eine Mythologisierung des ersten Nachkriegsjahrzehnts, wie sie noch Jahrzehnte später transportiert werden wird. Die Form der Zeichnung erlaubt eine Vorwegnahme der Realität: hier blüht bereits die Industrie, neue Schulen und Kraftwerke werden als Symbole für den jungen Staat verwendet. AdressatInnen der Zeichnung waren Kinder. Sie sollten als zukünftige TrägerInnen eines demokratischen Staates keinen Zweifel an der Lebensfähigkeit Österreichs hegen. Die gezeichneten Bilder sollten sich als Realität einprägen, auch wenn noch nicht alle Visionen der Zeichnung im Jahre 1955 verwirklicht waren. Junge Menschen waren aufgefordert in die Zukunft zu schauen, das „Davor“ – das Erleben des Krieges, das „Aufgehen“ im „Großdeutschen Reich“ – wurde ausgeblendet. Relevant waren die Bemühungen des „Wiederaufbaus“. Die Tatsache, dass die Illustration in einer sozialdemokratischen Kinderzeitschrift erschien – welche zumindest in den ersten Nachkriegsjahren und im Gegensatz zu konservativen Kinderblättern den Faschismus thematisiert hatte – zeigt, wie groß der Wunsch nach einem für alle akzeptablen Bild der Vergangenheit war. Auch die Fotos aus dem Jahre 1965 gehen in dieselbe Richtung. Inzwischen waren 20 Jahre seit Kriegsende vergangen. Die SchülerInnen, die den Band „Österreich. Einheit, Freiheit, Unabhängigkeit“ erhielten, kannten die nationalsozialistische Zeit, Krieg und erste Nachkriegsjahre nur noch aus Erzählungen (so ferne ihnen vom Nationalsozialismus erzählt wurde). Die Fotos im ersten Bildteil, als Bildgeschichte gelesen, arbeiten mit denselben Stereotypen wie oben: Das zerstörte Österreich (der brennende Stephansdom als Symbol für sinnlose Kriegszerstörungen, keine Thematisierung des „Warum“ und des „Davor“), die Wiederaufbaubemühungen. Dazu kommt die Darstellung der politischen Hauptakteure aus Österreich. Demokratie wird durch die Abbildung der ersten Zeitung und Nationalratssitzung verdeutlicht. In engen



Mauthausen, in: Bundesverband der Widerstandskämpfer: Österreich. Einheit – Freiheit – Unabhängigkeit. Zwanzig Jahre Zweite Republik, zehn Jahre Staatsvertrag. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1965.

hausen“, lautet die Bildlegende. Es wird kein Ort des Sterbens präsentiert, Freiheit und Menschenwürde fallen hier – man fragt sich wem – zum Opfer. Täter sind keine zu sehen. Das Bild von Mauthausen ist nüchtern und menschenleer, der kahle Wachturm und der Zaun davor machen Leid und Qualen schwer nachvollziehbar. Noch deutlicher im Nichtverdeutlichen das Bild des Mannes mit Holzsarg: Der kleine Kindersarg wird von einem Mann sorgsam weggetragen. Impliziert wird hier individuelles, geordnetes Sterben und keine Massenvernichtungen.

Zusammenhang werden Nachkriegsnot und Besatzungszeit gesetzt, die Fotos (knappe Essensration und Besatzungssoldaten) werden durch die Bildlegende verstärkt: *„Zu aller Not kam noch der Hunger in unser vierfach besetztes Land.“*⁶ Der Zeit des Dritten Reiches sind zwei Bildsequenzen gewidmet: Zunächst die Gedenktafeln, die österreichischen Widerstandskämpfern gewidmet wurden, d.h. der Nationalsozialismus kann als Zeit des Kampfes gegen das NS-Regime gedeutet werden. Der Versuch die SchülerInnen mit der industriellen Massenvernichtung in Konzentrationslagern zu konfrontieren, ist sehr zurückhaltend. *„Wo Freiheit und Menschenwürde verhöhnt wurden: Konzentrationslager Maut-*

6 Siehe „Österreich. Einheit Freiheit Unabhängigkeit“, erster Bildteil.

Die visuelle Erzählung der Fotoserie im Jubiläumsband lässt also in Kurzform folgende Geschichte entstehen, die Österreichs „Opferstatus“ unterstreicht: Es „geschah“ Krieg mit schrecklichen Folgen, der „Wiederaufbau“ wurde durch die Anstrengungen der Bevölkerung erreicht, Demokratie hielt Einzug, erschwert wurden diese Bemühungen durch Hunger und Besatzer. Die Herrschaft des Nationalsozialismus in Österreich kann als Widerstandszeit gelesen werden, und das Morden in Mauthausen wird nur angedeutet.

Im Jahre 2005 wird der zweidimensionale Raum verlassen. „25PEACES“ setzt auf erfahrbare Events. Die Bombennacht wird audio-visualisiert, die Kuh beim Belvedere kann berührt werden, die „Vier im Jeep“ hinterlassen ihre Spuren in Form von Demarkationslinien. Die Themen, die bedient werden, sind allerdings dieselben geblieben: Die Schrecken des Krieges, die Not der Besatzungszeit, das geteilte Land. Wieder „geschieht“ Krieg und Nachkriegsleid, wieder fehlt ein „Davor“. Zwar wird mittlerweile allen „Opfern des Nationalsozialismus“ gedacht, aber in der umfassenden Bezeichnung verliert sich eine differenzierte Auseinandersetzung.

1945 stand die Zweite Republik vor dem Problem, eine neue ideelle und symbolische Basis zu finden, ein tragfähiges Fundament für die junge Staatlichkeit.⁷ In Ermangelung identitätsstiftender Ereignisse, die zu „Mythen“ geworden waren – etwa von einer Mehrheit getragene Freiheitskämpfe wie in Frankreich – erfolgte auf der Suche nach identitätsstiftenden Symbolen und der Konstruktion eines gemeinsamen historischen Gedächtnisses ein Rückgriff auf kulturelle Traditionen. Wie schon in der Ersten Re-

7 Siehe dazu besonders die grundlegenden Studien von Ernst Bruckmüller, u.a.: *Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*. 2. erg. und erw. Aufl. Wien, Köln, Graz: Böhlau 1996 (= Studien zur Politik und Verwaltung. Bd. 5), Binder, Dieter / Bruckmüller, Ernst: *Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918-2000*. Wien, München: Oldenbourg 2005; Brix, Emil / Bruckmüller, Ernst / Stekl, Hannes: *Memoria Austriae 1. Menschen – Mythen – Zeiten*. Wien, München: Oldenbourg 2004.

publik sah man in der Betonung von Geschichte, Kultur und auch Landschaft Österreichs identitätsgebende Kraft. Die repräsentative Vergangenheit und die Schönheit der Landschaft schienen geeignet, der österreichischen Bevölkerung im geografisch und in Bezug auf Macht und Einfluss reduzierten „Rest-Österreich“ Selbstvertrauen und Vertrauen in die neue Republik einzuflößen. Aber auch die erste Nachkriegsdekade selbst – der (tatsächlich erfolgte) „Wiederaufbau“, die „Erringung“ des Staatsvertrages – wurde als „Erfolgsgeschichte Österreich“ in das kollektive Gedächtnis integriert.

Diese österreichische Mythenbildung fand auch ihren visuellen Ausdruck – ein Prozess, der als „Visual Nation Building“ bezeichnet werden kann: der visuelle Beitrag zur nationalen Identitätsfindung und Entwicklung von Staatsbewusstsein. Einerseits wurden die genannten Mythen visualisiert, in Bilder umgesetzt, wie es uns das erstgenannte Beispiel aus dem Jahre 1955 zeigt. Hier konnte, bei Zeichnungen oder auch Filmen sehr einfach, an der Realität vorbeigearbeitet, Erwünschtes vorweggenommen werden. Ebenso konnte, und hier können wir das zweite Beispiel aus dem Jahre 1965 inkludieren, eine allgemein akzeptierte Form des historischen Gedächtnisses konstruiert werden, mit ausgewählten Bildern – besser noch: mit Fotos, die einen hohen Wahrheitsanspruch beinhalten – die sich im visuellen Gedächtnis festsetzen. So sehr festsetzen, dass diese Bilder auch noch im Jahre 2005 wiedergegeben werden.⁸

Visuell umgesetzte Mythen eignen sich mehr noch als verschriftete zur Emotionalisierung, Bilder werden zu Ikonen, die im Gedächtnis haften bleiben. Die Balkenszene, das Bild der jubelnden Menge bei der Präsentation des Staatsvertrages werden zur Manifestation einer von allen gewollten Zweiten Republik (das Balkon-Motiv fand 2005 seine Umsetzung in einem durch die Bundesländer tourenden mobilen Balkon).

Aber auch die Symbole des Staates sollten sich in das visuelle Gedächtnis der Menschen einprägen. Man hatte sich nach 1945 entschieden, mit Ausnahme der Bundeshymne, an die Staatssym-

8 Siehe hier auch: historische Filmdokumentationen wie etwa Hugo Portisch „Österreich II“.

bolik der Ersten Republik anzuknüpfen. Um ein Gefühl der „Corporate Identity“ zu erzeugen, sollten die Symbole des Staates – das Bild des Bundespräsidenten bzw. Fahnen – in öffentlichen Gebäuden oder bei Feierlichkeiten des Gemeinwesens präsent sein.

Visuelle Pädagogik in der Nachkriegszeit

In den ersten Nachkriegsjahren wurden auch mit Hilfe von Bildbotschaften im öffentlichen Raum – seien es allegorische Wandbilder auf Gebäuden, Plakate oder Briefmarkenserien – affirmative Modellbilder produziert, die die erwünschte Zukunft vorwegnehmen sollten. *„Immer weisen diese öffentlichen Bildbotschaften über das Alltägliche und Spezielle hinaus, indem durch sie etwa gemeinschaftliche Wertvorstellungen und Ziele verstärkt werden sollen“*⁹, so der Historiker Wolfgang Kos. „Wiederaufbau“, „Arbeit“, „Fleiß“ oder „Gemeinschaft“ werden häufig thematisiert und durch visuelle Codes wie „Maurer mit Kelle vor einer wachsenden Ziegelmauer“, „Männer vor Kränen“ oder „Politiker beim Spatenstich“ dargestellt. Die Präsenz von österreichischen Produkten, verstärkt durch die Nennung des Namens „Österreich“ („Österreichischer Verlag“, „Austria Email“) ist ebenfalls ein wichtiger Teil österreichischer „Markenbildung“, die einerseits zum Kauf inländischer Produkte anregen und andererseits den Namen „Österreich“ im Alltaggedächtnis verankern sollte.

Auch österreichische Filme und Publikationen trugen zum Aufbau des „Mythos Österreich“ bei. „Das Österreich-Buch“ vom Bundespressedienst 1948 erstmals veröffentlicht, erschuf das *„märchen- und zauberhafte Österreich, voller Poesie und Musik“*¹⁰. Der Autor Ernst Marboe berichtet halb anekdotisch von Geschichte, Kultur, Landschaft und Wissenschaft Österreichs,

9 Kos, Wolfgang: *Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945*. 2. Aufl. Wien: Sonderzahl 1995, S. 65.

10 Hanisch, Ernst: Reastrifizierung in der Zweiten Republik und das Problem eines österreichischen Nationalismus. In: Lutz Musner, Gotthart Wunberg, Eva Cescutti (Hrsg.): *Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik*. Innsbruck u.a.: StudienVerlag 2002, S. 28.

geht auf Land und Leute ein, erzählt von Trachten und Bräuchen. Nach den Kapiteln über Kurorte und die Freuden der Jagd wird in dem immerhin 540-seitigen Werk auf fünf Seiten „Das österreichische Nocturno“ mit Hinweisen auf Kriegsschäden behandelt. Danach geht es gleich in das Jahr 1945, „da [Österreich, Anm.] hoffte, am Ende des Krieges die feierlich versprochene Freiheit zu erhalten, an ihrer Stelle aber von den Großen Vier okkupiert [...] war“.¹¹ Mehrere IllustratorInnen arbeiteten für das Buch. Die unzähligen Illustrationen sind zart und schwungvoll zugleich, die Farben hell, freundlich-optimistisch.

In Filmen sollte die Darstellung eines idealisierten Österreichs, eines Österreichs, wie es hätte sein können, durch Fiktion und selektive Dokumentation real werden. Den Propagandafilm „Sturmjahre. Der Leidensweg Österreichs“ drehte der Sozialist Frank Ward Rossak im Jahre 1947. Alle Österreichmythen ab 1938 werden hier dargestellt: Österreich ist das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggression, doch eine österreichisch-patriotische Widerstandsbewegung kämpft gegen die Unfreiheit, der Krieg ist zu Ende, die Jugend arbeitet unermüdlich am „Wiederaufbau“.¹²

Der Spielfilm „1. April 2000“ wurde von der österreichischen Regierung 1952 in Auftrag gegeben, um die Bevölkerung, die über die Stagnation der Staatsvertragsverhandlungen beunruhigt war, zuversichtlich zu stimmen: „Obwohl man jahrelang guten Willen gezeigt hatte, schien das Ende der Besetzung in weite Ferne gerückt. Die nahezu hysterische Betonung der Opferrolle war die österreichische Antwort.“¹³ Die Opferrolle wird zur zentralen Aussage des Films, zum „kollektiven Aufbegehren gegen ein ungerechtes

11 Marboe, Ernst: Das Österreich-Buch. Verb. Ausg. Wien: Österreichische Staatsdruckerei 1957, S. 480.

12 Hanisch, S. 28.

13 Puluj, Christian: „Und neues Leben blüht aus den Ruinen“. Die Stimme Österreichs im Vorprogramm der Kinos 1945-1955. Bewusstseinsbilder und Bewusstseinsbildung der Zweiten Republik in Austria Wochenschau und Kulturfilm. Unveröffentl. Dipl.-Arb., Univ. Wien 1992, S. 65f.

und unverschuldetes Schicksal“.¹⁴ Das Alpen-Kraftwerk Kaprun schaffte in der Nachkriegszeit den Aufstieg zu *dem* Symbol des „Wiederaufbaus“. Es war der Kampf und schließlich Triumph des Menschen gegen die Natur, es war Sinnbild für den Aufstieg des kriegszerstörten Österreichs. Die „Erfolgsgeschichte“ Kaprun war die „Erfolgsgeschichte“ Österreich. Kaprun war ständig präsent: Nicht nur Zeitungen und Kino-Wochenschauen berichteten über den Baufortschritt und die Fertigstellung im Jahre 1955, es gab Kaprun-Sonderbriefmarken, Kaprun-Heimatfilme und Kaprun-Romane.

Staatlich-pädagogische Maßnahmen zur Identitätsfindung (1945-1955)

Männer wie der erste für Unterrichtsangelegenheiten zuständige Staatssekretär, der Kommunist Ernst Fischer und sein Nachfolger im Amt, der Unterrichtsminister und ÖVP-Politiker Felix Hurdes, waren überzeugt, dass die angestrebte Demokratisierung Österreichs auf das Engste mit der Entwicklung eines österreichischen Staatsbewusstseins verknüpft sei. Beide waren der Überzeugung, dass die junge Republik langfristig nur überlebensfähig sein konnte, wenn die junge Generation – als Zukunft Österreichs – bereit war, den Staat mit zu tragen.

Mit welchen Mitteln konnten also von staatlicher Seite „Staatsbewusstsein“ und die Entwicklung einer eigenen „österreichischen Identität“ forciert werden, und das nicht nur bei jungen Menschen? Der Historiker Ernst Bruckmüller nennt gezielte Information, Unterricht, Medien, Denkmäler, topografische Bezeichnungen, Feiern und Gedenktage.¹⁵ Durch die gemeinsame Erinnerung des kollektiven Gedächtnisses an bestimmte Daten, Ereignisse, Personen, Symbole – die nationale Mythologie – wird die Nation ständig rekonstruiert.

Die österreichischen Bildungsverantwortlichen, die Kindern

14 Ebd.

15 Bruckmüller, Ernst: Die Entwicklung des Österreichbewusstseins [abgerufen unter: <http://www.demokratiezentrum.org/download/bruckmueller.pdf>, Oktober 2005].

und Jugendlichen Verständnis und Empfinden für eine österreichische Nation nahe bringen wollten, sahen sich mit Problemen auf mehreren Ebenen konfrontiert: Nicht nur, dass Kinder und Jugendliche durch das „Großdeutsche Reich“ sozialisiert und geprägt waren, ein klar definiertes einheitliches „Österreich-Bewusstsein“ war auch in der Elterngeneration nicht vorhanden.

Ebenso schwierig war das – auch von den Alliierten geforderte – Vorhaben, ein demokratisches Bewusstsein zu schaffen bzw. zu fördern. Ab dem Jahr 1930 Geborene hatten in bewusster Wahrnehmung nur autoritäre Regime erlebt.

Die Meinung der politisch Verantwortlichen in Österreich gegenüber jungen Menschen war unmittelbar nach Kriegsende zwiespältig. Vielerorts wurden in den ersten Nachkriegsjahren Kinder und Jugendliche als – wie es der Schulreformer Hans Fischl ausdrückte – „für die im Jahre 1945 wiederhergestellte Demokratie fürs erste verloren“¹⁶, bezeichnet. Andererseits erhoffte man sich für junge Menschen trotz der Erfahrungen des Nationalsozialismus einen „Prozess der Heilung“¹⁷: der Heilung von materiellen und physischen Wunden, die Jugend sollte aber auch zur „Heilung“ der Gesellschaft vom Makel der Involvierung in den Nationalsozialismus beitragen.

Die Jugendlichen selbst reagierten auf den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems differenziert: Zunächst mit einem Gefühl der Befreiung nach den Schrecken des Krieges. Der Zusammenbruch ihrer im Nationalsozialismus erworbenen Weltanschauung konnte aber als subjektive Sinnkrise empfunden werden, ebenso die Erkenntnis, nicht mehr BürgerInnen einer „Großmacht“ zu sein. Die Reaktion darauf konnte eine völlige Ablehnung jeglicher Autorität, ein tiefes Misstrauen gegenüber

16 Fischl, Hans: Schulreform, Demokratie und Österreich 1918-1950. Wien: Jungbrunnen o.J., S. 103.

17 Der Ministerialrat im Unterrichtsministerium Edwin Zellwecker in seinem Beitrag zur antifaschistischen Ausstellung „Niemand Vergessen!“. Zellwecker, Edwin: Jugend gestern, heute, morgen. In: Niemand Vergessen! Ein Buch der Anklage, Mahnung und Verpflichtung. Wien: Verlag für Jugend und Volk 1946, S. 112-114, hier S. 113f.

ideologischen Vereinnahmungsversuchen und in Folge ein Verzicht auf politische Willensbildung sein, dies brachte den Jugendlichen auch den Namen „die skeptische Generation“ ein.

Die Schule erschien in Bezug auf die Vermittlung eines Österreich- und Demokratiebewusstsein innerhalb der jungen Generation als der geeignete Ort.

Die wichtigsten Überlegungen der österreichischen Bildungsverantwortlichen im Unterrichtsministerium flossen in den im Juli 1949 erschienenen „Erlaß zur Staatsbürgerlichen Erziehung“ ein. Zwei Aufgaben, die miteinander untrennbar verbunden seien, wurden als Grundlagen für die staatsbürgerliche Erziehung definiert:

*„Die eine Aufgabe besteht in der Weckung und Pflege des österreichischen Heimat- und Kulturbewusstseins (Heimaterziehung), die zweite hat die Erziehung zu treuen und tüchtigen Bürgern der Republik zum Gegenstand (politische Erziehung).“*¹⁸ Tatsächlich wurde in den ersten Nachkriegsjahren vor allem die erste Aufgabe forciert. Es war ein vorrangiges Ziel der Bildungsbehörden, bei Kindern und Jugendlichen ein „Österreich-ist-unsere-Heimat“-Gefühl zu etablieren. Erst nach Abschluss des Staatsvertrages war man bestrebt, ein Verständnis für Österreich als Staatsnation zu schaffen, man definierte Erziehung zu „Gemeinschaft“ und Neutralität als zentrale Bestandteile des „Identität-Demokratie“-Komplexes.

*Ein „tiefe[s] Volks- und Kulturbewußtsein“ sollte durch permanentes Aufzeigen der „österreichischen Eigenart im geistigen und wirtschaftlichen Schaffen in Vergangenheit und Gegenwart“*¹⁹ entstehen. Die Erziehung zum „bewußten Österreichertum“ soll durch „das Erleben der engeren und weiteren Heimat“ und das „Wissen um Heimat und Volk“ gefördert werden. SchülerInnen sollte laut Erlass zunächst die große Vergangenheit und die reiche Kultur Österreichs näher gebracht werden. Im Unterricht sei auf bedeutende Österreicher, auf literarische Werke von Österreichern, auf historische Leistungen und Denkmäler der Vergan-

18 „Erlaß zur Staatsbürgerlichen Erziehung“, 6. Juli 1949, Z. 25.575-IV/12/49. In: Verordnungsblatt für den Dienstbereich des Bundesministeriums für Unterricht, Jg. 1949, 1. August 1949.

19 Ebd.

genheit, aber auch auf die Leistungen der Gegenwart hinzuweisen: „Hier seien u.a. die Beseitigung der Kriegsschäden, der Bau neuer Volkswohnungen, Wasserkraftwerke wie Kaprun, öffentlicher Bauten, die Leistungen der Arbeiter und Bauern, der Wirtschaft, die Erfolge österreichischer Künstler und Wissenschaftler hervorzuheben.“²⁰ Die Überlegungen gingen allerdings auch über die Unterrichtszeit hinaus. Von zentraler Wichtigkeit erachtete man „Staatsbürgerliches Erleben“, d.h. Kinder und Jugendliche sollten sich aktiv ein Gefühl für „Heimat“ und „Heimatverbundenheit“ erarbeiten: Die Anlage von Chroniken der Schule, der Familie, des Schulortes, gemeinsame Gedenkfeiern wichtiger Ereignisse, Schülerbriefwechsel über Fragen der Heimat, des Volkes und des Staates, die Pflege des heimischen Brauchtums, Lehrwanderungen zu den Naturschönheiten und historischen Denkmälern wurden empfohlen.²¹ Auch die Bedeutung staatlicher Symbole kam im Erlass zur Sprache: „Eine lebendige Staatsgesinnung äußert sich auch in einer tiefen Achtung und Wertschätzung der staatlichen Symbole.“²² Um die Auseinandersetzung mit den staatlichen Symbolen zu fördern, wurden unter der Schuljugend beispielsweise Wettbewerbe, etwa zur Entwicklung eines patriotischen Logos für das „Österreichischen Jugendsingen“ abgehalten.²³ In jedem Schulzimmer sollten Bundeswappen und Bild des Bundespräsidenten und in den Stiegenhäusern der Schulen Bilder von Naturschönheiten und Baudenkmalern angebracht werden. Bei Schulfeiern sollte die rot-weiß-rote Fahne präsent sein.

Im Vordergrund dieser schulischen Maßnahmen stand zwar die Erziehung der jungen Generation, das Unterrichtsministerium legte aber auch besonderen Wert darauf, dass „patriotische Aktionen“ der SchülerInnen möglichst in die Aktivitäten der Heimatgemeinden eingebunden waren, d.h. man erhoffte einen Rückkoppelungseffekt auf alle GemeindebürgerInnen, wenn ein Schulchor mit patriotischen Liedern auftrat oder „Jungbürgerfei-

20 Ebd.

21 Ebd.

22 Ebd.

23 Siehe Österreichischer Jugend-Informationsdienst (folgend ÖJID), März 1950, Jg. 3, F. 6, Ergebnisse des Wettbewerbes.

ern“ im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen abgewickelt wurden. Genauso wurde erwartet, dass LehrerInnen, die patriotische Gedichte rezitieren ließen oder Heimatunterricht vorbereiteten, selbst ein verstärktes „Österreichbewusstsein“ erlangten.²⁴ Eine in den Nachkriegsjahren eingeführte Maßnahme ist die auch heute noch stattfindende „Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt kennen“-Aktion („Wien-Aktion“):

SchülerInnen aus den Bundesländern besuchen für eine Woche die Bundeshauptstadt Wien. Unterrichtsminister Hurdes zur „Wien-Aktion“: *„Staatsbürgerlicher Unterricht ist gut, staatsbürgerliches Erleben ist besser! [...] Sie [die Jugend, Anm.] wird in unserer Bundeshauptstadt erlebnishaft die Bedeutung des Zusammenarbeitens und Zusammenstehens begreifen, sie wird die Größe und Schönheit einer Gemeinschaft fühlen. [...] Möge die ‚Wien-Aktion‘ in unserer Jugend den Glauben stärken, daß es sich lohnt für dieses herrliche Land zu arbeiten und zu leben.“*²⁵ Auch im Staatsvertragsjahr 1955 setzte man auf Aktionismus. Das Unterrichtsministerium arbeitete mit der „erzieherischen Wirkung von Symbolhandlungen“ und empfahl zum „Tag der Flagge“: *„Morgenfeiern mit Flaggenhissen, Sprechchöre mit Bewegungsspielen, Aufmärsche vor dem Parlament, Landhaus, Rathaus, Laienspiele, an denen der Großteil der Schüler teilnimmt, Fackelzüge, Höhenfeuer u. dgl.“, damit die Jugend „nicht bloß als Zuschauende oder Zuhörende teilnimmt, sondern [...] als Träger der Feier wirkt. Bekanntlich geht von Symbolhandlungen die stärkste erzieherische Wirkung aus.“*²⁶ Die Schulen hielten sich an diese Vorgaben, Feiern und teilweise auch Großkundgebungen wurden in ganz Österreich abgehalten.

Die Wirkung von Bildern

Neben den eingangs erwähnten Beispielen, der Zeichnung zum Staatsvertrag und dem Bildteil aus dem Jahre 1965, liegt eine Fül-

24 Neumayr, Ursula: Österreichbilder. Eine Analyse nationaler Identifikationsmuster am Beginn der Zweiten Republik. Unveröffentl. Dipl.-Arb., Univ. Salzburg 1995, S. 19.

25 ÖJID, August / Sept. 1954, Jg. 7, Folge 11/12, S. 2.

26 Österreichisches Staatsarchiv, AdR 02, BMfU, GZ.: 72.851-IV-15/55.

le von schulischen als auch außerschulischen Beispielen des „Visual Nation Building“ vor, die an österreichische Kinder und Jugendliche adressiert war.²⁷ In Folge seien einige wiederkehrende Motive herausgegriffen: Es sind Bilder, die benutzt wurden, um den Glauben an den Staat in den ersten Nachkriegsjahren zu stärken. Mit zunehmendem staatlichen Selbstbewusstsein wurde die Notwendigkeit, diese Bilder zu präsentieren, obsolet, und sie verschwanden aus den Bilderwelten.

Andere Bilder jedoch, die in der Zeit 1945-1955 entstanden, wurden zu visuellen Mythen, die auch noch heute transportiert werden.

Der Blick in die Zukunft – „Die Schrecken der Vergangenheit sollen ruhen“

Bilder über NS-Zeit und Krieg sind in Kinder- und Jugendmedien der unmittelbaren Nachkriegszeit noch seltener zu finden als textliche Erwähnungen. Eine Ausnahme bilden die eindringlichen Illustrationen des remigrierten Graphikers und Bildhauers Carry Hauser in der Publikation „Unser Österreich. 1945-1955“.²⁸ Der schmale Band ist der österreichischen Schuljugend zum 10. Jahrestag der Wiederherstellung der Republik gewidmet. „Unser Österreich“ informiert über die Leistungen des „Wiederaufbaus“, soll aber auch einen Aufruf zu Demokratie und Humanismus darstellen. Eine kritische Analyse der unmittelbaren Vergangenheit findet auch hier nicht statt – so wird von der anonymen Urgewalt „Krieg“ gesprochen, der „schleichend wie eine tückische Krankheit“²⁹ kam. Der Nationalsozialismus wird völlig ausgeklammert, nicht einmal namentlich erwähnt.

27 Siehe dazu auch Edith Blaschitz: „Denn Österreich ist in Dir, Jugend“. Schule und Medien als Mittler von Österreich- und Demokratiebewusstsein bei Kindern und Jugendlichen (1945-1955). Hrsg.: bmbwk. Wien 2005 (Medienpaket, inkl. CD-ROM).

28 Österreichische Bundesregierung (Hrsg.): Unser Österreich 1945-1955. Zum 10. Jahrestag der Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik der Schuljugend gewidmet. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1955, Ill.: Carry Hauser.

29 Ebd., S. 10.

Obwohl die Publikation aus heutiger Sicht den Wunsch nach Konsens und Aussöhnung verdeutlicht, das betreffende Jahrzehnt zur „Erfolgsgeschichte“ verklärt und die Jugend als Hoffnungsträger einer besseren Zukunft darstellt, erregte sie bei einigen zeitgenössischen PädagogInnen höchstes Missfallen. Empörte Briefe trafen im Unterrichtsministerium ein.

Grund des Anstoßes war nicht der Text, sondern die Illustrationen des Buches. Die expressiven, teils düsteren schwarz-weißen Federzeichnungen Carry Hausers stehen im scharfen Kontrast zum optimistischen Ton des Textes.

Besonders waren es wohl zwei Zeichnungen, die verstörten: Das Kapitel über den Krieg illustrierte Hauser mit einer Zeichnung, die den Tod in Gestalt eines bewaffneten Soldaten mit Totenschädel zeigt. Der totenköpfige Soldat hastet schießend über eine Leiche, während im Hintergrund eine wehklagende Person bzw. marschierende Menschen zu sehen sind (Soldaten oder auch Todesmärsche in die Konzentrationslager).

Im Kapitel „Zerstörung“ zeigt Hauser Menschen, die einer in sich zusammenstürzenden Welt zu entfliehen versuchen: Wankende, brennende Häuser, eine Person wird gleichsam ins Erdinnere verschlungen. Während in den Akten des Unterrichtsministeriums in der Vorbereitungsphase keinerlei Einwand gegen die Illustrationen zu finden ist, wehrten sich PädagogInnen gegen die Bildsprache des Buches, wie es ein Brief der Österreichischen Kaufmännischen Lehranstalten zum Ausdruck bringt: *„Gerade die Generation*



Carry Hauser. Krieg, in: Unser Österreich 1945-1955. Wien: Österreichischer Bundesverlag, Verlag für Jugend und Volk 1955.

unserer heutigen Schuljugend, die ja in frühestem Alter die Schrecken der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre mitmachte, wäre den

*Künstlern sehr dankbar, wenn diese ihr frohe und freundliche Bilder von der Welt geben würden. Es ist also eine höchst sonderbare Idee, durch grauerregende Illustrationen den Kindern und Jugendlichen die Bilder aus den Schreckensjahren der Hitleraera [sic!] wieder in Erinnerung zu bringen.*³⁰ Die SchülerInnen seien aufgebracht und verstört und hätten erklärt, dass sie dieses Buch gar nicht aufmachen wollten, da es „so fürchterliche Bilder“ enthalte. Die Bilder würden die Seelen der Jugend vergiften, so die Briefschreiber.³¹ Die Bilder, nicht die Ereignisse, werden zur Projektionsfläche für eine unaufgearbeitete Vergangenheit.

Das Bekenntnis zu Österreich und seinen Symbolen

Am Titelblatt der sozialdemokratischen Kinderzeitschrift „Freundschaft“ ist im April 1947 die Zeichnung einer jubelnden Menschenmenge zu sehen. Zentral im Bild flattern rot-weiß-rote Fahnen. Im Hintergrund des städtisch-intakten Ambientes sind Fabrikschlote bzw. ein neues, schlicht-funktionelles Gebäude sichtbar. Die Bildunterschrift lautet: *„Es lebe unser Vaterland: die freie Republik Österreich.“*³² Im Jahr 1947 stieg der Unmut der österreichischen Bevölkerung über die alliierte Besatzung. Die Zeichnung nimmt den Wunsch nach einem selbstbestimmten Staat vorweg und inkludiert zwei wichtige Grundvoraussetzungen dafür: Die uneingeschränkte Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zur jungen Republik wird durch die begeisterte fahnen-schwingende Menschenmenge symbolisiert, die Industrieanlagen im Hintergrund und die intakten Häuser bezeugen die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit.

30 Österreichisches Staatsarchiv, AdR 02, Kart. 2199, BmfU – 24 Lehrbücher, IN/GRE u. KOLL 1949-1950 (-40.000), GZ: 80.666-IV / 55.

31 Ebd.

32 Freundschaft, April 1947, Heft 4, Titelblatt.

Kontinuität des „Österreichischen“ – Österreich, ein Land überreich an Kultur und landschaftlicher Schönheit

Die Betonung der einzigartigen Naturschönheiten, Kultur und Geschichte Österreichs stellt, wie bereits erwähnt, einen bedeutenden Schwerpunkt dar. In der Publikation „Österreich lebt“ (1955)³³, ist ein besonders symbolbeladenes Bild zu finden: Halbwüchsige Balletttänzerinnen, gekleidet in reines – unschuldiges – Weiß, tanzen vor dem Schloss Schönbrunn: Die perfekte Metapher für die Verbindung des unbefleckten Neubeginns mit (hoch-)kultureller Tradition.

Stellvertretend für eine Reihe von Jugend- und Kinderbüchern, die eine Neudefinition von Heimat und Zugehörigkeit zum Inhalt hatte, steht Karl Ziaks „Neun Kinder aus Österreich“ (1955).³⁴ Es erfüllt alle Kriterien der Erziehung zu Österreich: die Darstellung der wunderbaren österreichischen Landschaft, Geschichte und Kultur, die Betonung von Gemeinschaft, Demokratie und Humanismus. Neun Kinder, je eines aus jedem Bundesland, werden zu einer Flugreise eingeladen. Sie



Madensky, Balletttänzerinnen, in: Österreich lebt. Berichte aus dem kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Leben seit 1945. Hrsg: Österreich-Institut. Wien: Hollinek 1955.

33 Österreich lebt. Berichte aus dem kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Leben seit 1945. Hrsg. vom Österreich-Institut, Wien. Geleitw.: Theodor Körner. Julius Raab, Adolf Schärf u. Beitr. v. H. Ankwicz-Kleehoven [u. a.]. Mit 25 Bildtafeln. Wien: Hollinek 1955.

34 Ziak, Karl: Neun Kinder aus Österreich. Ein Heimatbuch für die Jugend. Wien: Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes 1950, Ill.: Otto Rudolf Schatz.



Otto Rudolf Schatz: Strandbad Millstatt.
In: Karl Ziak: Neun Kinder aus
Österreich. Ein Heimatbuch für die
Jugend. Wien: Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes 1950.

fliegen in jedes Bundesland, bewundern Naturschönheiten und bauliche Sehenswürdigkeiten, hören von Österreichs Kultur und Geschichte. Sie besuchen auch die Stahlwerke in Linz, fahren über die Glocknerstraße und genießen Badefreuden am Millstätter See. Die „Highlights“ ihrer Aktivitäten sind in Illustrationen übersetzt. Es sind helle, luftige Aquarelle, die Lebensfreude und Unbeschwertheit ausdrücken. Immer wieder zieren rot-weiß-rote Fahnen die dargestellten Gebäude.

Gemeinschaft und der Wille zum „Wiederaufbau“

Die Gemeinschaft aller wird betont, die Differenzen sozialer Schichten werden als aufgelöst dargestellt: In der Publikation „Unser Österreich“ reichen einander der Bauer, der Arbeiter und der Ingenieur die Hände. In ihrer Mitte wächst aus einem gefallenen Baum ein zart knospender Ast: Sie hegen und pflegen gemeinsam die frische Saat von Demokratie und Frieden.³⁵ Wiederum geht die visuelle Darstellung über den vorhandenen Ist-Zustand hinaus und stellt den erwünschten Idealzustand dar. Ebenso wird in der gezeichneten Darstellung von neuen Bauten (Freibad, Industrieanlagen) Zukünftiges schon vorweggenommen – es wird aufgezeigt, wie es sein kann, wenn alle fleißig zu packen.³⁶

35 „Unser Österreich“, siehe dazu auch Kos, S. 117.

Kinder und Jugendliche als Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft

Häufig wird bei der zeitgenössischen Darstellung von Kindern und Jugendlichen mit zukunftsweisender Symbolik gearbeitet: Kinder zeigen in ein fernes, strahlendes Licht oder in Richtung neuer Gebäude³⁷ Eine Fotocollage zur „Wien-Aktion“ – veröffentlicht in der Zeitschrift „Österreichischen Jugend-Informationsdienst“ des Unterrichtsministeriums³⁸ – verdeutlicht, dass auch lokale Identität mit Österreichbewusstsein vereinbar sein kann: SchülerInnen besuchen Wien und lernen im Parlament die höchsten demokratischen Vertreter ihres Staates kennen. Geleitet sind sie in den Trachten ihrer Herkunftsregion.



Wien-Aktion: In: Österreichischer Jugend-Informationsdienst, Juni/Juli 1955, Folge 9/10, Jg. 8, S. 4

Das Großprojekt, Schulkinder und Jugendliche nach 1945 zu bewussten und demokratischen ÖsterreicherInnen zu erziehen, kann insgesamt und langfristig wohl als gelungen bezeichnet werden. Der Glaube an einen demokratischen und lebensfähigen Staat wurde auch mit Hilfe von visuellen Mythen etabliert, bis dieser schlussendlich auch Realität wurde. Noch im Jubiläumsjahr 2005 lässt sich vor allem an der Initiative „25PEACES“ ablesen, dass das in den Jahren 1945-1955 festgelegte Repertoire an visuellen Mythen auch noch mit fünfzigjährigem Abstand eingesetzt wird.

36 Siehe beispielsweise Zeichnungen in „Unser Österreich“, Fotos in Buchgraber, Viktor / Zens, Klemens / Bauer, Friedrich et. al. (Hrsg.): Mein Österreich – Mein Vaterland. Ein Buch für Schule und Haus. Graz, Wien, Köln: Styria 1955. oder auch Zeichnungen in Frank, Marga: Wie der liebe Gott Oesterreich erschaffen hat. Wien: Alexa 1946, Ill.: Johannes Peter Wiegand.

37 Siehe „Unser Österreich“ oder „Freundschaft“ 1948, Heft 3, S. 44.

38 ÖJID, Juni/Juli 1955, Folge 9/10, Jg. 8, S. 4

25PEACES

Warum die Bruchstücke des Neuen so alt aussehen oder: Wo ist die entführte Kuh geblieben?

Es scheint müßig, im zu Ende gehenden österreichischen Gedankenjahr 2005 die Grundinformationen über die Reihe von 25 Aktionen im öffentlichen Raum zusammenzufassen, die von der Bundesregierung unter diesem Titel in Auftrag gegeben wurden.¹ Soweit kann diese Aktionsserie als Erfolg verbucht werden: sie hat beim einschlägigen (Medien)Publikum, das die Jubiläumsinszenierungen dieses Jahres vor allem kritisch begleitet hat, sicherlich bei weitem am meisten Aufmerksamkeit erregt. Sie hat wohl auch für die vernehmbarste Kritik an der staatlichen Selbstdarstellung dieses Jahres gesorgt, die im Wesentlichen zwei Punkte aufgegriffen hat:

Ein wesentlicher Punkt des Medienechos ist eine Mischung aus Unverständnis und Ärger, mit dem offenbar ein bedeutender Teil des mit den Aktionen konfrontierten Publikums diese aufgenommen haben soll. Soweit scheint das Ziel der „unabhängigen Projektgruppe“ gleichen (Aktions-)Namens, das sie mit dem Erreichen der „Bevölkerung“ in ihrem Programm ebenso kühn und weitreichend wie vage vorgeben hat, verfehlt. Unter „Bevölkerung“ sind wohl all jene gemeint, die nicht zu den Besuchern der einschlägigen Ausstellungen und Festveranstaltungen zählen. Damit wird die Aktionsserie wohl zu einem vollwertigen „piece“ der gesamten Regierungsaktivitäten im Gedankenjahr, denen – jedenfalls in den Medien – ein Verbleiben an der Schwelle zu breiterer öffentlicher Wirksamkeit attestiert wurde; das Jubiläum wurde in der kommerziellen Werbung, etwa von einem Möbelhaus oder einer Bank, mit offenbar publikumswirksameren „Aktionen“ als den staatlich unterstützten vermarktet.

1 Soweit diese Informationen nicht präsent sind, können sie auf der Website des Projekts unter www.25peaces.at nachgelesen werden.

Eine zweite durchgehende Kritik, die sich in den Reaktionen findet, möchte ich hier unter der Bezeichnung „Kulturkritik“ zusammenfassen: Gemeinsamer Tenor dieser Beiträge, die von konservativer Seite ebenso wie vom „anderen Österreich“² formuliert wurden, ist die Inadäquatheit der Darstellungsmittel im Verhältnis zum Ernst der Themen Erinnern, Nationale Identität und Geschichte.

„Provokante“ (so die Selbsteinschätzung der 25Projektgruppe) Aktionen im öffentlichen Raum erscheinen jedoch im internationalen Vergleich inzwischen als selbstverständlicher Teil staatlicher Jubiläumsinszenierungen. In Belgien etwa wird, von der österreichischen Öffentlichkeit völlig unbemerkt, ebenfalls im heurigen Jahr das 175. Jubiläum der Staatsgründung begangen: In diesem Rahmen wurde u.a. vor dem Triumphbogen, der sich zwischen den beiden Königlichen Museen (Kunst und Heeresgeschichte) am äußeren Ende des Parc du Cinquantenaire über die Stadt erhebt, eine „Herde“ von Kuhskulpturen aufgestellt, mit denen bildende Künstler des Landes der Einladung zu einer karikierenden Darstellung der „Eigenschaften“ der Belgier folgten – ohne dass eine kritische Öffentlichkeit von der Repräsentation der Bevölkerung als Kühe oder von einigen durchaus negativen Zuschreibungen, die in den Skulpturen zum Ausdruck kommen, besonders Notiz genommen hätte. In Frankreich wurde etwa im Zuge der Feiern des Bicentenaire der Französischen Revolution (1989) unter vielen, vor allem staatstragenden Zeremonien im öffentlichen Raum, auch der Sturm auf die Bastille als *Son et Lumière* – Spektakel nachgestellt, was von Kritikern – wie auch die Darbietung der Hymne durch eine (US-amerikanische) Opernsängerin beim zentralen Festakt – zwar vielfach als Verkitschung der Geschichte bezeichnet wurde, aber nicht grundsätzlich als illegitime Darstellungsform.

2 Sie finden sich etwa auf der Gedankenjahr-kritischen Website www.oesterreich-2005.at vereint, auf der u.a. ein „Presse“-Gastkommentar von Alfred Goubbran unter dem Titel „Die Event-Manager“ wiedergegeben wird, der diesen offenbar gemeinsamen Kritikpunkt formuliert.

Mit dem österreichischen „Opfermythos“ ...

Im Zentrum der Aktionen steht – und das verwundert ob des avantgardistischen Anspruchs der Darstellung – das bekannte zentrale Narrativ der Zweiten Republik: Österreich als Opfer von Krieg und Besetzung – womit auch hier, ganz in der traditionellen Darstellungsweise der 2. Republik, die Periode von 1945 bis 1955 gemeint ist.

Das Kriegsgeschehen, repräsentiert über die Bombenangriffe auf Wien, steht mit den Stationen „eingemauert“ (Verhüllung der Denkmäler am Heldenplatz), „zerstört“ (Son et Lumière eines Bombenangriffs auf die Wiener Innenstadt) und „ausgelöscht“ am Beginn der Aktionsserie, der Chronologie der Nachkriegszeit größtenteils folgend. Vor allem die Nachstellung des Bombenangriffs hat für öffentliche Erregung gesorgt.

Der Kern des Gründungsmythos der 2. Republik, die Nachkriegszeit und ihre Entbehrungen bildet den Schwerpunkt der Aktionen: „Beackert“ wird der Heldenplatz wie in den ersten Nachkriegsjahren mit Schrebergärten, ein Teil des Belvedereparks ebenso mit Kühen „beweidet“, die „Teilung“ des Landes in Besatzungszonen an deren damaligen Grenzen und dem damals dem Alliierten Rat dienenden Gebäude angezeigt und deren Truppen schließlich am Nationalfeiertag „verabschiedet“ – letzteres offenbar, um, wie Hans Rauscher dazu im „Standard“ bemerkt hat, dessen volkstümlicher Fehlinterpretation (als Gedenktag an den Abzug des letzten – sowjetischen – Besatzungssoldaten) neue Nahrung zu geben. Die zentrale Botschaft dieses Schwerpunkts der Darstellung, mit der Mangel und Nachkriegsarmut ins Gedächtnis gerufen werden sollen, transportiert auch eine kulinarische Aktion, deren beteiligte Gaststätten den Speisezettel der Nachkriegsjahre nach „kochen“.

Die „anderen“ Opfer – nämlich jene von Krieg und Nationalsozialismus – finden, und das ist in der offiziellen Geschichtsdarstellung Nachkriegsösterreichs bekanntlich nichts Neues, nur ein Nischendasein: ihrer wird mit einem schwarzen Tuch an jenem Balkon der Wiener Neuen Hofburg, von dem aus Hitler seine „Anschlussrede“ hielt, gedacht. Da ist der zweite Balkon dieser Inszenierungsserie bei weitem „aktionistischer“: das Modell des

Belvedere-Balkons reist zur Erinnerung an die Unterzeichnung des Staatsvertrags – die im Kontext dieser Aktionsreihe wohl vor allem als Ende der Besatzungszeit zu verstehen ist – durchs ganze Land.

Mit dieser marginalen Rolle der nationalsozialistischen Epoche und ihrer Opfer fügen sich die 25 Stücke *harmonisch* in das gesamte Geschichtsbild der Großpräsentationen des Gedankenjahres (mit Ausnahme der Gedenkausstellung im Belvedere, die wohl am ehesten noch eine gewisse Staatsferne in ihrem Zustandekommen aufweist). Insbesondere die Ausstellung „Österreich ist frei!“ in der Schallaburg hat einen ähnlichen symbolischen Umgang mit den Opfern des Nazi-Regimes: dort sind sie *außerhalb* der Ausstellung, in den Hof und auf die Treppe zu den Ausstellungsräumen „verbannt“, während den in die Ausstellungsräume Eintretenden das Foto(Modell?) eines Soldaten in Wehrmachtsuniform begrüßt, der offenbar *den* typischen Österreicher repräsentieren soll. Die Verfolgten der Nazi-Diktatur – also nach wie vor kein Anknüpfungspunkt, keine Identifikationsfiguren für das Österreich der 2. Republik?

... nach Europa?

Das ist umso schwerer zu verstehen, nachdem der Weg der Aktionen – deren Abschluss den Beginn der österreichischen EU-Präsidentschaft im Jahr 2006 „beflaggt“ – in die Europäische Union führt. Jene EU, die im Jahr 2000 unter schwedischer Präsidentschaft einen Sonderrat über den Holocaust und seine Bedeutung für die Union gehalten hat und die ihre Gründungslogik dem Verhindern von Diktatur und Verfolgung in Europa nicht erst seit diesem Zeitpunkt zuschreibt.

Mit der Marginalisierung dieses Themas wird auch ein zentrales Ereignis aus der Geschichte der EU und Österreichs dem Blick entzogen – die sogenannten „Sanktionen“ der EU 14 gegen die rechtskonservative Koalitionsbildung desselben Jahres in Österreich, die, unabhängig von deren (nachträglicher) Bewertung, doch vielleicht ein paar Gedanken auf diesem Weg Österreichs nach Europa verdienen würden.

Die Botschaft, die außer mit der „Beflaggung“ auch mit einer

landesweiten Plakatserie und eines Filmfestivals des erweiterten Europa präsentiert wird, bedarf offenbar solcher Ausblendungen: es ist ein *direkter* Weg – ohne Stationen zwischen Staatsvertrag und EU-Mitgliedschaft – der von der 2. Republik in die EU führt.

Allein in dieser Botschaft könnte man Züge einer neuen Repräsentation der Geschichte dieser Republik erkennen: Der österreichische Staatsvertrag erscheint so als Vorläufer der Europäischen Union – vor allem jener nach der Erweiterung des Jahres 2004, sieht man ihre Logik in der friedlichen Überwindung der Blockgrenzen, deren Teilung des Kontinents die Nachkriegszeit bestimmt hat. Diese Verbindung – die sich auch in der Belvedere-Ausstellung und in der von Hugo Portisch gestalteten ORF-Serie zum Jubiläum „Die Zweite Republik. Eine unglaubliche Geschichte“ findet, ist Teil einer Akzentverschiebung, die diesen politischen Systemgrenzen der Nachkriegszeit einen größeren Stellenwert einräumen möchte als deren bisherige Repräsentation in der offiziellen Darstellung der Europäischen Union. Sie wird vor allem von den neuen Mitgliedern des ehemals sowjetischen Herrschaftsbereichs eingefordert, und von diesen mit gutem Grund. Jene *peaces* der 25, die offenbar diesem Diskurs hinzugefügt werden, erweisen dem berechtigten Anspruch der ehemaligen Einparteienstaaten auf adäquate Repräsentation ihrer jüngsten Geschichte als Teil der EU-Geschichte allerdings einen sogenannten Bärenienst: In der skizzierten Darstellung erinnern sie an die Funktion, die schon der Kalte Krieg bei der „Entsorgung“ des Themas Nationalsozialismus hatte.

Ja, auf dem Rücken einer Kuh!

Die mythologische Darstellung (der) Europa(s) erfolgt bekanntlich in Verbindung mit einem Stier – also lasse ich mich vom „beweideten“ Stück dazu verleiten, den „Kurzschluss“ der Aktion zwischen Nachkriegsjahren und EU mitzumachen, der bei mir den Verdacht nährt, Österreich möchte diesen Stier durch die Kuh – von den Kühen im Belvederepark repräsentiert – ersetzen: die Kuh gilt gemeinhin als friedliches Tier, das niemandem absichtlich Leid und Ungemach zufügt, und das sich (wider)willig,

aber unschwer zum Schlachten führen lässt, ein Opfertier – ein Bild des Österreichers, gar des Europäers, jenes Gesamtbild der Stücke also, das uns die Aktion mitgeben möchte?

Vieles deutet darauf hin: vor allem aber das Ausblenden der Täterperspektive aus der österreichischen – konsequenterweise auch aus der europäischen – Geschichte.

Im schon beinahe Rückblick auf die 25peaces erscheint mir daher die (simulierte) Entführung einer der Belvedere-Kühe³ als adäquate, weil ebenfalls aktionistische Reaktion auf die vom Projekt gewählte Darstellung, adäquater als deren kritische Diskussion, auch diese hier: Sie hat das Bild gestört und erinnert daher viel eher an die Traditionen der Aktionskunst im öffentlichen Raum, die gerade im Österreich der Nachkriegszeit einen deutlichen und wahrnehmbaren Kontrast zur friedlichen Gemütlichkeit des erneuten, vergangenheitslosen Beisammenseins gesetzt haben. Aktionen, die dieses Spannungsverhältnis zur öffentlichen Ordnung – also auch zu jener der Symbole und der Repräsentation – vermeiden, heben sich von der Flut der (Werbe)Bilder, der man in diesem Raum ausgesetzt ist, nicht ab: das Problem der Wahrnehmbarkeit der 25peaces dürfte also an jenem peace liegen, in dem sie viele, auch mich nach deren Betrachtung zurücklassen.

3 Siehe die diesbezügliche Dokumentation auf der Website www.oesterreich-2005.at

Mythos Staatsvertrag – Realität Österreich – Vision Europa?

**Vom Versuch, über Geschichten aus der Geschichte junge Menschen in ihrem Hier und Heute zu erreichen.
Eine Ausstellung im Museum Arbeitswelt Steyr.**

Eine wahre Flut von Jubiläen überschwemmte im Jahr 2005 Österreich. 60 Jahre Kriegsende, 50 Jahre Staatsvertrag, 10 Jahre Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union, um nur die markantesten zu nennen. Verbunden damit war eine ebensolche Flut von Veranstaltungen, Ausstellungen und Events, die – das kann rückblickend festgestellt werden – zum großen Teil ohne nennenswerte nachhaltige Wirkungen speziell auf die Jugend Österreichs blieben. Diese Jugend steht vor brennenden Fragen betreffend adäquate Ausbildungschancen und -möglichkeiten, Arbeitsplätze, krisenhafte Entwicklungen in Europa, alles verschlingende Globalisierung und vieles mehr, und kann für sich nur schwer Sinnhaftigkeit und Nutzen der Beschäftigung mit der österreichischen Nachkriegsgeschichte erkennen.

Das Museum Arbeitswelt in Steyr hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, wie es in diesem Jubiläums- und Gedankenjahr agieren soll. Nach intensiven Diskussionen wählten wir den Weg des „kritischen Dabei-Seins“, d.h., wir entwickelten eine eigene Sonderausstellung und einige qualitätsvolle Begleitveranstaltungen, die sich insbesondere an jugendliches Zielpublikum richteten.

Die Resonanz auf unsere Angebote hat den von uns eingeschlagenen Weg weitgehend bestätigt, und soll im Folgenden umrissen werden.

Ausstellung

Gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Leiter, Univ. Prof. Dr. Michael John, und dem Ausstellungsgestalter, Dipl. Ing. Man-

fred Lindorfer, entwickelten wir die Ausstellung „Mythos Staatsvertrag. Geschichten aus der Geschichte“. Dieser Präsentation gelang es, trotz äußerst beschränkter finanzieller und personeller Ressourcen, einen ganz speziellen Blick auf die jüngere österreichische Geschichte, sowie auf die Gegenwart und Zukunft unseres Landes zu werfen.

Ausgangspunkt aller Überlegungen war der Staatsvertrag, dessen Unterzeichnung sich am 15. Mai 2005 zum 50sten Mal jährte.

Dieser Staatsvertrag ist ohne Zweifel ein zentrales Ereignis in der Geschichte der Zweiten Republik. Sein Abschluss wird häufig als Neubeginn Österreichs, einer von Diktaturen, Krieg, Armut und Elend gezeichneten Gesellschaft, als eine Art zweite „Stunde Null“, nach der ersten im Jahre im Jahre 1945, bezeichnet.

Zahlreiche Geschichten ranken sich um den Staatsvertrag, der längst zum Mythos geworden ist. Von vielen dieser Geschichten ist nicht sicher, ob und wie weit sie der Realität entsprechen. Sicher ist, dass sie allesamt das schillernde Bild österreichischer Identität zeichnen und widerspiegeln.

In unserer Ausstellung wurde fünf Geschichten bzw. Mythen nachgespürt und damit Geschichtstradierung kritisch durchleuchtet.

Ein Beitrag zum Jubiläums- und Jubeljahr, der zum Nachdenken, Schmunzeln und kritischen Reflektieren einlud, der informierte, aber auch unterhielt, und der den Blick auf unsere Republik – ihre Erfolgs-, aber auch ihre Verdrängungsgeschichte – schärfen sollte.

Bereits im Außenbereich des Museums zog eine Installation – ein Projekt der Kunstuniversität Linz – die Aufmerksamkeit auf sich. In den einzelnen Ausstellungsbereichen der Sonderschau „Mythos Staatsvertrag“ erschlossen sich den BesucherInnen Texte, Bilder, Environments, elektronische Informationen, Sounds und Filme, die in ihrem Zusammenspiel eine ganz besondere Staatsvertrags-Geschichte erlebbar machten.

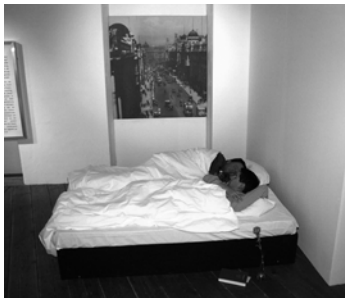
Erinnerungslandschaften aus Informationen und Installationen füllten den linken Teil des Ausstellungsbereichs im Museum, während der rechte Trakt und Teile der Mittelhalle der Ausstellung „Migration“ vorbehalten blieben.

In der Mittelhalle waren die Übergänge zwischen beiden Ausstellungen fließend, so wie ja auch die Arbeitsmigration und die Geschichte(en) der vielen MigrantInnen, die kamen und gingen, in die Geschichte der Zweiten Republik eingeflossen sind.

Ein Leitobjekt der Sonderschau war der legendäre Puch 500 im Eingangsbereich des Museums. Er symbolisierte das Feeling der Wiederaufbaujahre, des aufkeimenden Wohlstands und der wachsenden Mobilität der ÖsterreicherInnen.

Fünf Mythen

Ein Hotelbett, zwei Politiker und die Sehnsucht nach Harmonie



Ein Hotelbett, zwei Politiker und die Sehnsucht nach Harmonie, Ausstellung / Performance bei der Ausstellungseröffnung

Mythos

Im Jahr 1947 – Österreich hatte den Staatsvertrag bereits erwartet – reiste eine viel zu große österreichische Delegation in Spitzenbesetzung zur Konferenz der stellvertretenden Außenminister an. Die standesgemäßen Hotels in London waren restlos ausgebucht. Der Linzer Bürgermeister und Nationalratsabgeordnete Korref von der SPÖ und Ernst Fischer von der KPÖ mussten sich ein Bett teilen.

Historischer Hintergrund

Ab 1947 fanden – meistens in London – die Konferenzen der „Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag“ statt. Bis zum Mai 1953 wurden 260 Besprechungen abgehalten. Nachdem die Sowjetunion an einer weiteren Teilnahme nicht interessiert war, wurden keine weiteren Konferenzen einberufen.

Interpretation

Die Geschichte um einen Sozialdemokraten und einen Kommunisten in einem Bett ist zwar atypisch – öfter fanden SPÖ und

ÖVP zusammen – , mag aber die österreichische Sehnsucht nach Harmonie widerspiegeln. Sie kann auch als Versuch gewertet werden, die gemutmaßte Einigkeit der politischen Kräfte in Österreich als Bestätigung dafür zu sehen, dass das Land „erstes Opfer der Nazi-Diktatur“ war, obwohl die beiden großen politischen Parteien schon sehr bald bewusst um die Stimmen der ehemaligen Nationalsozialisten warben.

Der Staatsvertrag, Weinseligkeit und die Vorstellung von der österreichischen Gemütlichkeit

Mythos

Bei den Verhandlungen und Gesprächen zum österreichischen Staatsvertrag floss der Alkohol in Strömen. Erst durch Geselligkeit, Trinkfestigkeit und Sangesfreude der österreichischen Politiker gelang es, die alliierten Verhandler nicht nur unter den Tisch zu trinken, sondern auch zum Vertragsabschluss zu bewegen.

Historischer Hintergrund

Jahrelange, detaillierte diplomatische Verhandlungen gipfelten in den Gesprächen einer österreichischen Delegation (Raab, Figl, Schärf und Kreisky) vom 11.04. bis 15.04.1955 in Moskau. Ergebnis war das „Moskauer Memorandum“, das den entscheidenden Durchbruch für die sowjetische Zustimmung zum Staatsvertrag brachte.

Interpretation

Karikatur und Trink-Legende untermauern den Mythos von der österreichischen Gemütlichkeit. Sie bestärken aber auch die Legende vom sprichwörtlichen österreichischen Schmah, dem andere Nationalitäten angeblich nicht gewachsen sind. Nüchternen, sachlichen Abläufen wird dabei in unserem Land oftmals ein geringer Stellenwert beigemessen.



Der Staatsvertrag, Weinseligkeit und die Vorstellung von der österreichischen Gemütlichkeit, Ausstellungsinstallation

Der Balkon des Belvedere, Leopold Figl und die kollektive Einbildung von einem Ausruf, der dort nie getan wurde



Der Balkon des Belvedere, Leopold Figl und die kollektive Einbildung von einem Ausruf, der dort nie getan wurde, Bild in der Ausstellung

Mythos

Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages trat Leopold Figl auf den Balkon des Belvedere und rief in die versammelte Menschenmenge: „Österreich ist frei!“ Viele Menschen, die damals dabei waren, sind der tiefen Überzeugung, diesen Ausruf gehört zu haben, Artikel und Berichte zu diesem Ereignis bestätigen diese (falsche) Wahrnehmung.

Historischer Hintergrund

„Ein 17 Jahre lang dauernder grauenvoller Weg der Unfreiheit ist beendet! ... Mit dem Dank an den Allmächtigen haben wir den Vertrag unterzeichnet, und mit Freuden kündigen wir heute: Österreich ist frei!“ (Außenminister Figl am 15.05.1955 im Marmor-saal des Belvedere, Radioübertragung)

Interpretation

Phänomene der Massenpsychologie und kollektive Einbildung kommen bei dieser Geschichte zum Tragen. Bis heute geschürt wird sie möglicherweise auch deshalb, um zu verdecken, dass die eigentliche Befreiung Österreichs die Beendigung der Nazi-Diktatur durch die Alliierten im Jahr 1945 war. Schließlich eignet sie sich gut zum Transport der Legende vom „Kampf“ eines kleinen Volkes, personifiziert durch Leopold Figl, gegen die Besatzungsmächte, die „Großen Vier“.

Zwei Politiker, eine Wette um ein Schwein und Fragen nach der Entwicklung der Wirtschaftskraft

Mythos

Nikita Chruschtschow und Leopold Figl wetteten um ein Schwein am Spieß, in welchem Land der größere Mais wachse. Gewinner war angeblich Figl, der auf Niederösterreich gesetzt hatte. Bis heute stehen allerdings exakter Inhalt und Sieger der Wette nicht genau fest.

Historischer Hintergrund

1960 war der sowjetische Regierungschef Nikita Chruschtschow auf Staatsbesuch in Österreich – das Land erlebte in diesen Jahren einen beachtlichen Wirtschaftsboom – und besuchte den damaligen Nationalratspräsidenten Leopold Figl in dessen Heimatort Rust im Tullnerfeld.

Interpretation

Dieser Mythos spiegelt die Euphorie und nachträgliche Verherrlichung des Wiederaufbaus und der Leistungen der Nachkriegsgeneration. Gleichzeitig stellt er den Versuch dar, historische Abläufe anhand personifizierter, launiger Geschichten populär und verständlich zu machen.

Ein britischer Soldat, rot-weiß-rote-Fähnchen und der wahre Anlass unseres Nationalfeiertages

Mythos

Der Legende nach hat am 26. Oktober 1955 der letzte fremde Soldat, angeblich ein britischer Offizier in Kärnten, Österreich verlassen. Dieser „Freudentag“ wurde zum „Tag der Fahne“ und schließlich zum österreichischen Nationalfeiertag.

Historischer Hintergrund

Am 25.10.1955 lief die Frist für den Abzug der Alliierten aus Österreich ab. Am 26.10.1955 trat das „Bundes-



Ein britischer Soldat, rot-weiß-rote-Fähnchen und der wahre Anlass unseres Nationalfeiertages, Ausstellungsinstallation

verfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs“ in Kraft. 1965 wurde dieser Tag zum Österreichischen Nationalfeiertag erklärt.

Interpretation

Auch diese Geschichte stützt die These, Österreich sei seit 1955 frei und versucht – wie andere Mythen auch – Historie zu vereinfachen und leichter verständlich zu machen. Wahrer Inhalt, Bedeutung und Ausmaß des Neutralitätsgesetzes sind den meisten StaatsbürgerInnen bis heute unbekannt.

Ausstellungsvermittlung

Die in der Ausstellung präsentierten Mythen und Geschichten rund um die Unterzeichnung des Staatsvertrages haben zum Selbstverständnis des Staates Österreich und seiner BürgerInnen maßgeblich beigetragen.

Zentrales Anliegen unserer Vermittlungsarbeit war zu hinterfragen, was hinter diesen Geschichten steckt, wie Zeitgeschichte in Österreich konstruiert wurde, warum um historische Ereignisse Mythen und Legenden gewoben wurden und wer schlussendlich Interesse daran hatte.

SchülerInnen konnten im Rahmen altersspezifischer, aktivierender Vermittlungsprogramme diesen Fragen nachspüren und dabei neue Sichtweisen auf Österreich entdecken.

Nach Beendigung der Ausstellung und nach vielen Arbeiten mit SchülerInnen verschiedener Schulstufen und Schultypen kann zusammenfassend festgestellt werden: Es ist nicht leicht, die Jugend von heute mit historischen Themen zu erreichen. Unsere Erfahrung zeigte wieder einmal, dass es unerlässlich ist, an die Gegenwart und die persönliche Situation und Befindlichkeit der Zielgruppe anzuknüpfen. Ebenso wichtig ist es, in der Präsentation dieser Themen auch einmal ungewöhnliche Wege zu gehen und so mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Insgesamt ist die Jugend alles andere als gleichgültig und uninteressiert. Sie ist hungrig nach Austausch und Perspektiven und dankbar für Gelegenheiten dazu. Und sie honoriert kritische Herangehensweise und ehrliche Auseinandersetzung mit Aufmerksamkeit und engagierter Mitarbeit.

DER WEG VON 1945 BIS 2005

Hans Hautmann

Österreichs Weg nach 1945**Eine Sicht durch die Brille des Gedenkjahres 2005**

Geschichtsbilder haben ein zähes Beharrungsvermögen, das umso größer ist, je mehr deren Züchtung und Pflege im Interesse der Machteliten liegt. Ihre Wirkung wurzelt in einer über lange Zeiträume tradierten und damit gleichsam automatisierten Ab-rufbarkeit simplifizierender Erklärungsmuster in den Köpfen der Masse der Menschen. Hinzu kommt, dass das gesellschaftliche Phänomen kollektiver Erinnerung ein Bereich ist, in dem viel weniger rationale als zum allergrößten Teil emotionale Komponenten die Hauptrolle spielen.

Aber auch hier gilt, dass es in einem Volk und in einem Staat nicht *ein* Geschichtsbild gibt, sondern mindestens deren zwei, eines, das von oben kommt und in der Regel das dominierende ist, und eines von unten, das sich seine Wirksamkeit permanent erkämpfen muss. Der nachfolgende Beitrag zielt ab, ein kritisches Resümee aus eben dieser zweiten Sicht, der „unüblichen“ und von offiziöser Seite nicht „wohlgelittenen“, zu ziehen. Das ist auch deshalb angebracht, weil die Grundsubstanz der hergebrachten „staatstragenden“ Geschichtsklischees vom offiziellen Österreich im Gedenkjahr 2005 in keiner Weise angetastet worden ist, sieht man von gewissen Akzentverschiebungen in Teilbereichen ab, deren Uminterpretation im Jahr vor der turnusmäßigen Übernahme des Vorsizes im Rat der Europäischen Union politisch oportun erschien.

Der Zweite Weltkrieg und seine Besonderheiten

Das Jahr 1945 war ein Jahr von epochaler Bedeutung, das zu einschneidenden Wandlungen auf dem Schauplatz der internationalen Politik führte. Der Zweite Weltkrieg endete mit der voll-

kommenen Niederlage des Faschismus, er brachte die Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Herrschaft, der finsternen Zeit, die unser Land in seiner gesamten Geschichte erleben musste, er endete mit dem Sieg der Armeen der Anti-Hitler-Koalition und der um ihre Freiheit kämpfenden Völker Europas. Mit dem historischen Sieg des Jahres 1945 wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der antifaschistische und nationale Befreiungskampf in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens in grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen ausmünden konnte und in den kapitalistischen Ländern Umgestaltungen eintraten, die allgemeindemokratischen Charakter hatten und die Positionen der Parteien und Organisationen der arbeitenden Menschen stärkten.

Der Krieg, der in Europa im Mai 1945 zu Ende ging, hat von den Völkern der Welt ungeheure Opfer verlangt. 55 Millionen Tote, 35 Millionen Kriegsversehrte, 11 Millionen in Vernichtungslagern, KZs, Zuchthäusern Ermordete und von der Blutjustiz der faschistischen Mächte Hingerichtete, gigantische Zerstörungen und materielle Schäden waren seine Bilanz. Dieser Krieg war aber nicht nur ein Fluch, nicht nur eine Tragödie für die Menschheit. Er war auch eine große Prüfung, eine Prüfung darüber, welche Kräfte stärker waren, die des gesellschaftlichen Fortschritts oder die der faschistischen Barbarei und Reaktion, eine Entscheidung darüber, in welche Richtung sich die Weltgeschichte fortan bewegte. Denn in diesem Krieg trat neben dem Kampf der regulären Armeen an den Hauptfronten eine neue Kraft, ein neuer politischer und militärischer Faktor in einem Ausmaß in Erscheinung, wie ihn die Geschichte bis dahin nicht gekannt hatte: der antifaschistische Widerstandskampf der Völker. Er wurde zu einem bestimmenden Element des Zweiten Weltkriegs und hatte wesentlichen Anteil am Sieg der Anti-Hitler-Koalition.

Hatte der Erste Weltkrieg nur einen Widerspruch gekannt, den zwischen den imperialistischen Mächten, so fanden im Zweiten Weltkrieg nicht nur eine, sondern zwei Gruppen von Widersprüchen ihren Ausdruck: der Widerspruch zwischen den rivalisierenden kapitalistischen Ländern Deutschland, Italien und Japan auf der einen und Frankreich, den USA und Großbritannien auf der anderen Seite, sowie ein neuer Widerspruch, der zwischen

der kapitalistischen Welt und der Welt des Sozialismus, repräsentiert durch den Sowjetstaat UdSSR. Das drückte dem Verlauf des Krieges ebenso wie seinen Endergebnissen in jeder Hinsicht den Stempel auf. Eine weitere Besonderheit des Zweiten Weltkriegs bestand darin, dass die aggressive imperialistische Gruppierung mit dem nationalsozialistischen Deutschland an der Spitze nicht mehr bloß die Frage nach der Neuverteilung der Welt stellte wie im Ersten Weltkrieg, sondern mehr, die Errichtung der Weltherrschaft, die Versklavung und sogar Vernichtung ganzer Völker anstrebte. Diese verbrecherischen Ziele der faschistischen Aggressoren waren bestimmend für die Tatsache, dass im Zweiten Weltkrieg zum Unterschied vom Ersten von Anfang an zwei Tendenzen gegeneinander kämpften und die objektiven Möglichkeiten für einen gerechten Befreiungskrieg der Völker gegen den Faschismus vorhanden waren: in Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei, Dänemark, Norwegen, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Jugoslawien und Griechenland.

Antifaschistischer Widerstand

In den genannten Ländern waren die Bedingungen, um breite Volksmassen zum aktiven Handeln gewinnen zu können und unter ihnen Verständnis für die Ziele der Widerstandsbewegung zu erwecken, günstig. Hier war der Feind in erster Linie der auswärtige faschistische Okkupant, der in das Land eingefallen war und ein Terrorregime errichtet hatte. Dass der Kampf gegen den auswärtigen Aggressor mit dem Kampf gegen seine einheimischen Kollaborateure und Quislinge verbunden werden musste, ergab sich von selbst.

Ungleich schwierigere Bedingungen herrschten für die Widerstandsbewegung in Ländern, in denen der Faschismus bereits seit Jahren an der Macht war, in Ländern wie Deutschland und Österreich. Denn hier musste der Kampf auf den Sturz der eigenen Regierung und auf die Niederlage des eigenen Landes abzielen. Eine solche Einsicht musste die in breiten Kreisen der Bevölkerung vorhandene und im Zuge der Blitzkriegsiege noch verstärkte chauvinistische Verhetzung, die nationale und soziale Demagogie und die Täuschung des Volkes über die wahren

Ursachen und Ziele des Krieges erst überwinden, um eine wirkliche Massenbewegung gegen Faschismus und Krieg entwickeln zu können.

Wir wissen, dass das ausblieb, dass es dem deutschen und österreichischen Volk nicht gelang, das NS-Regime aus eigener Kraft abzuschütteln. Die Hitlerdiktatur konnte erst durch die vereinten Anstrengungen der großen Weltvölker, nach jahrelangen gewaltigen, blutigen Kämpfen niedergezwungen werden.

Die Verdienste jener Frauen und Männer in unserem Land, die, aus den verschiedensten politischen Lagern kommend, mutvoll, unbeirrt und heroisch Widerstand leisteten, schmälert das aber nicht im geringsten, ganz im Gegenteil. Denn sie waren es, die sich dem Strom eines blindmachenden Fanatismus, kollaborierenden Profitierens und Anpassertums an das Naziregime entgegenstimmten und, ihrem Gewissen folgend, die Fahne der Freiheit, Demokratie und Menschenwürde hochhielten.

Wie auch anderswo in Europa standen auch bei uns unter ihnen Kommunistinnen und Kommunisten an vorderster Stelle. Sie nahmen die größten Opfer auf sich, um jenen Beitrag zur Abschüttelung der deutschen Fremdherrschaft zu leisten, den die Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 vom österreichischen Volk einforderte, in der die drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition Sowjetunion, USA und Großbritannien die Wiederherstellung Österreichs als unabhängiger Staat als eines ihrer Kriegsziele verkündeten. Sie, die zwischen 1938 und 1945 die weitaus stärkste Kraft des Widerstandes der Linken und des politisch, ideologisch und religiös motivierten österreichischen Widerstandes insgesamt waren und dabei über 2000 Menschen verloren, verstanden ihren Kampf als nationalen Freiheitskampf im Sinne der von Alfred Klahr schon vor 1938 entwickelten These des Bestehens einer eigenständigen österreichischen Nation.

Die Männer und Frauen des antifaschistischen Widerstandes sahen im eigenen österreichischen Beitrag zum Kampf gegen Hitler die Voraussetzung dafür, nach dem Ende des NS-Regimes eine selbständige österreichische Politik betreiben zu können und damit die Position unseres Landes in der internationalen Staatenwelt gegenüber früher grundlegend anders und besser zu gestalten.

ten. Sie waren moralisch davon überzeugt, dass man nicht untätig zusehen dürfe, wie Millionen von Soldaten in den alliierten Armeen, ohne um ihr Einverständnis gefragt worden zu sein, ihr Leben aufs Spiel setzen mussten, um an der Befreiung Europas, und damit Österreichs, mitzuwirken.

Dieser zehntausenden Frauen und Männer des österreichischen antifaschistischen Widerstandes zu gedenken, die unter dem Fallbeil starben, in Konzentrationslagern zugrunde gingen, wegen oppositioneller Haltung ins Zuchthaus kamen, im Untergrund Flugblätter verbreiteten und Aufklärungsarbeit betrieben, in den Rüstungsbetrieben die Produktion sabotierten, die in Frankreich, Belgien und Jugoslawien in den Reihen der Resistance und der Partisanenverbände standen, die in den alliierten Armeen und im Exil am Kampf gegen den Faschismus teilnahmen – ihrer zu gedenken muss für uns ein aus vollem Herzen kommendes Bedürfnis sein. Wir Nachgeborenen sind ihnen für diesen opfervollen Kampf für immer zu Dank verpflichtet und müssen auch künftig alles in unserer Macht Stehende tun, um ihre großen Verdienste immer wieder in Erinnerung zu rufen.

Befreiung

Die Stunde der Wiedererstehung Österreichs schlug, als Ende März 1945 die 3. Ukrainische Front die Offensive gegen Wien eröffnete und die Hauptstadt unseres Landes am 13. April nach einwöchigem schwerem Kampf befreite. 18.000 Sowjetsoldaten mussten dabei ihr Leben lassen. Die Sowjetunion hielt sich in ihrer Österreich-Politik strikt an die Grundsätze der Moskauer Deklaration. Sie gestattete umgehend die Wiederbegründung der Parteien, der ÖVP, SPÖ und KPÖ, des Gewerkschaftsbundes und anderer gesellschaftlicher Organisationen, sie vertraute österreichischen Antifaschisten und Demokraten Funktionen in der Verwaltung des Landes an, um den Wiederaufbau in Gang zu bringen, die Versorgungsprobleme zu lösen und die Voraussetzungen geordneten staatlichen Lebens zu schaffen. Die Einsetzung der Renner-Regierung durch den Oberbefehlshaber der 3. Ukrainischen Front, Marschall Tolbuchin, auf Anweisung Stalins war sicherlich jener Schritt, der die entscheidende Grundla-

ge für die Wiedererrichtung eines unabhängigen, selbständigen und vor allem *einheitlichen* österreichischen Staates schuf. Für die Sowjetunion bedeutete die Einsetzung einer österreichischen Regierung nicht nur eine Erleichterung ihrer Besatzungsaufgaben, sie war auch das weithin sichtbare Signal der de facto-Trennung Österreichs vom Deutschen Reich und dafür, dass die Sowjetunion die unter den Westmächten immer noch schwelende Diskussion über die Zukunft Österreichs – Stichwort: Plan einer Donaukonföderation mit Bayern und Ungarn – für endgültig erledigt betrachtete. Und durch das beharrliche Streben der Sowjetunion, die Anerkennung der Renner-Regierung durch die Westmächte zu erreichen, sind Umtriebe, in Westösterreich eine Gegenregierung zu etablieren mit der Gefahr der Spaltung unseres Landes hintan gehalten worden.

Um die Befreiung des Jahres 1945 richtig und historisch wahrheitsgetreu würdigen zu können, ist es notwendig, auf Ergebnisse einzugehen, die heute von den politischen und wirtschaftlichen Eliten in unserem Land nur zu gern vergessen werden. Als sich die Niederlage des NS-Regimes und seiner Satelliten in Europa abzuzeichnen begann, also noch während des Zweiten Weltkriegs, wurde es klar, dass mit der Zerschlagung des Faschismus auch eine tiefe Krise des Kapitalismus in Europa eintreten musste, weil sich die Großbourgeoisie nicht nur in Deutschland, sondern auch in den meisten anderen Ländern des europäischen Festlandes auf das Engste mit den Regimen verbunden hatte. Ein beträchtlicher Teil der Bourgeoisie und ihrer Schachfiguren im Apparat der politischen Parteien und des Staates war durch die Kollaboration mit dem Faschismus diskreditiert. Die Schwächung dieser Kräfte auf faktisch allen Gebieten und die Tatsache, dass die Leiden, denen die Völker durch Faschismus und Krieg unterworfen waren, zu einer Zusammenballung großer gesellschaftsverändernder Energien führten, schufen günstige Bedingungen für das Wachstum der Arbeiterbewegung und der allgemein demokratischen Bewegung, was so weit ging, dass der antifaschistische und nationale Befreiungskampf in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens in sozialistischen Umwälzungen ausmünden konnte. Aber auch anderswo trat 1945 für eine gewisse Zeit eine Situation ein, die man als Einschränkung und Ver-

letzung der gewohnten Grundsätze kapitalistischen Wirtschaftens charakterisieren kann.

Österreich hat dazu gehört. Aus den von der Roten Armee befreiten Gebieten Österreichs hatten sich die meisten Großunternehmer nach dem Westen abgesetzt, die direkt mit dem NS-Regime verbundenen Teile der Bourgeoisie und die höhere Beamtenschaft waren aus den Betrieben und der Staatsverwaltung verschwunden. Die Arbeiter selbst übernahmen mit den demokratischen Schichten des Volkes den Aufbau und die Leitung der Betriebe sowie der Verwaltung. Verbunden mit dieser aktiven Anteilnahme am Wiederaufbau war die Forderung nach Verstaatlichung der Betriebe, einer Demokratisierung der Verwaltung und nicht zuletzt der Wunsch nach einem neuen Weg, den Österreich künftig beschreiten sollte. Diese breite Massenstimmung trug dazu bei, dass selbst der Vorsitzende der bürgerlichen Partei ÖVP, Leopold Figl, 1945 von einer revolutionären Erneuerung Österreichs sprach und sie ankündigte.

Das alles hat sowohl verfassungsrechtlich wie realpolitisch seinen Niederschlag gefunden, in der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, dem grundlegenden staatsbildenden Dokument der 2. Republik, in der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Großbanken, in der Gründung des einheitlichen österreichischen Gewerkschaftsbundes, in der Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, im Ausbau des Arbeits- und Sozialrechts, im NS-Verbotsgesetz und Kriegsverbrechergesetz und anderem mehr.

An dieser Stelle ist nachdrücklich daran zu erinnern, dass die österreichische Ausprägung der gewaltigen politischen Errungenschaften, die durch den Befreiungskampf der Völker im Zweiten Weltkrieg erwirkt wurden, auch in der Weiterentwicklung der formal-demokratischen Bundesverfassung der 1. Republik zu einer demokratisch-antifaschistischen Verfassungsordnung nach 1945 bestand. Neben den genannten Gesetzen des Jahres 1945 und der unmittelbaren Jahre danach gehören dazu Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages, die 1964 zu Verfassungsgesetzen erhoben wurden und damit Bestandteil des geltenden österreichischen Verfassungsrechts sind. Es sind das die Artikel 6 (über die Menschenrechte), 7 (über die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten), 8 (über die demo-

kratischen Einrichtungen) und 9 (über die Auflösung nazistischer Organisationen) des Staatsvertrages. Der weit gefasste Inhalt des Artikels 9 verpflichtet Österreich, aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu tilgen, um zu gewährleisten, dass der Faschismus nicht *in irgendeiner Form* wiedererstehen kann. Er bringt auch die historische Erfahrung zum Ausdruck, dass der Militarismus stets der Weggefährte des Faschismus war und verpflichtet Österreich daher, jede militaristische Tätigkeit und Propaganda zu verhindern. Auch die Rechtsprechung der Höchstgerichte trägt dieser Grenzziehung gegenüber faschistischen und antidemokratischen Bestrebungen Rechnung. Der Oberste Gerichtshof sprach z.B. in einer Entscheidung Anfang der siebziger Jahre aus, dass eine nazistische Äußerung, die unter das Verbotsgesetz fällt, nicht den Schutz des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung genießen kann.

Die österreichische Verfassungsordnung der 2. Republik ist also keinem abstrakten Pluralismus verpflichtet, sondern ist klar demokratisch-antifaschistisch strukturiert. Die darin festgeschriebenen Grundsätze stehen in einem unauflöselichen politischen Zusammenhang und lauten: staatliche Unabhängigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Antimilitarismus und Neutralität.

Staatsvertrag

Diese Fundamente der österreichischen Staatlichkeit nach 1945 verdanken wir, schlicht und einfach gesagt, der durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs bewirkten Schwächung der globalen Positionen des Kapitalismus. Ohne diese epochale Kräfteverschiebung wäre Österreich niemals das geworden, was es in den Jahrzehnten nach 1945 wurde und wozu auch als untrennbarer und für die Herrschenden politisch notwendiger Bestandteil der Ausbau der Sozial- und Wohlfahrtsstaates gehörte. Es ist daher nur folgerichtig, dass die Attacken gegen den Sozial- und Wohlfahrtsstaat, die vor ungefähr 15 Jahren begannen und auf seine Demolierung abzielen, immer mit Attacken verbunden waren gegen den Staatsvertrag und die Neutralität als angeblich „soveränitätseinschränkende“ und „obsolet gewordene Relikte der Vergangenheit“.

Damit zum Staatsvertrag von 1955, der ja im heurigen Gedenkjahr gezielt in den Vordergrund geschoben wurde durch zwei gleichsam „staatsoffizielle“ Ausstellungen, auf der Schallaburg und im Belvedere. Unschwer konnte der/die Besucher/in dort das Geschichtsbild wieder finden, das in den Köpfen der Durchschnittösterreicherinnen und -österreicher über diese Zeit dominiert und das nichts anderes als das von den Herrschenden geprägte Geschichtsbild ist: Österreich, ein kleines, friedliches Land, weltweit beliebt wegen der Schönheit seiner Landschaft und der Freundlichkeit und Gemütlichkeit seiner Bewohner, wird 1938 schuldlos und von allen europäischen Mächten im Stich gelassen zum ersten Opfer Hitlerscher Aggression; schweres Leid und furchtbare Entbehrungen für die Menschen unseres Landes im Zweiten Weltkrieg; im Jahr 1945 „befreit“, aber nicht frei; der Leidensweg Österreichs dauert durch die Viermächtebesatzung fort, insbesondere durch die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungstruppen; schwer muss das Land zehn Jahre lang um seine Freiheit ringen und dafür wegen der Existenz der USIA-Betriebe und für die Ablöse des ehemaligen deutschen Eigentums an die Sowjetunion einen hohen Preis bezahlen; der Staatsvertrag bringt uns endlich die Freiheit und ist deshalb schätzenswert; gleichzeitig enthält er aber Bestimmungen, die den Handlungsspielraum Österreichs beschränken und vor allem der kommunistischen Sowjetunion Handhaben bieten, um Druck auf Österreich auszuüben – siehe den Einspruch gegen den Beitritt Österreichs zur EWG Anfang der sechziger Jahre, und anderes mehr.

In Wahrheit ist Österreich mit dem Staatsvertrag durchaus glimpflich davongekommen. Stellt man in Rechnung, welche Rolle die Österreicher und konkret die ökonomischen Nutznießer und kollaborierenden Profiteure des NS-Systems bei uns im Zweiten Weltkrieg wirklich spielten, dann sind die Auflagen des Staatsvertrags sogar moderat. Mehr noch: die wichtigsten Bestimmungen sind solcher Art, dass sie von jedem mit einer ehrlichen demokratischen Gesinnung als positiv und begrüßenswert eingeschätzt werden müssen. Dazu zählen Art. 6 über die Menschenrechte, der Art. 7 über die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten, der Art. 8 über die demokratischen Ein-

richtungen, der Art. 9 über die Auflösung nazistischer Organisationen, und der Art. 10 über besondere Bestimmungen der Gesetzgebung, in dem Österreich unter anderem verpflichtet wird, das Habsburgergesetz aufrechtzuerhalten. Wie schon erwähnt sind diese genannten Bestimmungen 1964 zu Verfassungsgesetzen erhoben worden und damit Bestandteil des geltenden österreichischen Verfassungsrechts.

Erinnern wir uns daran, dass gleich nach dem Ende des kommunistischen Staatensystems in Europa die österreichische Bundesregierung mehrere Artikel des Staatsvertrags, darunter die Auferlegung des Verbots für bestimmte Waffen, für obsolet erklärt hat, und dass im Zuge des Beitritts Österreichs zur EU im Jahr 1995 massiv auf die Obsoleterklärung des Staatsvertrags in seiner Gesamtheit hingewirkt wurde. Der jetzige Nationalratspräsident Andreas Khol hat damals den Staatsvertrag als nur noch „anbetungswürdigen Tabernakel der Verehrung“ bezeichnet, der keinerlei inhaltliche Aktualität mehr besitze.

Man ist dann doch davon abgekommen, einen solchen Schritt zu setzen, wohl deshalb, weil man sich bewusst wurde, damit außenpolitisch ein falsches Signal zu geben. In Wahrheit ist der Staatsvertrag mit seinen wesentlichen Inhalten Demokratie, Antifaschismus, Verpflichtung Österreichs zur Bekämpfung aller Formen des Nationalsozialismus und Minderheitenschutz nicht obsolet, sondern harrt sogar bis heute beim Artikel 7, dem Minderheitenschutz, seiner Verwirklichung und Einlösung – siehe Kärnten und den Kärntner Heimatdienst, wo es im Artikel 7 an einer Stelle sogar ausdrücklich heißt, dass „die Tätigkeit von Organisationen zu verbieten ist, die darauf abzielen, der kroatischen und slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen“.

Neutralität

Vier Monate nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages ist es im Epochenjahr 1955 schließlich dazu gekommen, dass der österreichische Nationalrat ein Gesetz verabschiedete, das kein alltägliches Gesetz war, sondern eines von besonderem Gewicht, im Verfassungsrang, das Bundesverfassungsgesetz über die im-

merwährende Neutralität. Österreich erklärte es aus „freien Stücken“, was so viel heißt wie „nicht dazu gezwungen“, „frei entscheidend“, „aus eigenem Willen“. Als Zweck dieser Willensentscheidung zum neutralen Status wurde nicht bloß die militärische Bündnislosigkeit, die Nichtteilnahme an Kriegen und die Nichtzulassung militärischer Stützpunkte auf österreichischem Territorium proklamiert. Die immerwährende Neutralität sollte vielmehr, wie es in dem Gesetz heißt, die dauernde Behauptung der Unabhängigkeit Österreichs nach außen und die Unverletzlichkeit seines Gebietes gewährleisten. Und wenn von Erhaltung der Unabhängigkeit die Rede war, dann war damit eindeutig die Unabhängigkeit von Deutschland gemeint, denn eine Bedrohung von jemand anderem hatte es vorher nicht gegeben.

Es ist immer wieder nützlich, daran zu erinnern, dass die Neutralität in den Jahren vor 1955 von der ÖVP, SPÖ und dem Vorläufer der Freiheitlichen Partei, der VdU, abgelehnt wurde. Ein Land, das sich zu „westlichen Werten“ bekenne, so wurde argumentiert, dürfe sich nicht auf die „Standpunktlosigkeit eines farblosen Neutralismus“ begeben. Als es dann zur Vereinbarung in Moskau im April 1955 kam, die den Weg zum Staatsvertrag ebnete, gingen die ÖVP und SPÖ auf die Position der Neutralität über. Ihre Abgeordneten waren es, die gemeinsam mit den Mandataren der KPÖ am 26. Oktober 1955 das Neutralitätsgesetz mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen. Die Vorläufer der Freiheitlichen stimmten dagegen.

Die geschichtlichen Erfahrungen haben gezeigt, dass Österreich in den Jahrzehnten danach mit der Neutralität gut gefahren ist. Mehr noch: der Weg vom Anschlussgedanken des Jahres 1918 zur Neutralitätserklärung 1955 war der Weg Österreichs zu sich selbst, der Weg aus gefährlichen Abenteuern zu geradezu idealen Voraussetzungen seiner staatlichen Existenz. Die Neutralität war dem Status Österreichs als Kleinstaat einzig adäquat und wie auf den Leib geschneidert.

Österreich hat eine Zeitlang ein durchaus eigenständiges Neutralitätsverständnis entwickelt und eine aktive Neutralitätspolitik betrieben, die die Möglichkeiten zu einem kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Brückenschlag zwischen Ost und West, zum Engagement in internationalen Friedensaufgaben

nützte. Dadurch gewann Österreich in der Staatenwelt ein hohes Ansehen, es wurde als Ort geachtet, wo Begegnung und Austausch, Vermittlung und Gespräch in Konfliktfällen der internationalen Politik stattfinden konnten. Die Anerkennung dieser Tatsache blieb nicht aus. Wien wurde neben New York und Genf zum dritten Hauptsitz der Vereinten Nationen, Österreich wirkte im UNO-Sicherheitsrat mit und spielte eine wichtige und positive Rolle im KSZE-Prozess der siebziger Jahre. All das hat die internationale Stellung Österreichs gestärkt und gegenüber der Situation in den Jahrzehnten vor der Neutralitätserklärung von 1955 unvergleichlich verbessert.

Die österreichische Bundesregierung hätte aber schon damals noch viel weiterreichendere Beiträge leisten können. Es hat immer Kräfte bei uns gegeben, die die Neutralität als ausschließlich militärische ansahen und engagierte Konzepte zur Abrüstung, Entmilitarisierung und Friedenssicherung unberücksichtigt ließen. Ein Hauptstützpunkt dieser Kräfte war das Offizierskorps des Bundesheeres, das Verbindungen zur NATO knüpfte und ihr über die Radar- und Abhörstationen im Osten Österreichs geheime Nachrichten über die Länder des Warschauer Pakts zukommen ließ. Folgerichtig wurde die Bundesheergeneralität nach 1989/91 einer der vehementesten Befürworter der Aufgabe der Neutralität und des Beitritts zur NATO.

Die Neutralität hatte aber nicht nur außenpolitische Bedeutung. Sie war auch nie ein bloß völkerrechtliches Instrument. Sie hatte auch eine zutiefst politische Funktion bei der Herausbildung und Festigung der nationalen Identität der Österreicher und Österreicherinnen. Wenn im Jahr 1956 nur 49 Prozent der Österreicher bejahten, dass sie eine eigenständige Nation seien und dieser Prozentsatz mittlerweile auf weit über 80 angewachsen ist, dann ist das auch und sogar in erster Linie der Neutralitätspolitik geschuldet, weil sie ein identitätsstiftender Ausdruck für den Eigenwillen und das Eigenleben der Republik Österreich ist.

Entgegen diesem Willen und Grundgefühl der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung betrieben die wirtschaftlichen und politischen Eliten ab einem bestimmten Zeitpunkt die systematische Aushöhlung und Demontage der Neutralität. Begonnen hat das um das Jahr 1987 noch in der Gorbatschow-Ära,

als sichtbar wurde, dass es mit der Sowjetunion und dem System des realen Sozialismus in Europa bergab ging. Nach den Ereignissen von 1989 und dem Zerfall der Sowjetunion 1991 wurde dann die Neutralität plötzlich als überholt und wertlos erklärt, als Relikt einer besonderen Situation der Kalten-Kriegs-Vergangenheit. Der Neutralitätsstatus wurde verächtlich gemacht und als Begriff negativ besetzt. Man sprach von „Trittbrettfahrerei“, von einem feig-opportunistischen Heraushalten aus dem System der europäischen Solidarität, von einer „unbrauchbaren, zutiefst unanständigen Haltung, die den konkreten Interessen Österreichs widerspricht“ und, wie es unlängst der Verfassungsrechtler Heinz Mayer in einem Interview für die „Salzburger Nachrichten“ vom 13. April 2005 ausdrückte, von „einer der großen Lügen der österreichischen Politik“.

Das Österreich von heute

Woher kommt das alles? Woher stammen die Attacken? Wer steckt dahinter und mit welchen Motiven und Interessen? Dass sie nicht von unten, von der Basis, von der Masse der Menschen in unserem Land ausgehen, ist klar. Der Träger der Angriffe sind die wirtschaftlich Mächtigen in unserem Land.

Um ihre Motive besser zu verstehen, muss man in die Geschichte zurückzugehen, bis zum Epochenjahr 1918. In diesem Jahr des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie verlor die real herrschende Schicht, das deutschösterreichische Industrie- und Bankkapital, mit einem Schlag seine ökonomische Führungsposition im Rahmen einer europäischen Großmacht. Diesen Sturz von den wirtschaftlichen Kommandohöhen in Mittel- und Südosteuropa hat das österreichische Großkapital nie verwunden. Von daher stammt das Gerede von der „Lebensunfähigkeit“ Österreichs, die die gesamte Erste Republik durchzieht, stammen die diversen „Donaukonföderations“-Pläne, die Anschlusspropaganda, die „Mitteleuropa“-Idee, das Wort vom „Verhungern in der Neutralität“, und letztlich die 1994/95 erfolgreich durchgeführte Kampagne für den Vollbeitritt zur EU. In höchst anschaulicher und selten offener Weise hat das der damalige oberösterreichische Landeshauptmann Ratzenböck ausgedrückt, als er

Außenminister Mock für seine Verdienste um den EU-Beitritt mit dem höchsten Orden des Landes Oberösterreich auszeichnete. Er sagte da in seiner Laudatio: „Im Jahr 1918 ist uns Österreichern der Rock zu eng geworden. Das unbequeme Sitzen, das Zwicken und Zwacken, ist jetzt, nach über siebzig Jahren, endlich vorbei.“

Damit haben wir das erste Motiv vor uns liegen: Staatsvertrag und Neutralität von 1955 haben nämlich mit ihren Bestimmungen über Unabhängigkeit, Souveränität und Anschlussverbot angeknüpft an den Friedensvertrag von Saint-Germain, indem sie den Status Österreichs als eines *Kleinstaates* festschrieben. Das ist es, was das heimische Großkapital, dessen ökonomische Potenzen und Interessen mittlerweile weit über diesen Rahmen hinausreichen, so stört.

Weiters soll daran erinnert werden, dass die Herrschenden in unserem Land zweimal in diesem Jahrhundert sich dem deutschen Imperialismus in die Arme geworfen haben und an seiner Seite auf Raubzüge in Europa ausgegangen sind, im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Beide Versuche haben – weniger für sie als für die Volksmassen in unserem Land – mit einer furchtbaren Katastrophe geendet. Staatsvertrag und Neutralität erinnern die dafür Verantwortlichen permanent an diese ihre Verstrickung in die verbrecherische NS-Herrschaft, und das ist ein weiteres nicht unwichtiges Motiv, um sich davon freimachen zu wollen.

Wenn der so genannte „Wohlfahrtsstaat“ der sechziger und siebziger Jahre jetzt sukzessive abgebaut wird, dann hat das auch Gründe, die mit Österreichs Weg im 20. Jahrhundert in Zusammenhang stehen: nämlich den – wie behauptet wird – „unnatürlichen“ Zustand zu beenden, in dem sich Österreich seit 1918 und, erneuert und international festgeschrieben, seit 1955 befand, einen Zustand, der deshalb als „unnatürlich“ und „durch die Geschichte überholt“ hingestellt wird, weil er der freien Entfaltung der tatsächlichen ökonomischen Potenzen und Verwertungsbedingungen des österreichischen Großkapitals hemmend im Wege stand und steht. Mit dem EU-Beitritt und der EU-Osterweiterung will man jetzt wieder dort anknüpfen, wo der Faden gerissen ist, an jenen Zustand vor dem Ersten Weltkrieg, als die Führungsschichten des Habsburgerreiches im imperialistischen Konkurrenzkampf erfolgreich mitmischten, expandierten, Einflussphä-

ren hatten, Machtpositionen in Mittel- und Südosteuropa besaßen. Die damit verbundenen Gefahren möglicher Verstrickung in Konflikte, auch kriegerischer Art, kalkuliert man ein in der Gewissheit, als EU-Mitglied nicht nur sicherheitspolitisch Rücken- deckung zu haben, sondern mehr: als Bestandteil der EU auch durch machtpolitische Druckausübung erneute, verlockende Möglichkeiten für ökonomische Expansion zu besitzen.

Noch ist aber nicht aller Tage Abend. Die Bäume der „Globalisierung“ werden nicht in den Himmel wachsen, auch nicht die ihrer Protagonisten bei uns. Druck wird früher oder später Gegen- druck erzeugen in einer Welt, die von tiefen Gegensätzen zerrissen ist, vom Konfliktpotenzial zwischen den Weltzentren USA/ EU/Japan und den Entwicklungsländern, vom Konfliktpotenzial des Konkurrenzkampfes unter den Globalisierungsbetreibern, und nicht zuletzt auch vom Konfliktpotenzial, das die nach wie vor bestehende Klassengesellschaft bei uns in sich birgt.

Will man, dass die Fundamente der österreichischen Staatlich- keit nach 1945 erhalten bleiben, Fundamente, zu denen auch der Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates in der fünfziger, sech- ziger und siebziger Jahren gehörte, dann gilt es für sie einzutren- ten, sie zu verteidigen und für sie zu kämpfen. Nur so erfüllen wir das Vermächtnis jener, die für das Ziel der Wiedererrichtung Österreichs als unabhängiger Staat so große Opfer gebracht haben. Nur so leisten wir von Österreich aus einen Beitrag für die Erhaltung des Friedens in der Welt und zu solchen globalen Be- dingungen, die es den Völkern ermöglichen, auf der Grundlage von Souveränität, territorialer Integrität und Selbständigkeit eine wirklich gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit zu ge- stalten.

Jetzt erst rechts!

Wirtschafts- und sozialpolitische Rechtsentwicklungen seit 1945

Die Geschichte der kapitalistischen Restauration nach dem Zweiten Weltkrieg ist eng mit der politischen und kulturellen Kontinuität verwoben, die sich über die Niederlage Nazi-deutschlands hinaus ins weitgehend nur pro forma entnazifizierte Österreich gerettet hat. Die entscheidende wirtschaftliche und geopolitische Zäsur des 20. Jahrhunderts fand nämlich vor dem Krieg durch den Anschluss Österreichs an Deutschland statt, dabei geschaffene großräumige Strukturen überlebten den Zerfall des Deutschen Reiches und wurden auch für Nachkriegsösterreich bestimmend. Die Westintegration des neu entstandenen Österreich funktionierte auf der Basis dieser großdeutschen ökonomischen Rahmenbedingungen, die in der Kriegswirtschaft der Nationalsozialisten entstanden waren und auf den deutschen Markt orientierten; ein Bruch erfolgte nicht.

Anfängliche linke, antikapitalistische Stimmen verstummten noch in den späten 1940er Jahren. Nach dem Ende des mit Hilfe der Grundstoffindustrie betriebenen Investitionsgüterbooms, der das kleine Land als Zulieferer von Halbfertigprodukten in eine internationale Arbeitsteilung gebracht hatte, entstand in der Phase der Konsumgüterorientierung Anfang der 1970er Jahre eine von Sozialdemokraten betriebene Verteilungsdiskussion, die mit teilweise linker Programmatik geführt wurde. Seit Mitte der 1980er Jahre wich diese einer immer radikaler werdenden Umverteilung von unten nach oben, was sich auch in der politischen Debatte widerspiegelte. Mit dem Zusammenbruch des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der daran anschließenden Osterweiterung westeuropäischer Unternehmensinteressen wiederholte sich – auf anderer Ebene und vor der Folie einer bis nach Russland reichenden Landkarte – die von den stärksten Kapitalgruppen betriebene Integrationsdebatte, die alle politischen

Lager nach rechts rücken ließ. Eine linke, das heißt eine emanzipative Politik, die auch gegen den warenförmigen Charakter gesellschaftlicher Beziehungen aufgetreten wäre, existierte nicht. Daran konnte auch das kulturelle Aufbegehren der 1968er Bewegung gegen ein erstarrtes gesellschaftliches Klima nichts ändern.

1945–1955: Fehlstart

„Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident der Friedensdelegation zu Saint-Germain werde ich mit 'Ja' stimmen“.¹ Dies gab Karl Renner am 3. April 1938 – drei Wochen nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich – in einem Interview mit dem auflagenstarken „Wiener Tagblatt“ zu Protokoll. Eine Woche später fand die von Hitler manipulierte Volksabstimmung über den gewaltsamen Anschluss an (Groß-)Deutschland statt, deren Ergebnis eine über 99%ige Zustimmung auswies.

Am 27. April 1945 übernahm der von den Nazis während der Anschlussjahre unbehelligt gebliebene „erste Kanzler der Republik Deutsch-Österreich“ die provisorischen Regierungsgeschäfte, nachdem sich Stalins Emissäre von Renners Brauchbarkeit überzeugt hatten. Die Unterstützung aus den USA ließ etwas länger auf sich warten, drückte sich aber spätestens in der Zustimmung zu Renners Wahl zum Bundespräsidenten im Dezember 1945 aus. Die Hörigkeit des sozialdemokratischen Spitzenmannes Karl Renner gegenüber der jeweils starken Macht in all diesen Wendungen von Großdeutschland über die sowjetische Besatzungsmacht zur österreichischen Republik drückt zum einen die Spielballfunktion des kleinen Landes auf internationalem Parkett aus. Zum anderen spiegelt sich in ihr aber auch inhaltlich die extreme Defensive des Antifaschismus nach 1945. Die Linke hatte offenbar keine entsprechenden Führungskräfte, um einen radikalen Bruch mit der siebenjährigen großdeutschen Geschichte symbolhaft-personell darzustellen. Es sollte sich herausstellen, dass dies

1 Wiener Tagblatt, 3. April 1938.

bezogen auf die Richtung der wirtschaftlichen und politischen Integration auch nicht notwendig war.

Vorerst tobte indes noch der Kampf um die politische Orientierung in der Linken. Die kurzfristige Allianz zwischen „Revolutionären Sozialisten“ und Kommunisten setzte die SPÖ als Ganze unter Druck. Am 14. April 1945 gründeten „Revolutionäre Sozialisten“ und „Sozialdemokraten“ die „Sozialistische Partei Österreich“. Der SP-Parteitag im Herbst 1946 wurde dann zur Wegmarke für die zukünftige Entwicklung. Während der rechte Flügel über einen „Dritten Weg des demokratischen Sozialismus“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus sinnierte² und damit ein Theorem von Otto Bauer aus den 1920er Jahren wiederbeleben wollte, hagelte es von linker Seite harte antikapitalistische Worte. „Der Parteitag verurteilt den Mißbrauch der Parteikonzentration durch die ÖVP zur Wiederherstellung einer bürgerlichen Klassenherrschaft“³, hieß es etwa in einem – sogar angenommenen – Antrag. Die „Revolutionären Sozialisten“ um Erwin Scharf und Hilde Krones, die anders als die KPÖ im Widerstand nicht für die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs gekämpft hatten, traten nun für einen „integralen Sozialismus“ ein. Dieser berief sich ebenfalls auf Otto Bauer, dessen Spätwerk⁴ sich allerdings deutlich links von seinen Betrachtungen der 1920er Jahre absetzte. Und selbst ein Sozialdemokrat wie Paul Speiser hörte sich 1946 durch und durch antikapitalistisch an: „Nur Blinde ... können es nicht sehen, daß die Zeit der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft ... in Europa vorüber ist. (...) Dieses System muß weg. Überall kämpfen Sozialisten für eine neue Welt, für die Welt des Sozialismus.“⁵ Dass eine solche in Österreich nicht Einzug gehalten hat, war freilich nicht nur den Grabenkämpfen innerhalb der Sozialistischen Partei oder der Schwä-

2 Vgl. Fritz Weber, *Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945-1950*. Wien, 1986, S. 82.

3 Zit. in: ebd., S. 92.

4 Otto Bauer, *Zwischen zwei Weltkriegen?* Bratislava 1936.

5 Paul Speiser, *Protokoll des Parteitages der SPÖ 1946*, S. 227. Zit. in: Eduard März/ Fritz Weber, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 2/1978, S. 127.

che der KPÖ geschuldet, sondern der Positionierung Österreichs im bald einsetzenden Kalten Krieg. In US-Thinktanks entwickelte westlich-kapitalistische Integrationspläne inkludierten Österreich, obwohl in einem Teil des Landes die Rote Armee stand.

Von „Großraum“ zu „Großraum“

Es war die imperialistische Kontinuität, der Länder wie Österreich ausgeliefert waren. Dieser Druck von außen, der bis 1945 von Berlin und danach von Washington (und teilweise Moskau) ausgeübt wurde, bestimmte die Entwicklung des Landes wesentlich; innere politische Kräfte besaßen demgegenüber nur eingeschränkten Handlungsspielraum.

Sowohl das deutsche als auch das US-amerikanische Integrationsmodell folgte dabei derselben Logik: Märkte vergrößern, Investitionen absichern, Hegemonie herstellen. Ironischerweise agierten beide, im Krieg verfeindeten imperialistischen Modelle mit ein und demselben Zauberwort: „Großraum“. Konzentrierte sich dieser für das nationalsozialistische Berlin auf Europa und hier wiederum verstärkt auf Mittel- und Osteuropa, so wurzelten die Großraum-Visionen Washingtons in der transatlantischen britisch-amerikanischen Allianz. „Heute bietet der europäische Raum unserer politischen Einflußsphäre reiche und lohnende Möglichkeiten, um den Rahmen unserer Leistungsfähigkeit zu füllen. Die Aufgaben, die hier der Lösung harren, sind so groß, daß neben uns auch unsere hochentwickelten Nachbarländer ein weites Feld für ihre Kapitalausfuhr finden werden. Man denke nur an eine den Gesamtbedürfnissen des Großraums Rechnung tragende Ausgestaltung des Verkehrswesens“⁶, meinte, den deutsch geführten Großraum ansprechend, Hermann Josef Abs, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, am 25. Oktober 1940 in Berlin. Etwa zur selben Zeit formulierte die Arbeitsgruppe „War and Peace-Studies“, der die Spitzen der US-amerikanischen

6 Hermann Josef Abs in einem Vortrag „Aktive Kapitalpolitik“ auf einer Veranstaltung des Deutschen Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen. Zit. in: Reinhard Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 – 1945. Bonn 1994, S. 798.

Außenpolitik wie die Brüder Dulles und B.V.Cohen angehörten, ihre Großraum-Idee für die Nachkriegszeit: „Im Falle eines amerikanisch-britischen Sieges müßte viel für eine Neuordnung der Welt getan werden, besonders in Europa. Dabei sollte sich der Großraum als nützlich erweisen. Während einer Übergangsperiode der Anpassung und des Wiederaufbaus könnte der Großraum ein wichtiger Stabilisator der Weltwirtschaft sein ...; vielleicht wäre es sogar möglich, die europäischen Ökonomien in die des Großraumes einzuflechten.“⁷

In den Jahren nach dem Krieg erfolgte die Integration Österreichs über diesen transatlantischen Großraum, wengleich bis 1955 der Osten des Landes zu einem guten Teil davon ausgespart worden ist. Die Instrumente dafür hießen Marshallplan und COCOM-Embargo.

Schon zuvor war auf nationaler Ebene der – nur teilweise erfolgreiche – Versuch unternommen worden, die ökonomischen Implikationen des Potsdamer Abkommens, demzufolge deutsches Eigentum in Österreich von den Siegermächten als Entschädigung requiriert werden durfte, zu unterlaufen. Zu Kriegsende befanden sich, nach der Übernahme der Aktienmehrheit der Creditanstalt durch die Deutsche Bank, über 80% der österreichischen Industriebetriebe und Banken, über 70% des Bergbaus und durchschnittlich 60% aller übrigen Sektoren in der Hand deutscher Eigentümer (1938 waren es – abgesehen vom Bergbau – unter 10% gewesen).⁸ In zwei Verstaatlichungsgesetzen 1945 und 1946 sollte der Zugriff der Besatzungsmächte auf deutsches Eigentum verhindert werden, was freilich nur in den westlichen Besatzungszonen gelang. In der sowjetischen Besatzungszone entzog die USIA („Verwaltung des sowjetischen Besitzes in Österreich“) die wichtigsten Industriebetriebe dem Verstaatlichungsgesetz. Die später immer wieder als links

7 Memorandum E-B 34 vom 24.7.1941. Zit. in: Laurence Shoup/ William Minter, Die Kulissenschieber e.V. Der Council on Foreign Relations und die Außenpolitik der USA. Bremen 1981, S. 101.

8 William Lloyd Stearman, The Soviet Occupation of Austria. Siegler 1963, S. 25. Vgl. auch: Hannes Hofbauer, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien 1992, S. 28f.

gefeierte Verstaatlichung, die den Energiesektor und die Kernindustrien (allen voran die Hermann Göring Werke in Linz) in staatliche Obhut legte, diente in der Folge dazu, billige energetische und grundstoffindustrielle Vorleistungen für den privaten Sektor zu leisten; und zwar über die österreichischen Staatsgrenzen hinaus für die deutsche und die italienische Metall verarbeitende Industrie.

Das seit April 1948 als „European Recovery Programm“ (ERP), vulgo: Marshallplan bekannte Investitionsförderungs- und Kreditlenkungsinstrument brachte Österreich endgültig auf westlichen, kapitalistischen Kurs. Mittels so genannter Couterpartfonds, die von eigenen US-Beamten penibel kontrolliert wurden, erhielten Investoren (vornehmlich im Investitionsgütersektor) günstige Kredite, u.a. mit der Auflage, sich an die Embargo-Regeln gegen Osteuropa zu halten. Dieses klassische Modell einer geplanten kapitalistischen Akkumulation wurde durch die so genannten Ziehungsrechte auf internationaler Ebene ergänzt, die eine Konvertibilität der unterschiedlichen westeuropäischen Währungen und damit eine Verschränkung der Ökonomien der Marshallplan-Länder zum Ziel hatten.⁹

Die Westwärtsbewegung war auch innerhalb Österreichs spürbar. Weil ERP-Gelder fast ausschließlich in die von US-amerikanischen, britischen und französischen Soldaten besetzten Bundesländer flossen, veränderte sich die österreichische Regionalstruktur. Wien erhielt pro Kopf genommen zwischen 1948 und 1952 unter 5000.– Schilling an Marshallplan-Geldern, während Salzburg 66.000.– Schillinge (also 13 Mal so viel) pro Kopf¹⁰ verbuchen konnte. Der aus historischen Gründen gesellschaftlich linkere Osten wurde auf diese Art systematisch ausgetrocknet, die schwer kriegsgeschädigte Sowjetunion konnte (und wollte) diesen Einbruch nicht auffangen, weil sie sich wirtschaftlich in einer extrem defensiven Lage befand.

9 Siehe: Hannes Hofbauer, *Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau*. Wien 1992, S. 93f und S. 117f.

10 *Jahrbuch der Handelskammer Niederösterreich für das Jahr 1952, Die gewerbliche Wirtschaft Niederösterreichs im Jahre 1952*. Wien 1953, S. 167.

Dem Investitionen fördernden Marshallplan war ein anfangs weitgehend geheim agierender Embargo-Plan gegen das kommunistisch gewordene Osteuropa beigelegt. Ein „Coordinating Committee“ (COCOM) unter der Führung der USA beschloss in langen Listen, welche Produkte nicht in die sowjetisch kontrollierten Gebiete ausgeführt werden durften und leistete damit der isolationistischen Politik Stalins Vorschub. Anfang der 1950er Jahre befanden sich 1700 Warengattungen auf den Verbotslisten.¹¹ Die Embargopolitik blieb auch nach dem Ende des Kalten Krieges eine Konstante des US-Imperialismus. Noch 1998 verurteilte das Washingtoner Bundesgericht den Konzern IBM zu einer Geldstrafe von 9 Mio. US-Dollar, weil dieser das COCOM-Embargo gebrochen und 17 moderne Computer an ein russisches Labor geliefert hatte.¹²

Linker Widerstand gegen diese Art von geplanter kapitalistischer Restauration formierte sich an zwei zentralen Fragen: der Währungsreform 1947, die eine Verknappung der Geldmenge mit sich brachte, ohne eine von der KPÖ geforderte Vermögensabgabe einzuführen, und an den Lohn-Preisabkommen der Jahre 1947 bis 1950. Während die Preise zunehmend frei gegeben wurden und sich am Weltmarkt orientierten, verordnete die Regierung Figl einen Lohnstopp¹³, um – wie es hieß – antiinflationär zu wirken. Das 4. Lohn-Preis-Abkommen provozierte dann im Oktober 1950 jenen Generalstreik, der von Regierung und ÖGB-Führung als kommunistischer Putschversuch bezeichnet worden ist und dem Polizei, Gendarmerie und Schlägertrupp von Franz Olahs Bauarbeitergewerkschaft ein jähes Ende bereiteten. Die kampfbereite Linke, deren Lohnforderungen damit gescheitert waren, blieb auf Jahrzehnte hinaus geschwächt.

11 Studiengruppe zur Förderung der österreichischen Wirtschaftsentwicklung (Hg.), *Sichert Österreichs Wirtschaftsfreiheit*. Wien 1957, S.4: Vgl. auch: Gunnar Adler-Karlsson, *Der Fehlschlag. 20 Jahre Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West*. Wien 1971.

12 *Salzburger Nachrichten*, 3. August 1998.

13 Vgl. Hans Prader, *Die Angst der Gewerkschaft vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945-1950*. Wien 1975, S. 33f.

Die Eindämmung sozialer Widersprüche

In den späten 1950er Jahren wurde Klassenantagonismus gesellschaftlich zunehmend nicht mehr wahrgenommen. Mit dem Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht verloren die Kommunisten in Ostösterreich, die an der Wahlurne ohnedies keine nennenswerten Erfolge verbuchen konnten, auch eine wirtschaftliche Säule, die ihnen in Form von USIA und SMV (Sowjetische Mineralölverwaltung) zudem personalpolitische Rückzugsgebiete geboten hatte. Gleichzeitig setzte die Sozialdemokratie in der von ihr hegemonisierten Einheitsgewerkschaft ÖGB auf sozialen Konsens. Dies gelang auch insofern, als ein österreichisches Bürgertum, das eine entsprechende Wirtschaftsmacht vertreten hätte, kaum existente. Stattdessen waren die Kernsektoren der Ökonomie verstaatlicht; Betriebs- und Aufsichtsratsposten schienen austauschbar. In diesem sozio-ökonomischen Klima gedieh die legendäre Sozialpartnerschaft, die am Parlamentarismus vorbei und doch von den politischen Parteien akzeptiert wenn nicht beschleunigt, Sozial- und Wirtschaftspolitik betrieb.

Schon im September 1945 hatte die Arbeiterkammer Wien erstmals der Handelskammer vorgeschlagen, ein permanentes Komitee zur Beratung sozialpolitischer Fragen zu bilden.¹⁴ 1957 wurde – befristet – eine erste Paritätische Kommission gebildet, die dann mit dem Raab-Olah-Abkommen 1961¹⁵ institutionalisiert worden ist. Die vermeintliche Allmacht der Gewerkschafts- und Kammerfunktionäre, soziale Konflikte am grünen Tisch zu lösen, fand vor einem weltwirtschaftlichen Aufschwung statt, in dem die zunehmend exportorientierte österreichische Industrie dafür Sorge tragen musste, dass die Löhne kontrolliert anstiegen und nicht explodierten. Das sozialpartnerschaftliche Klima bewirkte in der Folge eine gesellschaftliche Erstarrung, die sich erst 1968 kulturell entlud, ohne allerdings die ökonomische Grundlage des „sozialen Containment“ ins Wanken bringen zu können.

14 Vgl. Emmerich Talos/ Bernhard Kittel (Hg.), Sozialpartnerschaft. In: Reinhard Sieder u.a. (Hg.), Österreich 1945-1955. Gesellschaft-Politik-Kultur. Wien 1995, S. 116.

15 Ebd., S. 120.

Auf dem Weg in die Zweidrittelgesellschaft

Im April 1970 zieht Bruno Kreisky – vorerst mit einer Minderheitsregierung – ins Bundeskanzleramt ein. Später wird seine Politik mit dem Schlagwort des „Austro-Keynsianismus“ be-
dacht werden. Diese unter hochkonjunkturellen Bedingungen
begonnene staatliche Nachfragepolitik beruhte auf einer staat-
lich weitgehend kontrollierten Geld- und Budgetpolitik, einer
gemäßigten, durch die Sozialpartner abgesegneten Lohn- und
Preispolitik und dem hohen Anteil der Verstaatlichten Industrie
an der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Immerhin waren noch
1985, kurz bevor die erste Privatisierungswelle Platz griff, über
18% der österreichischen ArbeiterInnen und Angestellten in
Staatsbetrieben beschäftigt und produzierten 31,6% der gesamt-
ten Industrieleistung.¹⁶ Das erlaubte der Politik direkte Zugriffe
in ökonomische Bereiche, wie sie anderswo in Westeuropa kaum
möglich waren.

Die 1970er Jahre waren von einer wirtschaftlichen Wachstums-
phase gekennzeichnet, von der auch die sozial Schwachen profi-
tierten. Niedrige Inflationsraten und Vollbeschäftigung existier-
ten nebeneinander. „Die Verstaatlichte Industrie hortete die Ar-
beitnehmer und konnte sie sofort nach der Krise wieder voll ein-
setzen. (...) Ausländische Arbeitskräfte hatten eine wichtige
Pufferfunktion für den Arbeitsmarkt“¹⁷, beschreibt Brigitte Un-
ger den Ist-Zustand nach dem Jahr 1973, in dem der „1. Öl-
schock“ für heftige Irritationen sorgte.

Die Hochzinspolitik der USA, die Anfang der 1980er Jahre auf
eine Repatriierung der Dollarvermögen aus dem Ausland setzte
und gleichzeitig Kapital für Aufrüstungsprogramme anlocken
sollte, erschütterte auch in Österreich die nachfrageorientierte Po-
litik. Denn europäische Nationalbanken mussten darauf ebenfalls
mit Zinssteigerungen reagieren, wollten sie einen zu großen Ab-

16 Karl Aichinger, Ursachen und Perspektiven der Stahlkrise. In: Wirt-
schaftspolitische Blätter 5/86. Wien 1986, S. 495.

17 Brigitte Unger, Österreichs Wirtschaftspolitik: Vom Austro-Keynsia-
nismus zum Austro-Neoliberalismus? In: Ferdinand Karlhofer/Em-
merich Talos (Hg.), Zukunft der Sozialpartnerschaft. Veränderungs-
dynamik und Reformbedarf. Wien 1999, S. 170.

fluss von Dollars vermeiden. Dies wiederum verteuerte Kreditaufnahmen für Unternehmer, womit ein Pfeiler des Keynesianismus brach. Dass gleichzeitig die Produktionskapazitäten enorm angewachsen waren und nur eine gerechtere soziale Verteilung fehlte, wie Sozialminister Alfred Dallinger 1985¹⁸ beklagte, verbesserte die Lage in den 1980ern keineswegs, sondern zeigte nur, wie die Linke auch während der austro-keynesianischen Phase nicht in der Lage gewesen war, eine Umverteilung herbeizuführen. Und während in Großbritannien ein von der Regierung Thatcher administrierter Generalangriff auf die Macht der Gewerkschaften gelang, bot sich in Österreich ein moderateres Bild. Gewerkschaft und Arbeiterkammern verhinderten über die sozialpartnerschaftlichen Institutionen ein drastisches soziales Rollback, allerdings um den Preis einer schleichenden Liberalisierung, die bald auch den Ausverkauf der Verstaatlichten nach sich ziehen sollte.

Als sozialpolitischer Knackpunkt einer neuerlichen Wende Richtung rechts mag der verlorene Kampf um die 35-Stunden-Woche angesehen werden. Anstatt auf eine einheitliche Position, wie sie z. B. die Gewerkschaft der Privatangestellten gefordert hatte, einigte man sich auf dem 10. ÖGB-Kongress 1983 bloß auf eine „Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden durch Kollektivverträge in den Branchen mit schlechter Arbeitsmarktlage“.¹⁹ Und selbst das konnte nur sehr partiell durchgesetzt werden.

1987 wurde, bereits im Soge der EG-Integrationsschritte, eine Kapitalmarktliberalisierung beschlossen, die politische Handlungsspielräume in der Ökonomie drastisch verengte. Im selben Jahr wurden auf Basis des ÖIAG-Gesetzes von 1986 die ersten verstaatlichten Betriebe privatisiert: Länderbank, Creditanstalt, ÖMV und Austrian Airlines erhielten über einen Börsegang – zumindest teilweise – private Eigner. Damit einher ging eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit, weil nun keine aktive Beschäftigungs-

18 Siehe: Lieselotte Wohlgenannt, Arm und Reich. In: Reinhard Sieder u.a. (Hg.), Österreich 1945-1955. Gesellschaft-Politik-Kultur. Wien 1995, S. 253.

19 Ebd., S. 256.

politik mehr möglich war. In einer Welle neoliberaler Reformen senkte die große Koalition, in der die ÖVP zunehmend das politische Ruder übernahm, die Unternehmenssteuern (z. B. die Körperschaftssteuer von 55% auf 30% bzw. 34%) und bereitete das Land auf den Beitritt zur Brüsseler Gemeinschaft vor.

In den 1980er Jahren verfestigte sich damit eine Zweidrittelgesellschaft, die Schere zwischen Arm und Reich ging auseinander. Opfer dieser Entwicklung waren vor allem proletarisierte Frauen und mehrköpfige Familien aus dem Arbeitermilieu. Ein linkes Angebot für diese Modernisierungsverlierer gab es nicht. Der ÖGB war zu erstarrt, um die Prekarisierungen am Arbeitsmarkt als Angriff auf seine eigenen Interessen zu interpretieren; er fand keine passenden Antworten auf fortgesetzte Arbeitslosigkeit – diese stieg von 1,9% (1980) auf 5,4% (1990) – und neue prekäre Formen des Geldverdienens. Von rechts hingegen kam eine sozialpopulistische Stimme; und zwar 1986 in Gestalt des Jörg Haider, der symbolträchtig auf dem FPÖ-Parteitag den Trachtenjanker mit städtischem Outfit tauschte. In der Folge wuchs der politische Druck von rechts, wobei Haider mit ins Nationale verkehrten sozialen Versprechungen agierte. „Linkes“ fand hauptsächlich auf kulturellem Terrain statt, was auch der Formierung einer neuen, mit linken gesellschaftlichen Codes operierenden Kraft – den Grünen – geschuldet war, die sich gleichwohl als moderne Mittelstandspartei etablierte.

Auf in die Europäische Union!

Der Aufnahme Österreichs in die Europäische Union am 1. Jänner 1995 ging ein Eigentümerwechsel bei den Kernsektoren der österreichischen Wirtschaft und eine Deregulierung in sozialen Belangen voran. Die großkoalitionären Regierungen unter Vranitzky hatten seit 1987 in mehreren Schritten eine systematische Privatisierung der Verstaatlichten Industrie und Banken eingeleitet. So wie die Verstaatlichung 1945/46 dazu gedient hatte, privaten Investoren über billige, vom Staat kontrollierte Vorleistungen Profite zu sichern, so diente nun ihre Privatisierung akkumulationshungrigem Kapital vorwiegend aus Deutschland bzw. Pensionsfonds aus den USA für eine sichere Rendite. Nach

der ersten Etappe 1987 folgte im November 1993 die Zerschlagung des Staatskonzerns „Austrian Industries“ zwecks Vorbereitung auf weitere Börsengänge. Zehn Jahre später ist die Verstaatlichte Industrie in Österreich nur mehr eine Marginalie.

Die Privatisierungswelle wurde von einer kapitalfreundlichen Steuerreform 1993 begleitet, die u. a. die Vermögens- und die Gewerbesteuer abschaffte. Sparpakete konsolidierten die Budgets 1995 und 1996 und stopften über Ausgabenkürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Kulturbereich jene Löcher, die durch die Entlastung von Unternehmen entstanden waren und nur kurzfristig über den Verkauf von Staatsanteilen an private Investoren ausgeglichen werden konnten. Mit dem Beitritt Österreichs zur Euro-Zone am 1. Jänner 1999, die dann im Jänner 2002 zur Einführung der gemeinsamen Währung führte, hörte sich jede eigenständige Wirtschaftspolitik de facto auf.

Politik wird nun weitgehend von Brüssel und diese als Standortpolitik im globalen Wettlauf von Konzernen um höhere Renditen betrieben. Die gesellschaftliche Akzeptanz der damit verbundenen sozialen Deregulierungen sinkt zwar, führt aber vorerst nicht zu einer sichtbaren Stärkung der Linken. Der fortgesetzte Privatisierungsdruck akkumulationshungriger Kapitalgruppen in Richtung öffentlicher Dienstleistungen, der von Ländern wie der Slowakei innerhalb der EU ausgelöste Steuerwettlauf nach unten sowie eine immer deutlicher zu Tage tretende Prekarisierung und Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt lösen Anfang des neuen Jahrhunderts zunehmend gesellschaftlichen Unmut aus, der sich in sozialen Bewegungen aber auch vereinzelt in Wahlgängen – wie z. B. Anfang 2003 in Graz – ausdrückt. Die Diskurshegemonie der liberalen Rechten, die seit Mitte der 1980er Jahre ihre Profitinteressen hinter Schlagworten wie „Reformdruck“ und „Europäische Solidarität“ umsetzen konnten, gerät zunehmend ins Wanken. Ob die Linke sozial-emanzipatorische und massenwirksame Antworten auf den Verlust der Glaubwürdigkeit liberaler Apologeten findet, ist indes keineswegs sicher.

Gerald Oberansmayr

Was brachte der EU-Beitritt den ArbeitnehmerInnen?

10 Jahre EU-Beitritt – eine Bilanz

Vor 10 Jahren wurde eine in der Geschichte der 2. Republik einmalige Propagandaschlacht für den EU-Beitritt inszeniert. Erinnern wir uns zurück: zehntausende zusätzliche Arbeitsplätze und die Sicherung der sozialen Standards wurden – von Industriellenvereinigung wie Gewerkschaft – versprochen. Eine mittlerweile in lichte Managementhöhen entschwundene Staatssekretärin versprach gar jedem einen zusätzlichen Schilling-Tausender. Welche Bilanz können die ArbeitnehmerInnen 10 Jahre danach tatsächlich ziehen?

Lohnquote sinkt

Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, sinkt tendenziell seit Anfang der 80er Jahre. Trotz alledem überrascht es, mit welcher Vehemenz die Lohnquote seit Mitte der 90er Jahre nach unten weist. Während die (unbereinigte) Brutto-Lohnquote in der ersten Hälfte der 90er Jahre relativ konstant blieb, sinkt sie seit 1994 um fast 5%. Die Nettolohnquote (also unter Einbeziehung der Steuerbelastung) ist noch deutlicher gesunken, da der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen von 25,7% (1994) auf 31,7% (2003) kräftig nach oben geschneilt ist.

Reallöhne sinken

Es geht jedoch nicht nur der relative Anteil der ArbeitnehmerInnen am gesamten produzierten Reichtum zurück, während der Anteil von Gewinn und Besitzeinkommen entsprechend steigt, es sinken seit Mitte der 90er Jahre auch die absoluten Realeinkommen von ArbeiterInnen, Angestellten und Beamten. Vor al-

lem in den ersten Jahren nach dem EU-Beitritt gehen die Netto-reallöhne – also das, was effektiv im Geldbörstel bleibt – rapid zurück. Sie steigen zwar Ende der 90er Jahr wieder an, um in den letzten Jahren wieder leicht zurückzugehen. Unterm Strich bleiben für die ArbeitnehmerInnen im Durchschnitt immerhin über 4% Nettoeinkommenverlust.

Besonders fatal haben sich die Jahre seit 1994 für die unteren Einkommensgruppen der ArbeitnehmerInnen ausgewirkt. Die unteren sozialen Schichten erleben seit dem EU-Beitritt einen in der Nachkriegszeit wohl einzigartigen Absturz. Die Nettoeinkommen des unteren Viertels der ArbeiterInnen gingen zwischen 1996 und 2001 um satte 11% zurück. Für das untere Viertel der Angestellten waren es immerhin noch 8% Lohnverlust. Diese Tendenz geht seither rapid weiter. Das untere Zehntel der Einkommensbezieher erhielt 1999 noch 4,5% der Erwerbseinkommen, heute sind es nur mehr 2,5%. Dabei sind diese Daten noch geschönt. Denn die Inflationsrate für die kleinen EinkommenbezieherInnen dürfte deutlich höher liegen als die für die GroßverdienerInnen. Vom Preisverfall bei Computern und Fernreisen können erstere wenig profitieren, während sie die überdurchschnittlichen Preissteigerungen bei Wohnen und Lebensmittel voll treffen. Da Frauen in den unteren Einkommensgruppen deutlich überrepräsentiert sind, haben sich die Jahre seit dem EU-Beitritt vor allem für Frauen als lohnpolitischer Rückschlag erwiesen. Soviel ist also vom berühmten „Tausender“ geblieben, den die damalige EU-Staatssekretärin Brigitte Ederer jedem Haushalt versprochen hat.

Arbeitslosigkeit steigt

In diesen Daten spiegelt sich die Steigerung der Arbeitslosigkeit wider. Denn je höher die Arbeitslosigkeit, desto schlechter die Verhandlungsposition der lohnabhängig Beschäftigten. Die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen ist von 1994 bis 2004 um über 100.000 Menschen gestiegen. Mit Ausnahme der Jahre 2000 und 2001 gibt es eine kontinuierliche Steigerung der Arbeitslosigkeit. Immer mehr Arbeitslose rangeln um immer weniger Jobs. Stellen sich im Jahr 1994 sieben Arbeitslose um

eine offene Stelle an, waren es im Jahr 2003 bereits 11. Das ist also vom Jobwunder geblieben, das uns vor dem EU-Beitritt versprochen wurde.

Sozialquote sinkt

Die Sozialquote errechnet sich aus dem Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Auch hier zeigt sich dieselbe Tendenz. Während bis 1994 sogar noch ein Anstieg der Sozialquote festzustellen ist, geht es seither bergab. Um immerhin 1,4% sank die Sozialquote zwischen 1994 und 2001. Zum Vergleich: Hätte sich die Sozialquote auf dem Niveau vor dem EU-Beitritt stabilisiert würden heute jährlich fast 3 Milliarden Euro mehr für soziale Zwecke ausgegeben. Im Rückgang der Sozialquote bis 2001 kommen vor allem die sog. „Sparpakete“ der rot-schwarzen Regierung in der 2. Hälfte der 90er Jahre zum Ausdruck. Die Sozialabbaupolitik der schwarz-blauen Regierung wird sich wohl in einer weiter sinkenden Sozialquote ab 2001 manifestieren. Alleine die PensionistInnen mussten seit 2000 einen realen Einkommensverlust von 4% hinnehmen.

Nicht alle verlieren ...

Die gesamte Gesellschaft ist seit Mitte der 90er Jahre durchaus reicher geworden. Wenn die ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und PensionistInnen verlieren, müssen andere umso deutlicher zulegen. Der Anteil der Gewinne und Selbständigeneinkommen am Volkseinkommen ist seit 1994 um rund 5% angestiegen. Die wahre Dimension der Umverteilungsprozesse zugunsten der Reichen und Superreichen kommt darin jedoch nur ansatzweise zum Ausdruck. Denn innerhalb der Selbständigen sind die Einkommensunterschiede noch viel ausgeprägter als innerhalb der Lohnabhängigen. Das oberste Einkommensviertel der Selbständigen verdient fünfmal so viel wie das unterste Einkommensviertel. Der obersten Spitze der Pyramide geht's wirklich prächtig.

Die – im Vorfeld des EU-Beitritts beschlossenen – Privatstiftungen sowie die Abschaffung der Vermögenssteuer machen Österreich zu einem El Dorado für Flick, Wlaschek, Piech, Mayr-

Melnhof, Esterhazy, Prinzhorn, Androsch, Bartenstein & Co, die ihre Milliarden steuergünstig in den Privatstiftungen parken. Das Vermögen der 100 reichsten Österreicher umfasste im Jahr 2004 54,7 Milliarden Euro. Das entspricht in etwa der jährlichen Nettolohnsumme aller ArbeitnehmerInnen in Österreich, also von über 3 Millionen Menschen. Alleine von 2003 auf 2004 sind die Privatvermögen der 100 reichsten Österreicher um 2,2 Milliarden Euro gestiegen, also um 22 Millionen Euro (über 300 Millionen ATS) pro – superreichem/r – Kopf und Nase.

EU als Treibriemen für sozialen Rückschritt

Man mag einwenden, dass es die Bestrebungen von Regierung und Industrieverbänden, in Richtung Sozialabbau zu marschieren, auch ohne die EU gegeben hätte. Das ist richtig, ignoriert aber, dass die EU diesen konservativen Kräften regelrecht als Treibriemen dient(e), um das soziale Roll-back durchzuziehen. Das lässt sich auch in Österreich nachvollziehen:

- Die sog. „Sparpakete“ sind mit ausdrücklichem Verweis auf die Erreichung der Maastricht-Konvergenzkriterien und des EU-Stabilitätspaktes beschlossen worden. Diese Politik hat nicht nur PensionistInnen, ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Studierende direkt belastet, sie hat auch die Arbeitslosigkeit gesteigert. Denn unter dem EU-Spardogma sind die Direktinvestitionen des Bundes kontinuierlich zurückgegangen. 2004 erreichen sie nur mehr ein Drittel des Wertes von 1999.
- Die EU fungiert als Motor von Deregulierung und Liberalisierung. Alles soll der Verwertungslogik des Marktes untergeordnet werden. Die entsprechenden Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen im Telekommunikations-, Energie-, Post- und Transportbereich wurden und werden unmittelbar über die EU angestoßen. Weitere Großangriffe werden derzeit in der EU-Kommission ausgebrütet (z.B. Grün- und Weißbuch über „Dienstleistungen im allgemeinen Interesse“). Seit dem Beitritt-Brief nach Brüssel hat der Bund Beteiligungen im Gesamtwert von 9,57 Milliarden Euro. Dadurch wurde der Einfluss der Gewerkschaften maßgeblich zurückgedrängt. Die Verpflichtung auf eine „Wirtschaftspolitik der offenen Markt-

wirtschaft mit freiem Wettbewerb“ ist seit dem Maastricht-Vertrag bereits im EU-Primärrecht verankert.

- Im Statut der Europäischen Zentralbank ist ausdrücklich die Priorität der Geldwertstabilität vor allen anderen Zielen, wie z. B. Beschäftigung festgeschrieben. Anders ausgedrückt: es gehört zu den Grundpfeilern der EU, den Interessen der großen Vermögensbesitzer, ihre Geldvermögen zu mehren, Vorrang vor den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung zu geben und ihren Arbeitsplatz zu sichern. Demokratische Einflussnahme auf die Ziele der EZB soll in Zukunft per EU-Verfassung ausgeschlossen werden.
- Der soziale Kahlschlag bei den Pensionen durch die schwarzblaue Regierung erfolgt nicht aus heiterem Himmel. 2002 haben sich die EU-Staatschefs darauf verständigt, das reale Pensionsalter in den EU-Staaten bis 2010 um fünf Jahre hinaufzusetzen. Entsprechend begeistert applaudierte die EU-Kommission der Schüsselschen Pensions„reform“.

ÖGB – Zeit für Rechenschaft und Umkehr

Sowohl Industriellenvereinigung als auch ÖGB haben vor der Volksabstimmung eine großangelegte Kampagne inszeniert und viel Geld und Arbeitszeit ihrer Funktionäre dafür eingesetzt, die Menschen für ein „Ja“ zum EU-Beitritt zu gewinnen. Für die Industriellenvereinigung ist die Bilanz ungetrübt positiv: Lohnquote gesenkt, Reallöhne gesenkt, Sozialquote gesenkt, großflächige Privatisierungen durchgesetzt, Druck auf die Beschäftigten und Arbeitslose erhöht. Für die ÖGB-Führung wäre es dagegen hoch an der Zeit, über die Konsequenzen des EU-Beitritts gegenüber der eigenen Mitgliedschaft ehrlich Rechenschaft abzulegen. Die Fakten sprechen eine klare Sprache. Vor 10 Jahren wurde der Weg in die sozialpolitische Sackgasse beschritten. Der Weg aus dieser Sackgasse beginnt mit dem entschiedenen Widerstand gegen die Ratifizierung der neoliberalen EU-Verfassung.

Quellen

Jahrbücher des Österreichischen Statistisches Zentralamt
Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, ÖGPP, Wien 2004

Günter Reder

EU-Kriegseinsätze im Ausland statt Neutralität

Österreichische Sicherheitspolitik 10 Jahre nach dem EU-Beitritt

Derzeit findet unter dem Motto „EU-Kriegseinsätze im Ausland statt Neutralität“ ein Paradigmenwechsel in der österreichischen Sicherheitspolitik bzw. beim österreichischen Bundesheer statt: das Programm der Kriegsfähigkeit Österreichs im EU-europäischen Verbund bei gleichzeitiger, endgültiger Entsorgung der österreichischen Neutralität. Als Motor erweist sich die Entwicklung der EU zu einer – auch militärischen – Supermacht.

EU-Vertrag: Maastricht – Amsterdam – Nizza – EU-Verfassung

Mit dem EU-Beitritt am 1. Jänner 1995 ist die sicherheitspolitische Entwicklung Österreichs unmittelbar mit jener der EU verknüpft worden. Damals war der EU-Vertrag von Maastricht in Kraft, der bereits die aktive und vorbehaltlose Unterstützung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit der Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU vorsah. Österreich erhielt einen Beobachterstatus im Militärbündnis Westeuropäische Union (WEU), die im EU-Vertrag von Maastricht zum integralen Bestandteil der Entwicklung der EU erklärt wurde. Zusätzlich erfolgte der Beitritt zur sog. NATO-„Partnerschaft für den Frieden“. Im EU-Vertrag von Amsterdam, den der österreichische Nationalrat im Juni 1998 ratifizierte, stieg die WEU bereits zum militärischen Arm der EU auf. Die Petersberg-Aufgaben der WEU wurden für die EU übernommen. Diese Petersberg-Aufgaben sehen unter anderem „Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung“, also schlicht Kriegseinsätze im Ausland, vor. Mit dem EU-Vertrag von Nizza, vom österreichischen Nationalrat mit den Stimmen aller Parlamentsparteien im November 2001 ratifiziert, wurden schließlich sämtliche operativen, militärischen Kapazitäten der WEU in die EU integriert – die mi-

litärische Beistandsverpflichtung der WEU blieb vorerst noch draußen. Mit der EU-Verfassung soll sich das ändern: Sie sieht neben zahlreichen anderen Militarisierungs-Maßnahmen auch eine klassische, militärische Beistandsverpflichtung vor. Trotzdem haben alle Parlamentsparteien die Ratifizierung der EU-Verfassung am 11. Mai 2005 beschlossen und der österreichischen Bevölkerung eine Volksabstimmung darüber verweigert.

Artikel 23f B-VG: Die Kriegsermächtigung Österreichs

Im Wissen um die Neutralitätswidrigkeit dieser Entwicklung wurde bereits im Juni 1998 ohne öffentliche Debatte mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Liberalem Forum der sog. Artikel 23f B-VG (Bundes-Verfassungsgesetz) novelliert, um „die Neutralität im Bereich der EU außer Kraft zu setzen“, wie es der damalige ÖVP-Klubchef Andreas Khol formulierte.¹ Brigadier Gerald Karner stellte dazu fest: *„Für Österreich bedeuteten die außen- und sicherheitspolitischen Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft politisch zunächst die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung, die Österreich in die Lage versetzte, sich an den Petersberg-Missionen beteiligen zu können, ein wichtiger Schritt mit Folgen, die in ihrer Tragweite vielleicht bis heute noch nicht überall in diesem Land vollständig erfasst wurden“*.² Und tatsächlich: Durch den Artikel 23f B-VG kann Österreich wieder in Kriege ziehen, in EU-Kriege, weltweit. Er kann daher zu Recht als „Kriegsermächtigungsartikel“ bezeichnet werden. In den Erläuterungen der Antragsteller, SPÖ-Klubchef Peter Kostelka und ÖVP-Klubchef Andreas Khol, wurde explizit hervorgehoben, dass durch den Artikel 23f B-VG im Sinn des EU-Vertrages von Amsterdam Kriegseinsätze im Ausland auch ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates stattfinden können. Bundeskanzler und Außenministerin entscheiden über die Teilnahme Österreichs an EU-Kriegen alleine (bei nachträglicher Einbindung des Parlamentes im Falle der Truppenentsendung).

1 Salzburger Nachrichten, 29.5.1998

2 Gerald Karner: Zur Lage der Landesverteidigung und Sicherheitspolitik – Eine Bestandsaufnahme im Mai 2003 (Broschüre Nr. 69 der ÖGLS), Mai 2003

In der im Jahr 2001 beschlossenen neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin wird dann auch Klartext gesprochen: Österreich sei nicht mehr neutral, sondern lediglich bündnisfrei, was politisch ein großer Unterschied ist: Neutralität ist die Verpflichtung, sich prinzipiell an keinen Kriegen zu beteiligen, Bündnisfreiheit heißt lediglich, dass sich ein Staat frei entscheiden kann, ob militärisch mitmarschiert wird oder nicht.

Beteiligung an der EU-Interventionstruppe und den EU-Schlachtgruppen

Angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen Jugoslawien wurde bei den Europäischen Räten in Köln und Helsinki im Jahr 1999 eine eigenständige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – auch unabhängig von der NATO – geboren. Seither stand der Aufbau der EU-Interventionstruppe bis zum Jahr 2003 im Mittelpunkt: Eine 60.000 SoldatInnen starke EU-Armee für weltweite Kriegseinsätze, die innerhalb von 60 Tagen reagieren und für mindestens ein Jahr in einem Kriegseinsatz stehen kann. Insgesamt wurden von den EU-Mitgliedstaaten dafür bis jetzt rund 100.000 SoldatInnen, 400 Flugzeuge und 100 Kriegsschiffe zugesagt. Im November 2004 wurde zusätzlich die Bildung von 13 Battle-Groups der EU – zu deutsch bezeichnenderweise „Schlachtgruppen“ der EU – bis zum Jahr 2007 beschlossen. Die ersten sind bereits ab dem Jahr 2005 verfügbar. Eine EU-Schlachtgruppe ist ein Streitkräfte-Paket in Bataillons-Stärke – das sind ca. 1.500 SoldatInnen -, das sehr schnell und flexibel weltweit eingesetzt werden kann, und das, weil es alle für eine konkrete Militäroperation relevanten Waffengattungen in sich vereint, selbständig handlungsfähig ist. Es soll kürzere Operationen komplett selbständig durchführen können, bei längeren Operationen dient es als „Vorhut“, die später von der EU-Interventionstruppe abgelöst wird.

Bei mehreren sog. „Beitragskonferenzen“ hat Österreich bis jetzt Einheiten mit einer Entsendestärke von 1.500 SoldatInnen für die EU-Interventionstruppe, davon 200 für eine deutsch geführte EU-Schlachtgruppe, bis zum Jahr 2007 zugesagt. Es handelt sich dabei um vorläufige Beiträge, denn „Verteidigungs“mi-

nister Günther Platter (ÖVP) hat bereits verkündet, mittelfristig eine Rahmenbrigade von bis zu 3.500 SoldatInnen für EU-Kriegseinsätze im Ausland stellen zu wollen. Dafür werden derzeit österreichweit „Kräfte für internationale Operationen“ (KIOP) rekrutiert, die einen wesentlichen Kern der derzeit laufenden Bundesheer-Reform bilden. *„In der Zeit des Kalten Krieges war der primäre Zweck des Bundesheeres die Abhaltungswirkung, das heißt, es sollte gar nicht so weit kommen, dass das Bundesheer tatsächlich eingesetzt werden müsste. Heute hingegen entwickeln wir das Bundesheer immer mehr in Richtung einer Einsatzarmee weiter“*, meint dazu „Verteidigungs“minister Platter.³

Auslandseinsätze: Südosteuropa als österreichisches Interessengebiet

Schon jetzt haben mehrere Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres stattgefunden, die mit den klassischen UNO-Blauhelm-Einsätzen der Vergangenheit nichts mehr zu tun haben. Sie fanden bzw. finden unter Führung der NATO, der EU oder einer so genannten Lead-Nation statt; wenn diese durch einen Beschluss des UNO-Sicherheitsrates gedeckt sind, basieren sie auf Kapitel VII der UN-Charta, d. h. es handelt sich um Kampfeinsätze (Peace-Making, Peace-Enforcement). Bis Anfang der 1990er Jahre galten solche Einsätze als mit der österreichischen Neutralität nicht vereinbar. Aber auch hier wurde die Neutralität ausgehend von geänderten politischen Kräfteverhältnissen einfach uminterpretiert.

Besonders auffallend bei den Auslandseinsätzen des österreichischen Bundesheeres ist die Konzentration auf das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Platter betont auch immer wieder, dass Südosteuropa der Schwerpunkt für das Bundesheer schlechthin ist: *„Meine sicherheitspolitische Priorität liegt am Balkan. In Mazedonien, [...] im Kosovo und drittens in Bosnien-Herzegowina“*.⁴ Das Militär solle in den besetzten Gebieten *„für die Wirtschaft auch den Boden bereiten“*, verkündet er ungeniert, denn der Balkan sei

3 <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1172>, 1.9.2004

4 Der Standard, 10.9.2003

„wirtschaftlich ein für uns ganz interessanter Raum“.⁵ Schon jetzt befinden sich die größten Kontingente des österreichischen Bundesheeres im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina (knapp 1.000 SoldatInnen). Im Jahr 2003 haben in Mazedonien und im Kongo die ersten Militäroperationen unter Führung der EU stattgefunden, ein erster Probegalopp der EU-Interventionstruppe sozusagen, natürlich mit Beteiligung von österreichischen SoldatInnen. Im Dezember 2004 startete die dritte und bisher größte EU-Militäroperation EUFOR-ALTHEA in Bosnien-Herzegowina. Österreich hat deshalb wieder ca. 300 SoldatInnen in Bosnien-Herzegowina stationiert und wird im Dezember 2005 sogar die Kommando-führung der Task Force Nord in Tuzla übernehmen und für 1.650 SoldatInnen und 500 Zivilpersonen für ein Jahr zuständig sein. „Es ist das erste Mal, dass Österreich eine so große Mission übernimmt“, freut sich Platter.⁶ Bereits im Jahr 2002 war Österreich in Afghanistan mit dabei, erst vor kurzem ist ein österreichisches Bundesheer-Kontingent von ca. 100 SoldatInnen von Afghanistan wieder heimgekehrt.

Wachsendes Militärbudget

Diese neuen Ambitionen werden eine Erhöhung des österreichischen Militärbudgets mit sich bringen. Derzeit beträgt das offizielle jährliche Militärbudget in Österreich ca. 1,8 Milliarden Euro. In den letzten 13 Jahren ist es damit um knapp 25 % angestiegen – gemessen in absoluten Beträgen. Zusätzlich kommen dem Bundesheer die Erlöse aus den Verkäufen von Liegenschaften und Rüstungsgütern direkt zugute. Dem Budgetbericht 2005 ist zu entnehmen, wofür das zusätzliche Geld konkret verwendet werden soll: „Der Mehrbedarf wird für den Aufbau des – auch an die EU gemeldeten – Einsatzrahmens für Auslandseinsätze, für Investitionsausgaben zum Aufbau der Auslandskapazitäten [...] benötigt“.⁷ Es ist klar, dass das derzeitige Militärbudget in Zukunft nicht ausreichen wird. Die Bundesheer-Reformkommission hat empfoh-

5 ebd.

6 Kurier, 23.6.2005

7 Budgetbericht 2005, BMF, S. 15

len, das Militärbudget gemäß internationaler Standards schrittweise zu erhöhen. Im aktuellen Entwurf der Teilstrategie Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung wird die *„Notwendigkeit einer schrittweisen Anhebung des Verteidigungsbudgets auf EU-Standard“* betont. Und der ehemalige österreichische Verteidigungsminister Werner Fasslabend gibt der deutschen Militärzeitschrift *„Wehrtechnik“* zu Protokoll, dass sich das österreichische Militärbudget *„langsam aber sicher dem europäischen Durchschnitt annähern“* werde.⁸ Das würde weit mehr als eine Verdoppelung von derzeit 0,8 % des Bruttoinlandsproduktes auf knapp 2 % bedeuten! Laut *„News“* gehen vertrauliche Modellrechnungen des Verteidigungsministeriums davon aus, dass das Heeresbudget ab dem Jahr 2007 drastisch erhöht werden muss.⁹ Grund: Die fällig werdenden Raten für den Eurofighter und steigende Investitionsausgaben.

8 Wehrtechnik IV/2004

9 vgl. APA OTS, News, 1.6.2005

DAS FEHLEN DER ANDEREN

Ljubomir Bratic

Das Jubiläumsjahr und die Möglichkeit der Politik

„Gedenktage und Gedenkjahre sind symbolische Konstruktionen. Sie bezeugen die politische Herrschaft über die Zeit, die der Herrschaft über das Territorium entspricht.“

Thomas Macho

In einem Beziehungsgeflecht wie dem Jubiläumsjahr verschließen sich nicht nur viele Türen, sondern es öffnen sich auch manche. Ich will hier von der Potentialität solcher Risse schreiben. Es soll dabei im Folgenden nicht so sehr über Verfälschungen und dergleichen gehen. Auch deswegen nicht, weil dieser Text wie eine Reaktion dastehen und insofern einer vorgegebenen performativen Logik folgen würde. Räume wie das Jubiläumsjahr bieten immer auch Möglichkeiten für politische Interventionen. Dies hauptsächlich deshalb, weil die Aufmerksamkeit der Menschen fokussiert wird (und durch die Fokussierung natürlich auch zu kanalisieren versucht wird). Ich stelle mir nicht die Frage, ob es, sondern wie es möglich ist, verschiedene Inhalte in die Normalität¹ zu überführen. Meine Fragen zielen auf eine Analyse des Bestehenden und – umgekehrt davon ausgehend – an die Arbeit, an die Möglichkeit dieses Bestehende zu verändern. Das widerspiegelt klar meine eigene Position in der Gesellschaft. Und die ist jene des Migranten, der nach wie vor nicht wählen darf.

1 Die Normalität ist die Ebene, in der sich unser Alltag abspielt. Es ist die Ebene in unseren Gesellschaften, auf der eine der höchsten Machtkonzentrationen zu verzeichnen ist. Die Normalität zu begreifen ist insofern eine der zentralen Tätigkeiten bei der politischen und diskursiven Arbeit.

Im Folgenden werde ich zunächst allgemein auf das Gebilde des Nationalstaates in unserer Zeit eingehen. Damit verfolge ich das Ziel, das Jubiläumsjahr 2005, das sogenannte „Gedankenjahr“, zu kontextualisieren. Ein Aufzeigen der Bedeutung solchen Jubilierens gehört ebenso dazu wie die kurze Skizze, was für ein nationalstaatliches Gebilde „Österreich“ ist. Ich werde „Österreich“ als bestimmte Art von Beziehungsfläche auffassen, innerhalb dessen ein bestimmter, an das Territorium gebundener Nationalismus herrscht. An diese Analyse anknüpfend werde ich mich im letzten Teil dieses Textes an die Begriffe von Politik und politischer Betätigung herantasten, um skizzenhaft zu analysieren, wie sich diese im Rahmen vom Jubiläumsjahrs 2005 gezeigt haben.

Der Nationalstaat heute

Heutzutage verfügen viele Menschen, unter anderem durch die neuen globalen Kommunikationssysteme über einen Zugang zu sozialen Milieus, der früher für viele Individuen und Gruppen unmöglich war. Die Grenzen werden überwunden, und es eröffnet sich ein Zugang zu sozialen, politischen und kulturellen Erfahrungen, die früher nur für die von nationalstaatlichen Gebilden legitimierten AkteurInnen reserviert waren². Somit hört die Verbindung zwischen physischer Anwesenheit und einem geographisch strukturierten Raum auf, eine ausschließende Rolle zu spielen. Es entstehen neue Erfahrungen, neue Gemeinschaften und neue Bedeutungen. Bedeutungen unabhängig davon, ob die Individuen und Gruppen in einem direkten physischen Kontakt miteinander verbunden sind, unabhängig von den nationalstaatlich kontrollierten Maßnahmen der Regulierung der Bevölkerung. Somit trennt sich das politische Subjekt von der lange andauernden Bindung an Raum, Zeit und Tradition – symbolisiert vor allem durch Grenzen, innerhalb und außerhalb des Nationalstaates. Das Wichtigste dabei ist, dass diese Kommunikationssysteme unabhängig von einer nationalstaatlichen Kontrolle

2 Das soll keineswegs heißen, dass keine neue Grenzen gezogen werden. Es handelt sich eher um einen dialektischen Prozess.

agieren können. Womit sie auch nicht mehr einer direkten nationalstaatlichen Regulierung unterworfen sind. Ich strebe hier keine Verherrlichung der Kommunikationstechnologie an und will auch nicht behaupten, dass die national bedingten Konturen der Kulturen und der an den Nationalstaat gebundenen politischen Subjekte – StaatsbürgerInnen – verschwinden. Im positiven Sinne heißt es hier nur, dass eine zusätzliche Verbreitung von Identifikations- und Selbstverständnismöglichkeiten im Gange ist und im negativen, dass wir eine Transformation der Rolle des Nationalstaates vor allem in Richtung einer Verstärkung der Sicherheits- und Ordnungsdiskurse (bei gleichzeitiger Abgabe z.B. der Wirtschaftspolitik) erleben. Und diese neuen Möglichkeiten – die unter anderem auch eine weitere Diversifizierung des Blickes auf die Geschichte bedeuten – haben durchaus einen Einfluss auf die in unsere Zeit strukturierten politische Subjekte.

Jeder Versuch, den Einfluss dieser neuen Technologien innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen nationalistisch zu strukturieren, ist zum Scheitern verurteilt. Diese Technologien führen zu Veränderungen in den lokalen Subjekten und auch zur nicht mehr leicht kontrollierbaren Verbreitung der Organisationen und Gemeinschaften in einem weltweiten Beziehungsgeflecht. (Migration und MigrantInnen sind ein solches Beziehungsgeflecht.) Somit werden nationalstaatliche Institutionen geschwächt und transformiert, was nicht heißen soll, dass sie auch verschwinden.

Sicher erscheint mir das Verschwinden der unmittelbaren Kontrolle der Nationalstaaten und der ihr hörigen medialen Infrastruktur über den Prozess des Identitätsstiftung. Somit stehen wir heute an dem Punkt, wo sich der politische, soziale und kulturelle Raum der Nationalstaaten unter dem Einfluss diverser Mächte, auf die nationalstaatliche Institutionen im besten Fall nur sekundär Einfluss ausüben können, reorganisiert. Das ist der soziopolitische und historische Punkt, an dem das Jubiläumsjahr 2005 stattfand.

Was ist „Österreich“?

Es ist also festzustellen, dass es eine Entwicklung des Subjekts gibt, das sich im Jubiläumsjahr 2005 feierte. Dieses Subjekt heißt

übrigens nicht „Österreich“, denn dieser Begriff bezeichnet ein Ergebnis, einen labilen (ausverhandelten und auszuverhandelnden) Zustand, ein Effekt als Ergebnis eines Zustandes und nicht einen Körper. Insofern kann sich nicht dieser andauernde Prozess feiern, sondern die an diesem beteiligten, staatsmachtrelevanten institutionalisierten Kräfte, die im Jubilieren eine Chance erblickten, ihre Macht zu stabilisieren.

Sicher dabei ist die Tatsache, dass auch „Österreich“ nicht mehr in Form des Nationalstaates, wie andauernd behauptet wird, existiert. Die oben angeschnittenen weltweiten Entwicklungen haben sich auch hier eingenistet. Wer heute behauptet, dass wir im gleichen Staat wie vor dreißig Jahren leben, hat einiges an Entwicklungen verpasst. Der Beitritt zur EU hat eine zentrale Machtverschiebung mit sich gebracht, nämlich die durch Verfassungszusätze eingeführte Verschiebung der Entscheidungsebenen. Über einen Großteil der Gesetze entscheiden nicht mehr die durch Mehrheitsangehörige gewählten RepräsentantInnen im Parlament, sondern die BürokratInnen in Brüssel. Alle nationalen Parlamente in der Europäischen Union haben somit nur mehr die Rolle der Bestätigung der keineswegs demokratisch legitimierten europäischen Bürokratie. (Insofern ist es auch kein Zufall, dass auf der europäischen Ebene die Bürokratie kaum von sonst allgegenwärtigen finanziellen Kürzungen betroffen ist).

Der Nationalstaat „Österreich“ hat eine Umdefinierung seiner Institutionen erlebt, die ein Zurückkehren zum vorhergehenden nationalistischen Korporatismus nicht mehr vorstellbar macht. Das Jubilieren im Jahr 2005 hatte die Aufgabe, diese Umdefinierung fortzusetzen und auch dort Kontinuitäten zu schaffen, wo diese nicht selbstverständlich von der Bevölkerung angenommen werden. Anders gefragt: Was haben der Staatsvertrag aus dem Jahr 1955 und der Beitritt zur EU aus dem Jahr 1995 staatspolitisch gemeinsam? Eigentlich gar nichts! Es sind zwei konträre staatspolitische Akte. Der erste bedeutet eine Stärkung der Souveränität und der zweite ihren Verlust. Im Jubiläumsjahr werden sie aber zusammen gefeiert. Warum? Weil sie die neuen Dispositive der Macht darstellen. Eine Macht, die sich zunehmend jenseits des Nationalstaates entwickelt und

diesen nur noch als zusätzliches (lange aber nicht mehr exklusives) Sprungbrett benutzt.

Womit haben wir es in dieser Beziehungsfläche „Österreich“ zu tun, mit welchem Typus Nationalismus? Wenn wir der Auflistung von D. A. Smith³ (1998, 132) folgen und zwischen einem territorialen und einem ethnischen Nationalismus unterscheiden, dann können wir im Fall von Österreich eindeutig von einem beschränkten territorialen Nationalismus reden. Dieser knüpft am Konzept einer Nation an, die aus StaatsbürgerInnen besteht, die auf einem bestimmten Territorium leben. Dabei wird versucht, alle andere Gruppen und Ethnien, die sonst auf diesem Territorium leben, in ein übergreifendes Verwaltungskonzept einzubinden. Das Gegenteil von davon wäre zum Beispiel das Konzept von Nation aufgrund einer ethnischen Zugehörigkeit und Abstammungsgenealogie. Letzere ist im Rahmen des österreichischen Staates nach den rassistischen Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg unvorstellbar geworden. Dies obwohl diverse Überreste der Abstammungsgenealogie zu finden sind, z.B. im Staatsbürgerschaftsgesetz⁴, das nach wie vor auf dem Prinzip des *ius sanguinis*, „Blutrecht“ basiert. Der Begriff von Nation, der auf einer ethnischen Zugehörigkeit und Abstammungsgenealogie gegründet war, hat in der Idee der Zugehörigkeit zur deutschen Nation lange Zeit eine wichtige Rolle in Österreich gespielt. Dies führte unter anderem dazu, dass im Jahr 1938 die Massen Adolf Hitler am Heldenplatz in Wien bejubelten. In Österreich haben wir es mit einem territorialen Nationalismus zu tun, der mit der Zeit durch die Elemente des

3 In diesem Text zitiert nach der Belgrader Ausgabe.

4 Marlene Streeruwitz drückt diese Tatsache in ihrem Text „Gast. Fremd. Aus.“ folgendermaßen literarisch aus: „Österreich ist kein Land, in dem man oder frau sich integrieren kann. Österreich besteht aus Abstammung. Das Österreicher-Sein leitet sich von der Abstammung von Österreichern her. Von wenigstens einem österreichischen Elternteil. Österreicher-Sein wird so zum Schicksal. Ein Schicksal ist das, das sich vor das Menschsein schiebt. Ein Schicksal, das das Österreicher-Sein als Auswahl beschreibt.“

ökonomischen Protektionismus und Korporatismus⁵ bereichert wurde. Übrigens: die Propagierung des territorialen Nationalismus als Idee der „österreichischer Nation“ hinderte die StaatsverwalterInnen nicht, den Menschen, die während der NS-Zeit flüchten mussten, alle möglichen Hindernisse beim Rückkehrwunsch oder bei Entschädigungsansprüchen in den Weg zu legen. Den gleichen Menschen, die im Exil auch einiges für die Verbreitung der Idee der „österreichischen Nation“ als Gegenkonzept zur „deutsche Nation“ getan haben.

Die Symbole und Zeremonien jedweddes Nationalismus sind Flaggen, Hymnen, Paraden, Hauptstädte, Volkstrachten, Heimatmuseen, Kriegerdenkmäler, Andenken an die Angehörigen der Nation⁶, Pässe, Grenzen usw. Versteckter und dezenter Nationalismus findet sich in der Freizeit, im Sport, in der Beziehung zu der Natur, bei Volkshelden und Heldinnen, in der Raumplanung, bei Rechtsprozeduren, Bildungspraktika, im Militärkodex, in Kulturpraktika usw. Alle offiziellen Feierlichkeiten im Jahr 2005 standen in einem direkten Bezug zu diesen aufgelisteten Symbolen der Nation.

Wenn wir die Liste der Feierlichkeiten hernehmen und einzeln jeden einzelnen Punkt durchforschen, werden wir eines feststellen: Das Fehlen der Anderen. Auch hier auf der symbolischen

-
- 5 Den Korporatismus erwähne ich in diesem Zusammenhang insbesondere deswegen, weil es sich um eine für das Schicksal der Migrantinnen und Migranten wesentliche Bestimmungs- und Herrschaftsebene handelt. Über Jahrzehnte hinweg wurden die speziellen nur auf die MigrantInnen angewendeten rassistischen Regelungen in der außerparlamentarischen paritätischen Kommission zwischen Wirtschaftskammer und Wirtschaftsbund auf die einen Seite und auf der anderen Seite von Österreichischem Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer verhandelt.
- 6 Dies kann ein Andenken an nationale Berühmtheiten bedeuten, aber auch ein Andenken an den Einzelnen, für die Sache der Nation gefallenen Soldaten, sein. So z.B. beherbergt die Kirche am Mexikoplatz in Wien, dort wo 90 % der Menschen außerhalb der Kirche MigrantInnen sind, zwei Marmortafeln mit Namen der „Helden“ aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die Namen der Opfer dieser Helden, deren Nachfahren jetzt in der Leopoldstadt um die Kirche herum leben, spielen dabei keine Rolle.

Ebene wie sonst im gesellschaftlichen Alltag des Nationalstaates, gibt es sie nicht, die Anderen. Egal, ob sie autochton oder alochton, ob sie neue, alte oder sichtbare, ob sie geschlechtspezifische⁷ oder stigmatisierte Minderheiten sind, diese Subjekte sind gezwungen, ihren Platz im Rahmen der nationalstaatlich organisierten Gesellschaft zu erkämpfen. Die Selbstverständlichkeiten der Inszenierungen waren im Jubiläumsjahr 2005 für die Mehrheitsangehörigen reserviert. Und so konnte es vorkommen, dass die Geschichte der größten Gruppe der in Österreich lebenden MigrantInnen, derjenigen aus dem ehemaligen Jugoslawien, im Zuge der eigenen Revisionismusbestrebungen, verfälscht wurde. Die Ausstellung „Österreich ist frei“ auf der Schallaburg behauptete, dass eine Million der 1,700.000 Toten während des Zweiten Weltkriegs in Jugoslawien dem „Bruderkrieg“ zum Opfer fielen. Die Besatzer und damit auch eine halbe Million österreichische Soldaten als Teil des deutschen Heeres sind somit, im Subtext, nur für den Rest von 700.000 verantwortlich. Zahlenmäßig um einiges weniger als die „barbarischen balkanischen Völker“⁸. So wird das Bild der nationalsozialistischen Armee und deren Teilnehmer auf Kosten von MigrantInnen und ihrer Geschichte rein-gewaschen.

Jubilieren heißt eben vor allem lügen und betrügen. Gefei-ert werden nicht die Ereignisse, an die dabei vordergründig gedacht wird, sondern es geht vor allem um die Installierung einer neuen (oder die Bestärkung der alten) Form. Die Muster dabei sind ähnlich, die Interessen auch. Es geht vor allem um die Vergewisserung der eigenen Positionen bestimmter Gruppen. Diese Vergewisserung geschieht unter dem Vorwand, sich einer – oder, wie im Jahr 2005 im österreichischen Staat, ausgewählten Menge von

7 Eine Einschränkung erscheint mir hier notwendig. In Wien gab es im Jahr 2005 sowohl eine Ausstellung über Frauen der österreichischen Geschichte als auch eine über die Schwulen und Lesben. Beide Ausstellungen sind der Wiener Stadtregierung zu verdanken. Die Kräftekonstellation innerhalb des regierenden Blocks in Wien ist die, dass zur Zeit die SPÖ versuchen muss, den Grünen die Vorherrschaft über diese beiden Themen abzustreiten.

8 Mehr über die Ausstellung auf der Schallaburg siehe Bratic, 2005, 18-20.

Ereignissen zu erinnern – und vielleicht auch, um bestimmte Daten überhaupt zu „Ereignissen“ zu machen. Das hat mit der Identitätsstiftung und Legitimität dieser Gruppen zu tun. Somit sollte eines klar sein: Die Erinnerungsfeierlichkeiten und auch die „Gedenkjahre“ sagten vor allem etwas über die Situation heute und kaum etwas über ihren angeblichen historischen Gegenstand aus. Es handelte sich bei diesem Jubilieren nicht um ein kritisches, in die Zukunft gerichtetes Nachdenken, sondern allein um die Herstellung von Meinungen, um das Erwecken der Aufmerksamkeit. Einerseits also um die Stärkung der Position der heutigen autoritär-liberalen Regierung und andererseits um die Schaffung der allgemeinen diskursiven Bedingungen für neue Siege. Diejenigen, die auf eine Veränderung der sozialpolitischen Verhältnisse pochten, z.B. MigrantInnen, die als Rechtlose politische Rechte für sich fordern, gehören nicht in dieses Konzept und kommen folgerichtig auch in keiner der nationsbeschwörenden symbolträchtigen Inszenierungen vor.

Politik heute

Was heißt heute Politik und damit verbunden, was könnte in Jubiläumsjahr 2005 ein politische Projekt gewesen sein? Meines Erachtens, gestützt auf Ranciers (2002) Überlegungen, ist Politik ein Versuch der Anteillosen in unseren Gesellschaften, aus ihrer Situation auszubrechen, um ein Teil der anerkannten und zu Entscheidungen befugten gesellschaftlichen Gruppenebene zu werden, einen Teil, der als rationell und regierungsfähig betrachtet und nicht als emotional abgetan wird und insofern nur regiert werden kann. Die Regierung selber hat nichts mit der Politik zu tun, sie gehört der Ebene der Verwaltung an. Wenn aber Regierung und Verwaltung nicht zur Politik gehören, dann gehören auch diejenigen Strukturen nicht dazu, die sich an der Regierung in welcher Form auch immer beteiligen. Damit soll klar sein, dass es sich bei den Parteien, Interessensvertretungen, Kammern usw., kurz bei all denjenigen, die sich im Jubiläumsjahr feierten, um keine politischen Projekte handelt. Ihr Ziel ist es, die Verwaltung, an der sie sich beteiligen, möglichst oft in ihrem selbstherrlichen und selbstbestätigenden Sinne zu lenken. Das ist kein Vor-

wurf, es ist nur eine Feststellung. Diese Organisationen können zur Politik aufgerufen werden, sie selber betreiben aber Verwaltungstätigkeiten.

Das politische Projekt, diese spezifische Form von Organisation und organisatorischer Tätigkeit, entsteht aus einer Situation. Es entsteht aus dem, was in einer solchen Situation möglich ist zu tun und zu sagen. Das bedeutet, dass die politischen Urteile, Prozesse und Kämpfe existent sind. Sie fungieren aber nicht als Teil der Regierung. Insofern sind sie auch nicht Bestandteile der bestehenden Normierungstechniken. Diese politischen Subjektivierungen sind die heutzutage aktiven Fortsetzungen dessen, was einmal Klasse genannt wurde – die Fortsetzung und gleichzeitig die Überwindung.

Das Politische beginnt also dort, wo es Konflikte innerhalb bestimmter bestehender Prozesse, innerhalb der bestehenden Effekte und Effizienzen, auch innerhalb dessen, was Staat genannt wird gibt. Konflikte, die als Ziel die Erweiterung des Grundkonsens dieser Gebilde haben. Konflikte, die nicht mit Konfliktmanagement gelöst werden können. Eine antinationale Position in diesem Kontext anzunehmen, heißt keineswegs, den Staat zu negieren, sich jenseits dieser Gebilde zu stellen und dabei zu behaupten, an einer Politik gegen den Staat zu arbeiten⁹. Eine Verlassen des Rahmens Staat bedeutet auch eine Aufgabe des Kampfplatzes Staat und damit die Aufgabe des Interesses an einer für die Alltagsregulierung der Individuen relevanten Kampfebene. Der Staat und sein real existierendes Gesicht – der Nationalstaat – müssen wieder als Terrain des Kampfes anerkannt werden, als ein Raum, der Möglichkeiten für politische Interventionen anbietet. Diese Forderung impliziert nicht, dass die Vergesellschaftungsform des nationalen Kollektivs nicht bekämpft werden soll. Das bedeutete im Rahmen des Jubiläumjahres – was zum Teil auch passierte –, dass nationalistische oder an-

9 Diese Position bedeutet zweierlei: Erstens den Staat als ein reales Objekt (und nicht als Effekt) anzunehmen, ihm bestimmte essenzielle Züge (aus denen sich man / frau ausklinken können) zuzuschreiben und zweitens den Prozess Staat und die daraus resultierenden Kämpfe außer Acht zu lassen.

dere die Position der Mehrheit stärkende Auswüchse zu bekämpfen waren. Und, nebenbei gesagt, es impliziert bei weitem nicht die Beteiligung an den Mechanismen der sogenannten „parlamentarischen Demokratie“. Diese Art der Betätigung gehört als Teil der Verwaltung und Regierung nicht zur Politik. Insofern gehört „wählen zu gehen“ nicht zum Gruppenengagement und auch nicht zum Bereich der Politik, sondern allein zum individuellen Bereich. Das ist der Bereich, in dem die MeinungsforscherInnen ihre – der Gemeinheit teuer stehen kommende – Erfolge und öfter Misserfolge feiern können. Die heißt, dass die Forderungen im Rahmen des Nationalstaats gestellt werden und auch werden müssen. An wen soll sich sonst die Forderung nach Legalisierung derjenigen, die außerhalb aller gesetzlichen Regelungen stehen, richten, wenn nicht an jene Institutionen, die die Illegalisierung und diese Art von Ausschluss betreiben. An wen soll sich die Forderung nach Anerkennung des spezifischen Gehalts der Geschichte der MigrantInnen richten, wenn nicht an die Institutionen und Personen, die für die Produktion der Geschichte zuständig sind und dafür vom Gemeinwesen auch bezahlt werden. „Forderung“ bedeutet aber in einem politischen Kontext bei weitem nicht nur Appelle zu adressieren, sondern auch Arbeit an der Schaffung bestimmter Bedingungen, in denen die Institutionen anders als restriktiv agieren müssen. Der Staat und seine heutige Ausformung Nationalstaat befinden sich damit in einem politischen Feld. Hier wird ein Feld für politische Interventionen geboten. Nicht Rückzug, sondern Offensive war im Jahr 2005 im Hinblick auf die mittels Jubilierens stattfindende Umfunktionalisierung des Effektes Staat die einzige Antwort. Dabei war der Prozess des Einwirkens von zentraler Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist die Arbeit der Plattform¹⁰ „minus 2005“ zu erwähnen, die unter dem Motto „Das Vorsorge-Paket gegen ein Jahr Heimat-feiern!“ agiert. Die Plattform verstand und versteht sich als ein Zwischenstadium, etwas zwischen einem losen Netzwerk und einem Label. Durch diesen Zugang schaffte es die Plattform, viele sonst allein stehende Aktionen vieler Menschen zu

10 www.oesterreich-2005.at

bündeln. Entstanden ist ein beeindruckendes bundesweites Konglomerat von Veranstaltungen, Aktionen, Ausstellungen, Filmen, Texten, Publikationen usw., die allesamt nicht Österreich und auch kein „anderes Österreich“ zu symbolisieren versuchen, sondern ein eigenständiges Bild jenseits des nationalstaatlichen Gebildes zu entwickeln trachten.

Abschließend noch eins: Diese Ballung der Jubiläen hatte eine strategische Bedeutung, nämlich die grundsätzliche Entwertung des für den Staat Österreich ersten und wichtigsten Jubiläums des Jahres 1945 voranzutreiben. Die Idee war simpel: Der Staat, der gleichzeitig den eigenen Staatsvertrag und den Sieg über den Nationalsozialismus feiert, wird aus diskursiven Gründen dazu neigen, nur den Staatsvertrag und somit nur sich selbst zu feiern. Alles andere wäre in einer solchermaßen strukturierten Öffentlichkeit sekundär, auch wenn das Gegenteil beteuert wird. Diese strukturelle Zielgerichtetheit des Jubiläumsjahrs wurde sehr früh erkannt und durch gezielte Gegenaktionen entwertet. Demgegenüber wurde ein konsequent politisches Jubiläumsjahr gestellt, wo es hauptsächlich um den Sieg gegen die NS-Schergen ging und keineswegs um die zweite österreichische Republik. In diesem Punkt verflüchtigte sich die Bedeutung des Nationalen, und damit verbunden auch dessen performative Bestätigung. Von diesem Punkt ausgehend konnten viele Intellektuelle einen konsequenten Kampf gegen Antisemitismus, gegen Rassismus und für eine andere Welt führen. Dabei hatten alle anderen angeführten Jahreszahlen etwas mit dem Nationalismus, mit Eurozentrismus, mit Entmündigung, mit Ausschließungen und mit Beherrschung und Disziplinierung zu tun. Sie ergaben keinen Grund zu jubelieren, sondern nur einen, der zur ihrer Infragestellung führen kann. Die Plattform hat, indem sie sich auf den neutralen Punkt der Befreiung oder eben Besatzung konzentrierte, konsequent eine antinationale Position zu vertreten versucht. Somit ist auch ein Anknüpfungspunkt an die Kämpfe der MigrantInnen und anderer antinationaler politischer Subjekte erreicht worden. Die Zukunft wird zeigen, wohin sich diese entwickeln.

Literatur

- Bratic, Ljubomir: Die Ausstellung als Ort der Macht. „Österreich ist frei“ auf der Schallaburg. In: Kulturrisse, Nr. 82, 03/2005, S.18 – 20.
- Ranciere, Jacques (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt am Main.
- Sensenig, Eugene (1999): Reichsfremde, Staatsfremde und Drittausländer. Immigration und Einwanderungspolitik in Österreich. Studie für Ludwig Boltzmann Institut Salzburg.
- Smit, Antoni D.: Nacionalni identitet, Beograd, 1998, S.132. (Original: Anthony D. Smith: National Identity, London, 1991)
- Streeruwitz, Marlene: Gast. Fremd. Aus. In: Die Presse / Spectrum, 29.10.2005, S.V.

Eva Blimlinger

Das Gedankenjahr und wem gedankt und woran (nicht) gedacht wird

Rückstellungs- und Entschädigungsmaßnahmen für Opfer des Nationalsozialismus und Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg stehen und für Personengruppen getroffen wurden, die durch diese Maßnahmen gewissermaßen durch Zahlungen in politischer Absicht einen Opferstatus zugewiesen bekommen haben.

Die Internetseite <http://www.oesterreich2005.at/> informiert über das, wie es dort heißt, Jubiläumsjahr 2005 oder, wie es auch immer wieder genannt wird, über das *Gedankenjahr*. Zu lesen ist dort: „2005 erinnert sich Österreich einer Vielzahl von Ereignissen, die für die Entwicklung unseres Landes seit 1945 Weichen stellend waren. Die wichtigsten sind, 60 Jahre II. Republik, 60 Jahre ÖGB, 50 Jahre Staatsvertrag und Unabhängigkeit, 50 Jahre Mitglied der Vereinten Nationen und in der Folge Beitritt zum Europarat, 50 Jahre Bundesheer, 50 Jahre Wiedereröffnung des Burgtheaters, 50 Jahre Wiedereröffnung der Staatsoper, 50 Jahre Fernsehen, 10 Jahre Mitglied bei der Europäischen Union.“ Vermutlich ließe sich noch eine Vielzahl an anderen Ereignissen finden, die 40, 50, 60 oder wie viel Jahre auch immer zurückliegen. Jedenfalls sollte gefeiert werden, aber nicht zu viel, jedenfalls nachgedacht, vielleicht auch nicht zu viel. Eine Veranstaltung nach der anderen, eine Ausstellung da und dort, ein neuer Bildband, eine Fernsehdokumentation. Wie es gewesen ist, damals vor 60 Jahren, vor 50 Jahren, wie Österreich zu dem geworden ist, was es heute ist.

Jubiläen verweisen zunächst immer in die Vergangenheit, sei es ein bestimmter Tag, ein Jahrestag, an den erinnert werden soll, oder sei es eine bestimmte Entwicklung, die ihren Anfang genommen hat. Zwar werden in Festreden, Vorträgen, Symposien und anderen Veranstaltungen immer wieder Bezüge zur Gegenwart hergestellt, vor allem dann, wenn es gilt, positive Entwick-

lungen darzustellen, andererseits wird jedoch durch das Feiern eines Jubiläums gewissermaßen eine Ende, ein Abschluss suggeriert. Nur allzu oft war zu hören, dass nun der Blick in die Zukunft zu richten sei! Gänzlich aus dem Blick geriet dabei, dass die historischen Ereignisse, die hier befeiert wurden und werden, ihre Fortsetzung in der Gegenwart und in der Alltagsrealität haben. Dies wird jedoch vor allem in der öffentlichen Darstellung der Feierlichkeiten nahezu vollständig entkoppelt. Hier sind insbesondere solche gesetzliche Maßnahmen, die während des *Gedankenjahres* und solche, die bereits in den vergangenen Jahren beschlossen wurden und in unmittelbarem Zusammenhang mit Nationalsozialismus, Krieg und Nachkriegszeit stehen, gemeint. Das sind Rückstellungs- und Entschädigungsmaßnahmen für Opfer des Nationalsozialismus und Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg stehen und für Personengruppen getroffen wurden, die durch diese Maßnahmen gewissermaßen durch Zahlungen in politischer Absicht einen Opferstatus zugewiesen bekommen haben. Ich werde zeigen, dass die jeweils gesetzten Maßnahmen in einer Tradition der Entschädigungs- und Rückstellungsgesetzgebung für die Opfer des Nationalsozialismus stehen und werde darauf verweisen, welchen politischen Nutzen die Viktimisierung mancher Gruppen der österreichischen Bevölkerung hat.

Provenienzforschung und Kunstrückgabe

Zur Erinnerung: Begonnen hat die neuerliche Diskussion über Rückstellung und Entschädigung in Österreich mit der Beschlagnahme von Bildern von Egon Schiele. Am 24. Dezember 1997 wurde der Kunstsammler Rudolf Leopold in einem Artikel der „New York Times“ (NYT) beschuldigt, in seiner Sammlung Bilder mit „schwieriger Vergangenheit“ zu haben. Leopold bezeichnete die Vorwürfe in einer ersten Reaktion als „Lügen von A bis Z“. Die in der Ausstellung im Museum of Modern Art in New York gezeigten Bilder „Bildnis Wally“ und „Tote Stadt III“ wurden nach Ende der Ausstellung am 8. Jänner 1998 vom New Yorker Staatsanwalt Robert Morgenthau als „Diebsgut“ beschlagnahmt, nachdem Henry Bondi und Rita Reif als Erben der ur-

sprünglichen Besitzer für ihre Familien Ansprüche an die Bilder stellten. Leopold betonte, die Werke rechtmäßig erworben zu haben. Die Beschlagnahme dieser Bilder war der Ausgangspunkt einer umfassenden bis heute dauernden Diskussion, einerseits über „Arisierung“, Vermögensentzug und Raub während des Nationalsozialismus, andererseits über Entschädigung und Rückstellung nach 1945.¹ Diese aktuelle Diskussion blieb jedoch weitgehend aus den Jubiläumsveranstaltungen ausgeklammert und wurde nicht als Teil des *Gedankenjahres* begriffen.

Als Reaktion auf die Beschlagnahme der Bilder und als erste gesetzliche Maßnahme in diesem Zusammenhang beschloss der Nationalrat im Herbst 1998² das Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen. Am 20. Jänner 1999 trat zum ersten Mal der im Gesetz vorgesehene Rückgabebeirat zusammen, der über die Rückgabe auf Grund des Gesetzes zu entscheiden hat. Die Stiftung Leopold ist nicht durch das Gesetz erfasst und eine Provenienzforschung findet dort bis heute auch nur schleppend statt.

Zur Auffindung etwaiger Kunstgegenstände, aber auch Bücher im Eigentum des Bundes wurde eine Provenienzforschungskommission beim Bundesdenkmalamt eingerichtet. Deren Ergebnisse werden dem im Bildungsministerium eingerichteten Kunstrückgabebeirat³ übermittelt, der dem zuständigen Bundesminis-

-
- 1 Das am 8. Jänner 1998 beschlagnahmte Bildnis Wally ist nach wie vor Gegenstand eines Rechtsstreites. Das Gemälde wurde nach der Beschlagnahme zunächst im Depot des MoMA aufbewahrt, übersiedelte aber im Zug der Renovierung der MoMA-Räumlichkeiten im Sommer 2002 in ein privates Kunstlager. Wie lange es dort noch sein wird ist nicht abzusehen.
 - 2 BGBl I 1998/181.
 - 3 Mittlerweile wurden insgesamt 5 Restitutionsberichte dem Parlament vorgelegt: <http://www.bmbwk.gv.at/> Button Kultur, Button Titelinde, Button Restitutionsberichte. Der letzte Bericht ist allerdings aus dem Jahr 2002/2003. Eine Verzögerung ist unter anderem deswegen eingetreten, weil der Leiter der Provenienzforschungskommission Univ. Prof. Dr. Ernst Bacher verstorben ist. Mit der Nachbesetzung ließ sich die dafür zuständige Bundesministerin Elisabeth Gehrer Zeit und verzögerte dadurch die weitere Arbeit der Kommission.

ter gegebenenfalls eine Rückgabe an festgestellte „Berechtigte“ empfiehlt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Herausgabe eines Kunstgegenstandes, ein Verwaltungsverfahren nach dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz findet nicht statt.⁴ Die so genannten „Berechtigten“ haben keine Rechte: keine Parteistellung, keine Mitwirkungsrechte und somit keine Möglichkeit, ihre Stellungnahme im Rahmen des Kunstrückgabebeirat abzugeben. Wozu diese mangelhafte Ausgestaltung des Gesetzes führen kann, zeigt die zunächst in Österreich, schließlich in den USA eingebrachte Klage von Maria Altmann gegen die Republik Österreich. Im Juni 2004 hat überraschenderweise das Oberste Gericht der USA diese Klage gegen die Republik Österreich um die Herausgabe von sechs Bildern Gustav Klimts zugelassen. Mittlerweile haben sich die Republik Österreich und Maria Altmann, vertreten durch Randol Schoenberg darauf geeinigt, die Entscheidung einem dreiköpfigen Schiedsgericht in Österreich zu überlassen. Eine Entscheidung wurde zunächst bis 1. November 2005 angestrebt. Es ist jedoch nicht mit einem Schiedsspruch vor Ende des Jahres zu rechnen.⁵ Im Gedankenjahr kann Maria Altmann also nicht mit einer Entscheidung rechnen.

ZwangsarbeiterInnenentschädigung – Versöhnungsfonds

Nach Einbringung von Klagen gegen österreichische Banken und Unternehmen betreffend Vermögensentzug und Zwangsarbeit, sowie auf Grund der Anregung des Präsidenten der IKG

-
- 4 Vgl. dazu auch Reinhard Binder-Kriegelstein: Restitution und Entschädigung in Vergangenheit und Gegenwart. In: David Nr. 52/2002 und Eva Blimlinger: Und wenn sie nicht gestorben sind.... Die Republik Österreich, die Rückstellung und die Entschädigung, in: Verena Pawlowsky, Harald Wendelin (Hg.): Die Republik und das NS-Erbe. Raub und Rückgabe-Österreich von 1938 bis heute. Wien 2005, S. 186-206.
 - 5 Siehe dazu <http://www.adele.at/>, weiterführend: Rudolf Welser, Christian Rabl: Der Fall Klimt. Die rechtliche Problematik der Klimt-Bilder im Belvedere, Wien 2005. Heinz Krejci: Der Klimt-Streit, Wien 2005.

wurde mit Ministerrats-Beschluss vom 1. Oktober 1998 die Historikerkommission⁶ eingesetzt, die das Mandat hatte, den Vermögensentzug auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit sowie Rückstellungen bzw. Entschädigungen (sowie wirtschaftliche und soziale Leistungen) der Republik Österreich ab 1945 zu erforschen und darüber zu berichten.

Im Februar 2000 übergab die Historikerkommission die Zwischenberichte zur Schätzung der überlebenden Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die auf dem Gebiet der Republik Österreich zwischen 1939 und 1945 tätig waren, an die Auftraggeber.⁷ Die Vorlage fand während des Übergangs zur Koalitionsregierung ÖVP und FPÖ statt. Am 15. Februar 2000, also nur 11 Tage nach seiner Ernennung zum Bundeskanzler und dem Beschluss der EU, Sanktionen gegenüber Österreich zu verhängen, präsentierte Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer die ehemalige Nationalratspräsidentin Maria Schaumayer als Regierungsbeauftragte für die Entschädigung von Zwangsarbeitern. Im Koalitionsübereinkommen und im daraus folgenden Regierungsprogramm war zu lesen, dass eine Entschädigung von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und Vertriebenen angestrebt wird. Unter Vertriebenen wurden selbstverständlich nicht die aus Österreich vertriebenen Juden und Jüdinnen oder andere während des Nationalsozialismus verfolgte Gruppen verstanden, sondern die aus der Tschechoslowakei vertriebenen Volksdeutschen.

6 Siehe dazu auch Eva Blimlinger: Die Historikerkommission. Forschungen und Diskussion zu „Arisierung, Rückstellung und Entschädigung“, in: Die Mühen der Erinnerung. Nachhaltiges Lernen durch Aufarbeiten der „dunklen Vergangenheit“, schulheft Nr. 106/2002, Bd. 2, S. 40-52.

7 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945. Mit Beiträgen von Mark Spoerer, Florian Freund, Bertrand Perz. Zwangsarbeit auf dem Gebiet der Republik Österreich 2 (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich) Bd. 26/1 Wien und München 2004.

Nach Verhandlungen mit den USA und den Opferanwälten trat am 1. Dezember 2000 das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit“ durch Bundesgesetz zur Errichtung des Versöhnungsfonds⁸ in Kraft. Die Rechtssicherheit – also alle anhängigen Sammelklagen mussten entweder zurückgezogen oder eingestellt sein – war relativ rasch gegeben und es konnte somit der symbolische Betrag an die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen ausgezahlt werden.

Kriegsgefangenenentschädigung

Am 1. Jänner 2001, also einen Monat nach Beschlussfassung über den Versöhnungsfonds wurde das so genannte Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz⁹ im Parlament beschlossen, gewissermaßen, so lässt sich durchaus sagen, als Gegenleistung dafür, dass die FPÖ der Zwangsarbeiterregelung zugestimmt hat. Im Gegensatz zu den Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen wurden Kriegsgefangene, sofern sie so genannte Spätheimkehrer waren, also nach 1949 nach Österreich zurückkehrten, bereits 1958 durch eine finanzielle Hilfeleistung unterstützt.¹⁰

Nationalfonds und Allgemeiner Entschädigungsfonds

Wenige Monate nach Einsetzung von Schaumayer als Regierungsbeauftragte wurde der mittlerweile verstorbene Ernst Sucharipa am 19. Mai 2000 als Sonderbotschafter „spezial envoy“ – also nicht als Regierungsbeauftragter – von der Bundesregierung eingesetzt, um mit den USA über die Rückgabe von arisiertem Vermögen zu verhandeln. Am 29. September übergab die Historikerkommission ihren Bericht über arisierte und nie-

8 BGBl I 2000/74, das Gesetz trat am 27. November 2000 in Kraft.

9 Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (Budgetbegleitgesetz 2001) BGBl. I Nr. 142/2000 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 40/2002.

10 Finanzielle Hilfeleistung an Spätheimkehrer BGBl.Nr. 128/1958.

mals rückgestellte oder entschädigte Mietwohnungen,¹¹ und am 17. Jänner 2001 wurde nach langwierigen Verhandlungen das Washingtoner Abkommen unterzeichnet. Dies hatte zur Folge, dass erstens durch den Nationalfonds die niemals rückgestellten und entschädigten Mietrechte durch eine Einmalzahlung von US-Dollar 7.000 an Überlebende entschädigt wurden, dass zweitens das Opferfürsorgegesetz dahin gehend novelliert wurde, dass auch ausländische Staatsbürger, die während des Nationalsozialismus verfolgt wurden, Anspruch auf Pflegegeld erhielten, und dass drittens der Allgemeine Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus gegründet wurde.

Der Allgemeine Entschädigungsfonds, eingerichtet durch das Entschädigungsfondsgesetz¹² ist mit 210 Millionen¹³ US-Dollar dotiert. Nicht zuletzt haben die Erkenntnisse der Historikerkommission klargestellt, dass den Opfern des Nationalsozialismus gewisse Schäden und Verluste nie oder nur unzulänglich entschädigt wurden. Im so genannten Forderungsverfahren konnten beim Antragskomitee des Entschädigungsfonds Entschädigungen für Vermögensverluste aus Immobilien, Bankkonten, Aktien, Schuldverschreibungen, Hypotheken, sonstigen Mobilien, also auch Kunstwerke, Versicherungspolizzen usw. beantragt werden. Im Billigkeitsverfahren konnten Anträge für berufs- und ausbildungsbezogene Verluste geltend gemacht werden. Voraussetzung für die Antragstellung war, dass die Forderung niemals zuvor durch österreichische Gerichte oder Verwaltungsbehörden endgültig entschieden oder einvernehmlich geregelt worden war

11 Siehe dazu: „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien. Mit Beiträgen von Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger und Susanne Kowarc. (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich) Bd. 14 Wien und München 2004.

12 Bundesgesetz über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes, BGBl I 2001/12.

13 Kursschwankung zwischen Dollar und EUR oder anderen Währungen bleiben unberücksichtigt.

oder dass eine derartige Entscheidung eine extreme Ungerechtigkeit¹⁴ dargestellt hatte.

Im zweiten Teil des Entschädigungsfondsgesetzes wurde eine Naturalrestitution für Liegenschaften geregelt, die am Stichtag, dem 17. Jänner 2001, ausschließlich, direkt oder indirekt im Eigentum des Bundes waren und die zwischen 1938 und 1945 entzogen worden waren.¹⁵ Darüber hinaus sieht das Entschädigungsfondsgesetz auch vor, dass jüdische Gemeinschaftsorganisationen Anträge auf bewegliche körperliche Sachen, insbesondere kulturelle oder religiöse Gegenstände, stellen können. Für die Entscheidung über Anträge dieser Art wurde eine Schiedsinstanz eingerichtet.¹⁶

Vertriebenenfonds – Volksdeutsche Landsmannschaften

„Seit dem Jahr 2001 bestand die grundsätzliche Absicht des Bundesministers für Finanzen und der Landeshauptmänner, einen

14 Vgl. dazu Georg Graf: „Arisierung“ und Restitution, Juristische Blätter 2001, S. 746ff.

15 Basis der Recherche der Liegenschaften des Bundes ist die im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich von Edith Leisch-Prost, Verena Pawlowsky und Harald Wendelin erstellte In-Rem Dokumentation. Dokumentation aller am 17. Juni 2001 (Stichtag der Grundbuchabfrage) im Eigentum der Republik Österreich befindlichen Liegenschaften. (Datenbank und Aktendokumentation) hinsichtlich der Frage, ob sie zwischen dem 12. März 1938 und dem 9. Mai 1945 ihren ursprünglichen Eigentümern und Eigentümerinnen entzogen wurden bzw. nach 1945 Gegenstand von Restitutionsanträgen oder -verfahren waren. Für die Gemeinde Wien: In-Rem-Dokumentation. Dokumentation aller am 13. März 2002 im Eigentum der Gemeinde Wien befindlichen Liegenschaften hinsichtlich der Frage, ob sie zwischen dem 12. März 1938 und dem 9. Mai 1945 ihren ursprünglichen Eigentümern und Eigentümerinnen entzogen wurden bzw. nach 1945 Gegenstand von Restitutionsanträgen oder -verfahren waren.

16 Die Naturalrestitution ist nur für den Bundesbereich gültig. Es wurde jedoch im Entschädigungsfonds die Möglichkeit eines „opting-in“ für Länder und Gemeinden eröffnet. Außer dem Land Tirol haben alle anderen Länder, somit auch Wien, dieses „opting-in“ wahrgenommen.

Vertriebenenfonds durch den Bund mit 55 Millionen ATS und durch die Bundesländer mit 45 Millionen ATS zu dotieren“,¹⁷ ist in den Erläuterungen zum Bundesgesetz zur Gewährung einer Bundeszuwendung an den Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs zu lesen. Dem Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) wurde zum Zwecke der Vertretung der Interessen der deutschsprachigen Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere für den Betrieb des Begegnungszentrums Haus der Heimat, aus Bundesmitteln im Jahre 2002 ein einmaliger Betrag von 4 Millionen Euro überwiesen. Dazu kamen noch einmal rund 3,3 Millionen Euro von den Ländern, also insgesamt rund 7,3 Millionen Euro, die in eine Stiftung eingeflossen sind. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang, dass dem Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreich bereits im Jahre 1997 für die Errichtung des „Hauses der Heimat“ eine Subvention in der Höhe von 10 Millionen ATS (726.728.34 Euro) auf 4 Jahresraten in Aussicht gestellt wurde. Die letzte Rate wurde im Jahr 2002 ausbezahlt.

Befreiungs-Erinnerungszuwendung und Deserteure der Wehrmacht

In diesem Jahr, also 2005, sind mehrere gesetzliche Materien zu erwähnen, die im Zusammenhang mit Nationalsozialismus, Krieg und Nachkriegszeit stehen. Da ist zunächst das so genannte Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Anerkennung der Leistungen im österreichischen Widerstand sowie zur abschließenden Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsakte erlassen wurde. Es ist jenes Gesetz, in dem die Urteile gegen Deserteure der Wehrmacht aufgehoben werden. Wohlgermerkt: der Begriff „Wehrmachtsdeserteure“ kommt im Gesetz nicht vor, wiewohl dieser mehrfach durch die Oppositionsparteien hinein zu reklamieren versucht wurde. Dann, verpackt im Anerkennungsgesetz, das so genannte Gesetz über die Befreiungs-Erinnerungszuwendung. Aus Anlass des 60. Jahrestages der Be-

17 http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXI/A/A_00752/FNAMEORIG_000000.HTML# (Stand 8. November 2005)

freierung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde eine einmalige Zuwendung (die so genannte Befreiungs-Erinnerungszuwendung) für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung sowie deren Hinterbliebenen geschaffen. Ebenfalls darin verpackt, die Novellierung des Opferfürsorgegesetzes, wodurch Wehrmachtsdeserteure im Bereich der Opferfürsorge antragsberechtigt sind.

Trümmermütter

Am 12. Mai 2005 brachten die Abgeordneten Herbert Haupt (BZÖ/FPÖ) und Walter Tancsits (ÖVP) folgenden Entschließungsantrag im Parlament ein: „Die Leistungen von Frauen beim Wiederaufbau der Republik Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg sollten durch eine einmalige Zuwendung besonders gewürdigt werden. Durch diese Geste würde eine besondere Anerkennung der Leistungen jener Frauen, die in den ersten Nachkriegsjahren unter besonders schwierigen Bedingungen Kinder erzogen und am Wiederaufbau der Republik mitgewirkt haben, erfolgen.“ Bis 1. Juli 2005 sollte dem Nationalrat eine diesbezügliche Regierungsvorlage präsentiert werden, was dann auch geschah. Beschlossen wurde dann ein Bundesgesetz, mit dem eine einmalige Zuwendung für „Mütter“ als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich¹⁸ geschaffen wurde, das mit 11. August 2005 in Kraft getreten ist.

Mit den Müttern, die nun eine „Anerkennung“ bekommen sollen, sind auch jene gemeint, die durch Volksgerichte verurteilt wurden, weil sie sich missbräuchlich bereichert haben, zum Beispiel die Wohnung des Nachbarn arisiert hatten, weil sie Juden und Jüdinnen oder politisch anders Denkende denunziert haben, weil sie illegale Nationalsozialistinnen waren. Es sind auch jene Mütter, die während 1938 und 1945 mit dem Mutterkreuz, für ihren Einsatz von „Leib und Leben“ bei der Geburt und der Erziehung der vielen „arischen“ und „erbgesunden“ Kinder ausge-

18 Schaffung einer einmaligen Zuwendung für Frauen für ihre besonderen Leistungen, BGBl. I Nr. 89/2005.

zeichnet wurden, ob sie wollten oder nicht. Jene Mütter, die unter besonders schwierigen Bedingungen Kinder erzogen haben, weil sie nach dem März 1938 vertrieben wurden und die nach 1945 niemand einlud, nach Österreich zurückzukommen, zählen nicht zu den Begünstigten.

Entschädigungen und Anerkennungsleistungen 2005

Im stenographischen Protokoll der 116. Sitzung in der XXII Gesetzgebungsperiode vom 7. Juli 2005 ist zu lesen: „Weiters lehnt die Opposition [also SPÖ und die Grünen, Anm. der Verfasserin] die Vorgehensweise, dass augenscheinlich als Voraussetzungen für das Anerkennungsgesetz die gleichzeitige Erlassung eines Bundesgesetzes, mit dem eine einmalige Zuwendung für Frauen als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich geschaffen wird, sowie des Bundesgesetzes, mit dem das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, das Kriegsopferversorgungsgesetz und das Heeresversorgungsgesetz geändert wurden, in den jeweiligen Ausschüssen beschlossen wurde, strikt ab. Die Zusammenwürfelung verschiedener Opfergruppen in einem „NS-Paket“ entspricht 60 Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus keiner adäquaten politischen Vergangenheitsbewältigung.“¹⁹ Wenn also, wie durch die Novelle des Opferfürsorgegesetz geschehen, Homosexuelle, „Asoziale“ und Wehrmachtsdeserteure endlich als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt werden, dann geht das nur, wenn auch die „Trümmermütter“ gewürdigt werden.

Diese zuletzt durch das Parlament gewählte Vorgangsweise bildete aus meiner Sicht im Gedankenjahr 2005 den Höhepunkt der Nivellierung und/oder Gleichsetzung von Opfergruppen, wie es in Österreich seit 1945 der Fall ist. Es gibt in der österreichischen Politik keine Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus, ohne dass nicht irgendeine andere Personengruppe den

19 Nationalrat, XXII, Gesetzgebungsperiode, Stenographisches Protokoll, 116. Sitzung, S. 147f. http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXII/NRSITZ/NRSITZ_00116/FNAMEORIG_048540.HTML# (Stand 8. November 2005)

Opferstatus durch finanzielle Zuwendungen oder gar Entschädigungen verliehen bekommt, seien es die erwähnten Spätheimkehrer, die 1958 bedient wurden, oder die erwähnten Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die 2001 im Gegenzug zu den Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen entschädigt wurden. Sei es das Besatzungsschädengesetz aus dem Jahr 1958 oder das Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz durch das die Opfer zwischen 1934 und 1938, die Kriegsoffer und die Opfer des Nationalsozialismus gleichermaßen entschädigt wurden. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Wenn die Republik Österreich sich selbst, also als Staat, als erstes Opfer des Nationalsozialismus sieht, so musste konsequenterweise dieser Opfermythos Schritt für Schritt personalisiert und die österreichische Gesellschaft gruppenweise viktimisiert werden. Während in den 80er Jahren durchaus ein Paradigmenwechsel in Bezug auf die Opferthese zu konstatieren ist²⁰, kann das für die Übertragung auf einzelne Gruppen sicherlich nicht festgestellt werden.

Resümee

Die Zahlungen an zirka 140.000 ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sind abgeschlossen, und im Nationalrat wurde beschlossen, mit den Restgeldern einen so genannten Zukunftsfonds, dotiert mit 20 Millionen Euro, und eine so genannte Stipendienstiftung, dotiert mit 25 Millionen Euro, zu errichten. Der Zukunftsfonds ist so konstruiert, dass das Kuratorium aus Personen besteht, die jeweils vom Bundeskanzler und der Außenministerin entsendet werden. Es lässt sich also getrost von ei-

20 Siehe zu Vermögensentzug, Rückstellung und Entschädigung allgemein: Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz, Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer, Alice Teichova: Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich) Bd. 1 Wien und München 2003.

nem Schlüssel-Plassnik-Fonds sprechen. Der Bundesrat legte gegen das Gesetz ein Veto ein. Mittlerweile wurde das Gesetz beschlossen.

Die Kriegsgefangenen und die Zivilinternierten kamen bereits in den Genuss der Zahlung, die Trümmermütter konnten bereits einreichen und bis Mitte Dezember 2005 wurden bereits rund 24.000 Zahlungen geleistet. Die volksdeutschen Landsmannschaften haben ihre Heimat im Haus gefunden. Auch die Entschädigung für arisierte Mietwohnungen wurde bereits ausbezahlt.

Die einzigen, die immer noch auf Entschädigung warten, sind jene, die beim Entschädigungsfonds bis 28. Mai 2003 ihre Anträge eingebracht haben – die Opfer des Nationalsozialismus. Die 19.359 Anträge werden schleppend bearbeitet, rund 6.000 sind noch nicht einmal erfasst, rund 7.000 sind erfasst, aber noch nicht entschieden. Gott sei Dank gab es aus Sicht der Bundesregierung das Junktim Rechtsicherheit. Rechtssicherheit meint in diesem Zusammenhang die Zurückziehung bzw. Abweisung der in den USA gegen Österreich bzw. österreichische Betriebe bis zum 17. Jänner 2001 eingebrachten Sammelklagen. Eine dieser Klagen, die so genannte Whiteman Klage war bis Ende November aufrecht. Die Kläger haben sukzessive zurückgezogen, und so konnte die Bundesregierung am 14. Dezember 2005 Rechtssicherheit beschließen und im Bundesgesetzblatt verkünden. Damit ist der Weg frei für Vorauszahlungen. Vorausgezahlt wird in den nächsten Monaten aber höchstens an ein paar hundert Antragsteller und das nur, wenn die Antragsteller keinen Einspruch gegen die Entscheidung erheben, und das nur, wenn die Antragsteller eine Verzichtserklärung unterschreiben. Sie werden nur einen Bruchteil von dem bekommen, was als Forderungen berechnet wurde. Die Gesamthöhe der Forderungen dürften, folgt man zwei voneinander unabhängig erstellten Hochrechnungen, jedenfalls mehr als 1,3 Milliarden Dollar (1,08 Milliarden Euro) betragen. Insgesamt ist der Entschädigungsfonds jedoch nur mit 210 Millionen US-Dollar dotiert und in diesem Betrag sind auch die Verwaltungskosten inkludiert. Wie hoch diese sein werden, weiß derzeit niemand. Alle Beteiligten wollen seit nunmehr fast fünf Jahren, dass es rasch geht, alle meinen es gut, doch das ist be-

kanntlich das Gegenteil von gut. Und die meisten Überlebenden des Holocausts werden die Auszahlung nicht mehr erleben. Für sie ist das Gedankenjahr wieder eines, in dem weiter ... die Sache in die Länge gezogen wird.

Peter Gstettner

Erinnern oder jublieren? Kärntens Befreiung 1945/2005.¹

Erleichterung und Zufriedenheit mit dem Fortschritt in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit signalisierte Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, der das „Gedankenjahr 2005“ ausrief und zur Eröffnung der Tagung „Widerstand in Österreich 1938 – 1945“ am 19. Jänner 2005 in Wien sagte: „Viele Dinge werden heute endlich ausgesprochen und auch offen diskutiert: auch die Schuldfrage in den verschiedenen Institutionen, die nachfolgende Verdrängung auch nach 1945. All dies ist heute, Gott sei Dank, gut aufgearbeitet, wissenschaftlich dokumentiert und das wird sicherlich noch weitergehen“.²

Die Beschäftigung mit dem „Gedankenjahr“ lenkte den Blick wieder verstärkt auf die NS-Vergangenheit und auf die Erinnerung an diese „dunkle Zeit“. Wenn wir von Erinnerung sprechen, dann meinen wir „Aufarbeitung“ als einen aktiven Prozess der Rekonstruktion von Vergangenheit, einen Prozess, den „gedächtnispolitische Akteure“ initiieren, steuern und gestalten.

Erinnerung geschieht also nicht von selbst, sondern will gestaltet werden, will erkämpft sein. Erinnerung muss gegen die politische Macht des Verschweigens, Verdrängens und Verleugerns von Vergangenheit geführt werden. Es ist dies ein ständiger Kampf um die Bedeutung der Vergangenheit und um die Frage ihrer Überlieferung. Die Ereignisse der Vergangenheit können durch Geschichtsschreibung, durch öffentliche Gedenkrituale, durch Denkmalsetzungen, durch Gedenktage und durch mehr

-
- 1 Einleitende Bemerkung, wie dieser Titel auch verstanden werden darf: Kärnten war (1945) und ist immer noch (2005) „befreit“ – vom belastenden Unterrichtsgegenstand „Erinnerungskultur“. Das neue Fach heißt „Eventkultur“ und ist „zukunftsorientiert“, weil es allenfalls das Kurzzeitgedächtnis beansprucht.
 - 2 Zit. nach der Homepage www.oesterreich2005.at, abgerufen am 28.10.2005

oder weniger gewichtige Aktionen diverser Traditionsträgervereine, wie z. B. Kameradschaftsbund und Heimkehrerverband, überliefert werden.

Der prominente Schriftsteller und ehemalige Buchenwald Häftling Jorge Semprun sagte bei der Loibl-KZ-Gedenkveranstaltung im Juni 2000: „Der Kampf des Menschen gegen das Vergessen ist ein Kampf gegen die Macht, es ist der Kampf der Erinnerung gegen die gesellschaftlichen Mächte, die uns das Vergessen und Verdrängen auferlegen.“³

Nirgends erleben wir diesen Kampf Jahr für Jahr hautnaher und ausgeprägter als im Bundesland Kärnten, wo der jeweilige Landeshauptmann die Rolle des gedächtnispolitischen Akteurs Nr. 1 einnimmt. Die Kampflinien, die die herrschenden Akteure gezogen haben, verlaufen in Kärnten traditionsgemäß zwischen deutschnationaler, NS-affirmativer Geschichtsschreibung (auf der einen Seite) und der marginalisierten Erinnerung einer Minderheit an den antifaschistischen Widerstand (auf der anderen Seite).

Ein nachhaltiger Blick auf die verborgenen, verdeckten und weitgehend verdrängten Geschichtsspuren der heimischen NS-Zeit und die zwangsläufig daran anknüpfenden Gedanken machen klar: Eine langjährige „Politik mit der Erinnerung“ hat es in diesem Land möglich gemacht, dass der Bevölkerung immer nur gewisse Teile ihrer „ganzen Geschichte“ ins Bewusstsein gelangt sind. Gut aufgearbeitet und offen diskutiert sind auch diese historischen Versatzstücke keineswegs.

Zerstückelt und vernebelt ist in Kärnten insbesondere die Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen. Dies führte dazu, dass der Erinnerung an die Täter zwar breiter Raum gegeben wurde, ihren Tatorten aber kein Geruch des Grauens mehr anhaftet. Als Beispiel dafür dient das ehemalige KZ auf der österreichischen Seite des Loiblpasses: Wie sich in diesem Jahr wiederum jeder/jede BesucherIn durch eigene Anschauung bei der jährlichen Gedenkveranstaltung überzeugen konnte, sind die Spuren des Holocaust in Kärnten überaus schwierig auszumachen, da sie zuge-

3 Zit. nach der vervielf. Dokumentation „Gedenkveranstaltung 2000 beim Loibl KZ Nord“, zusammengestellt von Peter Gstettner

wachsen oder verschüttet sind. Beseitigt sind alle Anzeichen eines „Zivilisationsbruches“, wie er durch die gezielte Entmenschlichung in den Nazi-Konzentrationslagern geplant und realisiert wurde. Entsprechend planiert und pervertiert ist auch das öffentliche Bewusstsein, wenn es um die Nazi-Opfer bzw. Nazi-Täter geht. Auch dafür gibt es Beispiele: Der Kärntner „freiheitliche“ / BZÖ Ex-Bundesrat Siegfried Kampl, der immer noch das Bürgermeisteramt von Gurk innehat, hielt mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg, dass Wehrmachtsdeserteure „Kameradenmörder“ gewesen seien und dass nach 1945 eine „brutale Naziverfolgung“ stattgefunden hätte.

Der politischen Empörung über diese Aussagen konnten sich nicht alle Politiker anschließen. Der ehemalige Kärntner SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Rudolf Gallob, ein maßgeblicher Funktionär des Kameradschaftsbundes, meinte jedenfalls, Kampl würde in Kärnten auf viel Zustimmung stoßen, etwa bei jenen, „die mit Partisanen allerhand erlebt haben; wenn man zum Beispiel weiß, dass Kärntner Partisanen auf Kärntner Soldaten geschossen haben“.⁴

Der Klagenfurter Ex-ÖVP Bürgermeister Leopold Guggenberger wiederum sorgte sich in einer Glosse des Gratisblattes „Kärntner Woche“ (1.-7. Juni 2005) darüber, dass es von „Links wieder krabbeln“ würde, wo doch schon 1938 – ein Verdienst Hitlers – dieses krabbelnde Gewürm beseitigt worden war: „Schon durch die Besetzung Österreichs durch Hitler fand auch der sogenannte Austro-Marxismus sein Ende.“ Die Nationalsozialisten waren aber offenbar bei der Eliminierung der Linken nicht sehr erfolgreich, denn Guggenberger muss für das Jahr 2005 konstatieren: „Die äußerste revolutionäre Linke hat also ihre Anhänger in allen sozialdemokratischen Gruppierungen Europas, die glau-

4 Wenn man weiß, dass die „Kärntner Soldaten“ Uniformen Hitlers Wehrmacht und Waffen-SS an hatten und regelrechte Jagden auf Partisanen veranstalteten – Kärnten war diesbezüglich ein bevorzugtes Jagdrevier, für das auch vor Ort die SS-Elite ausgebildet wurde, nämlich in der SS-Junkerschule (der heutigen Bundesheerkaserne) in Klagenfurt-Lendorf – dann könnte man auch fragen: Auf wen hätten die Partisanen denn sonst schießen sollen?

ben, den Strukturwandel durch weniger Kinder, hohes Alter und mehr Pensionisten mit Karl Marx und Lenins Ideen über die Herrschaft des Proletariats bewältigen zu können“.

Auch wenn man diese abstrusen Politikerbeiträge außer Acht lässt, steht es um die Erinnerungskultur in Österreich nicht zum Besten. Da die zeitliche Entfernung zu den Ereignissen der NS-Zeit ständig anwächst und das kollektive Gedächtnis ständig unter dem Einfluss des (passiven) Vergessens und des (aktiven) Verdrängens steht, bieten die spärlichen Relikte in der Landschaft praktisch keine Anhaltspunkte mehr für eine adäquate Erinnerung als Grundlage für eine allgemeine politische Bildungsarbeit. Hinzu kommt der Umstand, dass auch im „Gedankenjahr“ die Geschichtsschreibung zwar viel bedrucktes Papier produziert hat, dem Leben und Sterben in den Kärntner Konzentrationslagern jedoch keinen nennenswerten Raum gab.

In dem 2005 erschienenen fünfbändigen Mammutwerk „Kärnten und die nationale Frage“, herausgegeben von Stefan Karner, wird auf über 2.000 Seiten kein einziger Abschnitt dem Mauthausen-Außenlager am Loiblpass gewidmet, kein Satz über die internationalen Gedenkveranstaltungen verloren, die seit über 10 Jahren diesseits und jenseits des Loiblpasses abgehalten werden. Ebenfalls gänzlich verschwiegen wird, dass in der ehemaligen SS-Kaserne Klagenfurt-Lendorf auch ein Außenlager von Mauthausen war.⁵

Selbst bei einem Fokus auf die „nationale Frage in Kärnten“ scheint es den Experten für die Kärntner Zeitgeschichte nicht zu gelingen, den historischen Tatsachen ins Auge zu schauen. Auch das hat Tradition. Bereits 2001 schrieb der Kärntner Historiker August Walzl in seiner Broschüre „Zwangsarbeit in Kärnten im Zweiten Weltkrieg“ über die Häftlinge im Loibl KZ: „Diese setzten sich zusammen aus Franzosen, Polen, Russen, Tschechen, Belgiern, Italienern und Deutschen.“ Zweierlei mutet bei dieser Aufzählung eigenartig an. Einmal die quantitative Gewichtung und dann die spezielle Ausblendung einer Häftlingsgruppe, nämlich die der Jugoslawen. Legt man die Transportlisten von Mauthau-

5 Vgl. Peter Gstettner: Das „vergessene“ KZ vor den Toren der Stadt Klagenfurt. In: *Zeitgeschichte* 2001, Heft 3, S. 160-172

sen zugrunde, so würde sich zeigen, dass die Jugoslawen (nach den Franzosen, Polen und Russen) die viertgrößte Häftlingsgruppe ausmachten, während z. B. „nur“ 22 Italiener und 4 Belgier am Loibl waren.⁶

Eine Erklärung für diese „nationale Ausblendung“ könnte darin gesucht werden, dass bis zum heutigen Tage „die Jugoslawen“ in Kärnten nur als „Täter“ bzw. als „Partisanen“ ins öffentlich Bewusstsein dringen dürfen – frei nach dem Motto: Jugoslawen versuchten 1918 – 1920 Teile von Kärnten ihrem Staat anzugliedern. Und: Jugoslawen wollten – nicht als Freiheitskämpfer, sondern als „Tito-kommunistische Partisanen“ – nochmals 1941 bis 1945 Kärnten dem Deutschtum entreißen.

Gleichzeitig (und dies liegt in der „Logik“ der erinnerungspolitischen Akteure) besteht die Tendenz, bei der historischen Betrachtung der nationalen Konflikte die Verbrechen der eigenen Seite, also „der Kärntner Soldaten“, auszublenden. So wird der Kärntner SS-Arzt vom Loibl KZ, der von einem britischen Militärgericht wegen seiner Euthanasiemordtaten „lebenslanglich“ erhielt (er selbst rechnete mit der Todesstrafe; nichtsdestotrotz wurde er bereits 1954 wieder offiziell als Arzt im Landeskrankenhaus in Klagenfurt angestellt), bei August Walzl (S. 60) zu einem „deutschen Lagerarzt“ umgeschrieben, dem „die Tötung von einigen Schwerverletzten zur Last gelegt wurde“.⁷

Das Kärntner Kollektivgedächtnis erhält auf diese Weise eine eigenwillige Prägung. Unter Bedachtnahme auf die „nationale Frage“ fühlt sich die Kärntner Politik dazu aufgerufen, dem gesellschaftlichen Erinnerungsvermögen in einer spezifischen Art und Weise nachzuhelfen, nämlich so, dass ausgewählte vergangene Ereignisse in Denkmälern, Landesfeiern, Festaufmärschen usw. modelliert und reinszeniert werden, mit dem Ziel, dass diese Er-

6 Inzwischen gibt es auch differenzierte Forschungen über die Mauthausen-Häftlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, die den relativ hohen Anteil slowenischer NS-Opfer bestätigen. Vgl. France Filipic: Slowenen in Mauthausen. Mauthausen-Studien, Schriftenreihe der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Band 3, Wien 2004.

7 August Walzl: Zwangsarbeit in Kärnten im Zweiten Weltkrieg. Die Hintergründe eines politischen Phänomens im Alpen-Adria-Raum. Klagenfurt 2001.

eignisse im kollektiven Bewusstsein gleichsam „verewigt“ werden. Andere Ereignisse können dann getrost „auf ewig vergessen“ werden. Als Beispiel dafür kann eine Betrachtung dessen dienen, was die offizielle Landesgeschichtsschreibung im Verein mit der Kärntner Landespolitik alles unternimmt, um den 10. Oktober 1920, den historischen Tag der siegreichen Volksabstimmung über „Jugoslawien“, im Bewusstsein der Bevölkerung zu verewigen: Verordnungen der Landesschulbehörde zur Abhaltung von 10. Oktober-Feiern, Interventionen des Landesschulrates in Form von vorgeschriebenem Unterrichtsmaterial zum Kärntner Abwehrkampf und zur Volksabstimmung von 1920 usw.

Allerdings wurde 2005 auf die sonst üblichen Festumzüge und Aufmärsche der Traditionsverbände in der Landeshauptstadt verzichtet. Aus Rücksicht auf die erweiterte Union gab man sich europäisch-staatstragend. Lokalkolorit war trotzdem noch zur Genüge vorhanden. So nahm Bundeskanzler Wolfgang Schüssel an dem Jubiläumsfestakt „85 Jahre Volksabstimmung“ in Klagenfurt teil und überbrachte vom Bund die traditionelle „Abstimmungsspende“: 2 Millionen Euro. Am Tag danach wurde er von Kärntner Politikern wegen der zu geringen Höhe der Geldspende gerügt. Sie forderten Landeshauptmann Jörg Haider auf, in Wien „nachzuverhandeln“.

Ob es zu solchen Verhandlungen kommt oder nicht, aus den öffentlichen Ausgaben für die politischen Erinnerungsinzenierungen kann man jedenfalls unschwer Rückschlüsse auf die gesellschaftliche Wertschätzung von jenen Personen und Ereignissen ziehen, die zu erinnern die Gesellschaft angehalten wird. Die Politik behält sich vor, die geschichtlichen Ereignisse selektiv zu betrachten und für das Wahlvolk jeweils eine Version der Vergangenheit als „erinnerungswert“ öffentlich zu präsentieren, nämlich genau jene Version, die der Politik mehrheitsfähig und deshalb „angenehm“ erscheint. Diese Version erhält dann auch die höchstrangige politische Beteiligung und die höchste finanzielle Förderung.

Im Grunde wird dadurch die Gesellschaft in einen offiziellen, herzeigbaren Teil ihrer Vergangenheit und in einen inoffiziellen, abgedunkelten, verschwiegenen Teil gespalten. Der herzeigbare Teil muss naturgemäß geschönt und aufpoliert werden, vor allem

wenn es sich um die NS-Zeit handelt. Zur Behübschung der Geschichte tragen die Politiker selbst bei, indem sie der Erinnerung an diesen Teil der Geschichte ein erhabenes, hehres Gepräge geben. Durch ihre Festreden stellen sich die Politiker an diesen Gedenktagen und -orten selbst dar. Sie positionieren sich dadurch als Traditionsträger einer Positivschau auf die Vergangenheit. Ich nenne diesen Topos „Gute Erinnerung an schlechte Zeiten“. Der Topos wird gerade auch dann bemüht, wenn Politiker für sich selbst die „Gnade der späten Geburt“ in Anspruch nehmen.

In Kärnten ist der Ulrichsberg ein Beispiel für so einen offiziellen Gedenkort, an dem die Spitzen der Politik, der Kirchen und der sog. Volkskultur, gemeinsam mit den Kriegsveteranen der Wehrmacht, den Heimkehrern von der Front, einschließlich den Angehörigen der SS-Verbände, so eine Positivschau auf die NS-Zeit pflegen. In diesem Kontext wird daran erinnert, dass „Kärntner Soldaten“ immer schon „Helden des Abwehrkampfes“ waren; assoziiert wird dabei der Abwehrkampf der sog. Heimattreuen bzw. Deutschnationalen gegenüber slawischen Ansprüchen, sei es 1920 oder 1945, als es um Gebietsansprüche ging, oder 1972 (unverändert bis heute), wenn es um zweisprachige Ortstafeln geht.⁸

Das Weltkriegsgedenken am Ulrichsberg steht nicht nur für Geschichtsrevisionismus und für das Reinwaschen des deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges im Osten, die Ulrichsbergveranstaltung steht auch für die Schaffung von Kontinuitäten positiv besetzter Vergangenheiten, für den Appell an zustimmungsfähige Werte und Tugenden, wie zum Beispiel für das Hochhalten des Charaktertyps des gehorsamen Pflichterfüllers, für den mutigen soldatischen Menschen schlechthin. Der Klagenfurter ÖVP-Bürgermeister Harald Scheucher, Sohn des Gründers der Ulrichsberggemeinschaft, hat es 1995 so ausgedrückt: Der Ulrichsberg sei „Mahnmal und Gedächtnisstätte an das heroische

8 Über die Auferstehung der „Helden des Abwehrkampfes“ in Form der Ortstafelstürmer des Jahres 1972 vgl. Peter Gstettner: „... wo alle Macht vom Volk ausgeht“. Eine nachhaltige Verhinderung. Zur Mikropolitik rund um den „Ortstafelsturm“ in Kärnten. In: Österr. Zeitschr. f. Politikwissenschaft 2004, Heft 1, S. 81-94.

Menschentum“. Jörg Haider präzisierte und forderte in einem ORF-Interview (vom 19.12.1995) „alle Ehre und Anerkennung“ für die Mitglieder der Waffen-SS. Und der damalige ÖVP-Verteidigungsminister Fasslabend sprach den am Ulrichsberg versammelten Kriegsveteranen seine Hochachtung dafür aus, dass im Krieg jeder Einzelne seine persönliche Angst überwunden hätte.

Am Ulrichsberg müssen alle anderen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs verschwiegen und tabuisiert werden, speziell natürlich die vielfältigen Versionen der Beteiligung von Wehrmacht und SS am Holocaust. Tabu ist nicht nur die „Minderheiten“-Version vom Mut der WiderstandskämpferInnen, der PartisanInnen in Kärnten, wie überhaupt die Leidensgeschichten der Menschen slawischer und jüdischer Herkunft mit Tabu belegt sind. Tabuisiert sind auch die Folgen der favorisierten Geschichtsversion, dass nämlich jeder Tag Angstüberwindung und Heldenmut auf Seiten der Frontsoldaten eine Verlängerung des NS-Terrors gegenüber Millionen von Opfern in den Kriegsgebieten, in den hinteren Frontabschnitten, in den Konzentrationslagern und Gestapogefängnissen bedeutet hat.

Denn genau das war der Fall: Jede geschürte Hoffnung auf den „Endsieg“ gab den Henkern und Schlächtern in Hitlers Wehrmacht und Polizei neue Gelegenheit, weiter zu töten, zu rauben und zu morden – wie dies das Beispiel des Loibl KZ zeigt, das erst am 7. Mai 1945 geräumt wurde, oder das Massaker an der slowenischen Zivilbevölkerung am Persmanhof, 14 Tage vor dem Kriegsende.

In den letzten Jahren machten sich allerdings auch erstmals Brüche in der deutschnationalen Szene der Kärntner Erinnerungspolitik bemerkbar. Zwiespältig und schillernd, aber immerhin, kam 1997 bei den Festrednern am Ulrichsberg auch der Gedanke an die Opfer der NS-Zeit auf. Wie das mitunter geschah, war allerdings mehr als problematisch: „Der katholische Militärseelsorger Longin hob in seiner Predigt den Ulrichsberg auf eine Stufe mit der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, indem er erklärte, er schätze Mauthausen wie den Ulrichsberg als eine Gedenkstätte für Opfer und Geopferte“.⁹

2005 waren bei der Ulrichsbergveranstaltung noch nie so wenig Teilnehmer wie ehemals. Dies könnte mit dem schlechten

Wetter zusammenhängen oder aber mit dem politisch angespannten Klima. ÖVP-Landesrat Josef Martinz hatte nämlich bei seiner Gedenkrede die Waffen-SS von einer „Kollektivpardonierung“ ausgenommen – und damit ein Tabu gebrochen, denn die „Kameradschaft IV“ der ehemaligen Waffen-SS war von Landeshauptmann Jörg Haider in seinen Ulrichsbergreden immer schon als verdienstvoller und integraler Bestandteil des Ulrichsberggedenkens (und damit der Deutschen Wehrmacht) bezeichnet worden. Haider schützte dadurch nicht nur die Väter-Täter-Generation. Er stellte sich mit dieser Aussage auch explizit gegen das alliierte Urteil der Siegermächte, das in Nürnberg aufgrund der nachgewiesenen Menschheitsverbrechen die Waffen-SS als eine verbrecherische Organisation eingestuft hatte.

Den Spuren von verbrecherischen Organisationen und NS-Größen zu folgen, ist nirgendwo so schwierig wie in Kärnten. Die Spurensuche nach den verdrängten Anteilen an der Geschichte tangiert gleichsam das „schlechte Gewissen der Mehrheitsgesellschaft“, weil die Frage nach unserem heutigen und nach dem zukünftigen Umgang mit der „ganzen Geschichte“ sich zwingend als ständiges Hintergrundthema anbietet.

Im Sinne dieses Anspruchs verstehen wir unter „Erinnerungsarbeit“ einen Bildungs- und Aufklärungsprozess, der eine reflektierte Hinwendung zur gesellschaftlichen Realität des Erinnerns beinhaltet, einen Prozess, bei dem sich das Individuum für den Zustand seiner heutigen Welt und für den seiner Geschichte öffnet. Diese Öffnung bezieht sich nicht nur auf die vorhandenen intellektuellen und moralischen Strukturen, die uns in die Lage versetzen, auch die „Verdrängungsgeschichte“ nachzuvollziehen und zu reflektieren, sondern auch als permanente Aufgabe,

9 Zit. nach einem Bericht der Zeitung „Der Standard“ vom 6.10.1997 in: Walter Fanta: Die Ulrichsbergfeiern im öffentlichen Bewusstsein. In: Ulfried Burz/Heinz Dieter Pohl (Hrsg.) Politische Festtagskultur – Einheit oder Einigkeit? Kärnten und die nationale Frage, Band 3, Klagenfurt/Celovec 2005, S. 331. Im Standard-Bericht wird sogar von einer „kopernikanischen Wende am Ulrichsberg“ gesprochen. Vgl. zu dieser Thematik auch Walter Fanta/Valentin Sima: „Stehst mitten drin im Land“. Das europäische Kameradentreffen auf dem Kärntner Ulrichsberg von den Anfängen bis heute. Klagenfurt/Celovec 2003.

unser emotionales Gedächtnis zu schulen. Deshalb muss Erinnerungsarbeit auf jene Orte beziehbar sein, deren belastete Vergangenheit sich über noch vorhandene Spuren und Geschichten erschließen lässt.

Als so einen Ort haben wir das ehemaligen Loibl KZ Nord bestimmt. Dieser Ort ist in Kärnten *der* exemplarische Lernort in Sachen Zeitgeschichte und politischer Bildung. Gerade weil seit 60 Jahren Bäume und Sträucher ungehindert am Areal des ehemaligen Konzentrationslagers wachsen und die spärlichen Ruinenreste und damit auch die letzten Erinnerungsspuren unter sich begraben konnten, gerade weil hier die Schotterablagerungen am ehemaligen Appellplatz dem Gelände den Eindruck einer offensichtlich verwahrlosten Stätte gegeben haben, ist dieser Ort zum symbolischen Ausdruck für die Verwahrlosung der politischen Bildung in diesem Land geworden.

Nur in so einer „negativen Erinnerungslandschaft“, die von Unwissen und Gedankenlosigkeit geprägt ist, können politische Meinungen gedeihen, wie sie im „Gedankenjahr 2005“ geäußert wurden. Solche Äußerungen reichten von der Leugnung der Existenz von Gaskammern in deutschen Konzentrationslagern bis zu kleineren Verharmlosungen und augenzwinkernden Schwindeleien. Letzteres stellt etwa die Aussage über „die Befreiung von Kärnten“ dar, die der Kärntner BZÖ-Landeshauptmann Jörg Haider kürzlich in einem Profil-Interview getätigt hat: Das Besondere an diesem Land sei, so Haider, dass sich Kärnten „in einem Akt der Selbstbefreiung“ im Mai 1945 eben selbst befreit hätte.¹⁰

Demnach hätte Kärnten aus eigenen Kräften den Nationalsozialismus besiegt und beseitigt, mithin auch die Häftlinge aus den Konzentrationslagern befreit und die Schuldigen ihrer gerechten Strafe zugeführt. Nichts von all dem entspricht aber der historischen Wahrheit, sofern man zugesteht, dass die überlebenden Zeitzeugen des Konzentrationslagers am Loiblpass darüber verfügen.

Auch Jörg Haider hätte mehrmals die Gelegenheit gehabt, Überlebende zu fragen, wer sie denn am 8. Mai 1945 aus dem KZ befreit hat. Aber auch ohne Befragung kann man vermuten: Das

¹⁰ *Profil*, Nr. 22, 30. Mai 2005, S. 23.

Land Kärnten und seine „deutsche“ Bevölkerung waren an dieser Befreiung wohl nicht beteiligt. Die Deutsche Wehrmacht – immer noch unter schweren Waffen auf dem Rückzug vom Balkan über den Loibl – sicher auch nicht. Die Waffen-SS hatte ebenfalls andere Sorgen. Der Kärntner Gauleiter Friedrich Rainer, seit 1934 SS-Mitglied, war zu Kriegsende gerade dabei, seine eigene Haut zu retten. Er war als SS-Obergruppenführer zuletzt auch Oberster Kommissar der „Operationszone Adriatisches Küstenland“ und hatte der Bevölkerung und dem Militär bis zum letzten Tag Durchhalteparolen im Sinne des von ihm erhofften „Endsieg“ gepredigt. Am 8. Mai 1945 durfte er sich – mit Duldung der Männer der nachfolgenden demokratischen Regierung – in aller Ruhe in ein Versteck in Oberkärnten zurückziehen, gemeinsam mit seinen SS-Kumpanen Odilo Globočnik und anderen Nazi-Verbrechern. In der SS-Generalität nannte man dies „Verdünnisieren“. Dies wurde auch dem Gauleiter Rainer empfohlen.¹¹

Wie und von wem wurden nun aber die Häftlinge aus dem KZ am Loiblpass tatsächlich befreit?¹²

Am Loibl wird der 5. Mai 1945 von den Internierten als ihr

11 Vgl. Maurice Williams: Gau, Volk und Reich. Friedrich Rainer und der österreichische Nationalsozialismus. Eine politische Biographie nach Selbstzeugnissen. Klagenfurt 2005.

12 Die folgende Darstellung ist dem Buch von Janko Tisler und Joze Rovsek „Mauthausen na Ljubelju“ (Klagenfurt/Celovec 1995) bzw. einer Rohübersetzung von Lilly Jaroschka entnommen (deutsche Fassung 1998 als Manuskript im Auftrag des BMfI). Die Zusammenfassung erfolgte für diese Publikation durch Peter Gstettner.

Der Zeitzeuge und Autor Janko Tisler, der zunächst im Auftrag der slowenischen Widerstandsbewegung bei einer zivilen Baufirma am Loibl arbeitete und als Kontaktmann zu den französischen Häftlingen Briefkontakte, Medikamentenversorgung und Fluchthilfe organisierte, musste am 1. Juli 1944 selbst zu den Partisanen flüchten, da seine Widerstandstätigkeit an die Deutschen verraten worden war. Sein Buch ist die bisher exakteste Historiographie des KZ am Loiblpass und stützt sich sowohl auf eigene Tagebuchaufzeichnungen und Recherchen sowie auf zahlreiche Aussagen von ehemaligen Internierten. Als wichtiger Zeitzeuge und Freund unserer Erinnerungsarbeit beim ehem. Loibl KZ Nord stand er auch Josef Zausnig für sein Buch „Der Loibl-Tunnel. Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs.“ (Klagenfurt/Celovec 1995) zur Verfügung.

„letzter Arbeitstag“ beschrieben. Die endgültige Auflösung des Loibl KZ Süd begann am 7. Mai 1945. Es traf an diesem Tag noch ein „Evakuierungstransport“ auf Lkw mit Häftlingen aus dem KZ Klagenfurt-Lendorf ein. Nachdem weder von Klagenfurt noch vom Loibl aus die Häftlinge nach Mauthausen zurück transportiert werden konnten, die SS aber offensichtlich den Befehl eines „geordneten Rückzugs“ hatte, gab es – angesichts des Chaos auf der Loiblstraße, die von rückflutender Wehrmacht, SS und von flüchtenden Kollaborationstruppen blockiert wurde nur spontan zu entscheidende „Verlegenheitslösungen“, wie zum Beispiel folgende:

- Die KZ-Häftlinge aus dem Lager Klagenfurt-Lendorf, die am 7. Mai ins Loibl KZ Süd gebracht wurden, wurden aufgeteilt: Eine Gruppe wurde wieder nach Klagenfurt in die Kaserne zurückgebracht und dort in SS-Uniformen gesteckt. Die andere Gruppe musste im Südlager bleiben und das Geschick der dort noch verbliebenen KZ-Häftlinge teilen.
- Die kranken und nicht transportfähigen KZ-Häftlinge waren am meisten gefährdet, weil sie von den nach Kärnten flüchtenden slowenischen Nazikollaborateuren, die alle die Loiblstraße benutzten, als „Partisanenfreunde“ und deshalb als „Feinde“ betrachtet wurden. Außerdem schien sich diese Gruppe, aus der Perspektive der flüchtenden Nazi-Freunde, im aufgelassenen KZ verschanzt zu haben. Mit Gewehr- und Granatenfeuer wurden die zurückgelassenen Kranken in ihren Baracken deshalb von den zum Loiblpass flüchtenden Nazis beschossen. Mithilfe der slowenischen Zivilbevölkerung und Widerstandsbewegung wurden die Menschen aus dem Krankenrevier schließlich gerettet.

Etwa 100 jugoslawische KZ-Häftlinge, darunter ca. 70 Slowenen, wurden vom Lagerkommandanten am Abend des 7. Mai einzeln bzw. in Kleingruppen „entlassen“. Der Lagerkommandant tat dies offenbar in Absprache mit der nazifreundlichen slowenischen Landwehr (Domobrancen)¹³, die die einzige Straße talauswärts kontrollierte. Er rechnete damit, dass die entlassenen ehemaligen Internierten, die durch ihre Frisuren und Häftlingskleider leicht zu identifizieren waren, von der

slowenischen Landwehr, die offen mit der SS kooperierte, wieder gefangen gesetzt würden. So kam es in vielen Fällen dann auch. Die Landwehr konnte nach ihrem Gutdünken mit den ehemaligen Häftlingen verfahren. Was das bedeutete, war allen Beteiligten klar, hatte doch die Landwehr gegenüber den siegreichen Partisanen, die in ihren Augen alles „Kommunisten“ waren, enorme Hassgefühle und Rachegefühle.

- Die größte Gruppe, die in SS-Begleitung das Südlager verließ, bestand aus ungefähr 950 Häftlingen, über die Hälfte davon waren Franzosen. 44 gut bewaffnete SS-Männer, die zunächst den Weg zum Tunneleingang frei machen mussten, waren zur Eskortierung dieser Gruppe abgestellt. Die Kolonne begann in der Früh des 7. Mai 1945 den Fußmarsch durch den Tunnel auf die Kärntner Seite des Loiblpasses. Ziel der führenden SS-Wachmannschaft war es, durch das Kärntner Loibltal die Stadt Ferlach und die Draubrücke zu erreichen, um in die Nähe von Klagenfurt zu kommen, wo bereits die Alliierten vermutet wurden. (Tatsächlich sollten am nächsten Tag britische Truppen aus Oberitalien kommend über das Kanaltal und Villach Klagenfurt erreichen.) Da der Marschweg der Kolonne jedoch von Partisanen besetzt und kontrolliert wurde, waren sich die SS-Wachmannschaften selbst im Schutz der Häftlinge nicht sicher, ob sie gefahrlos den vorgesehenen Weg nehmen könnten. Wegen der schweren Gefechte, die die zurückflutenden deutschen Truppen den Partisanen bei Ferlach lieferten, musste der

13 Die Domobrancen, wie die slowenischen Landwehrmänner auch genannt wurden, gelten nach dem heutigen Wissensstand als willfähige NS-Kollaborationstruppen, die zwar eigene „nationale Befreiungsziele“ verfolgten, in erster Linie aber für die Bekämpfung der Partisanen zuständig waren und damit den deutschen Rückzug vom Balkan abzusichern hatten. Ihr brutales Vorgehen als „antikommunistische Sturmsharen“, die sich im Vorfeld der Kriegshandlungen oder im rückwärtigen Gebiet des Frontverlaufs an den Verbrechen der Wehrmacht beteiligten, brachte ihnen auch den Ruf als „slowenische SS“ ein. Nach Kriegsende wurden sie von siegreichen Partisanenkommandos massenhaft, zum Teil wahllos und ohne Kriegsverfahren hingerichtet.

Häftlingsmarsch in ein Seitental, das Kärntner Rosental, ausweichen. Dort wurden die KZ-Häftlinge schließlich durch Partisanen am 8. Mai aus den Fängen der SS-Bewacher befreit. Bei der Befreiungsaktion, an der die Männer des Lagerwiderstandes aktiv beteiligt waren, fielen zwei volksdeutsche SS-Männer. Die anderen ehemaligen KZ-Bewacher wurden gefangen genommen und den Partisanen bzw. den Briten übergeben.

- Ebenfalls am 8. Mai 1945 setzte sich die sog. SS-Elite (der KZ-Kommandant, der Lagerarzt und die höheren SS-Funktionäre) in Zivilkleidung endgültig vom Loibl KZ Süd durch den Tunnel in Richtung Klagenfurt ab. Auch diese „Flüchtlinge“ kamen teilweise nur bis zur Draubrücke, wo sie von ehemaligen Häftlingen identifiziert und zur Festnahme übergeben wurden. Einigen SSlern gelang es allerdings im allgemeinen Chaos unerkannt zu bleiben oder sofort wieder die Flucht zu ergreifen. Nur wenige hatten sich später vor einem britischen Militärgericht für ihre Taten zu verantworten.

Faktum ist also: Es waren die in Kärnten nach 1945 geschmähten und diskriminierten Partisanen, die die Mehrheit der Häftlinge aus den Fängen der Nazi-Schergen befreit haben. Es waren die Partisanen, die den geflohenen Häftlingen Schutz gewährten, sie verpflegten und versorgten, auch mit Waffen – womit denn sonst?

Wollte der Kärntner Landeshauptmann mit seinem Sager von der „Selbstbefreiung Kärntens“ ein neues Dogma verkünden oder wollte er nur unter Beweis stellen, dass Geschichtsunkwissen und Geschichtslügen zur Täter-Opfer-Umkehr passen wie der Schlüssel ins Schloss? Wie auch immer. Die Entwicklung und das anwachsende Interesse vor allem der Schuljugend an dieser „Regionalgeschichte“ zeigen in eine positive Richtung und beweisen, wie wichtig es ist, dass das verwahrloste Schuttgelände des ehemaligen Loibl Konzentrationslagers endlich aufgeräumt wird, um ein Stück Kärntner Zeitgeschichte wieder sichtbar zu machen.¹⁴

Es besteht eine gewisse Hoffnung, dass es unsere Generation

noch erleben wird, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Republik einmal diesen NS-Tatort besuchen können ohne Schamesröte im Gesicht ob der herrschenden Verwahrlosung des Wissens und der Gefühle für die Opfer. Denn auch die Geschichte der Verbrechen am Loibl ist „unsere Geschichte“, ist unsere „dunkle Vergangenheit“, in die wir Licht hineinbringen müssen, um der Welt zu zeigen, dass uns die Leidensgeschichte der Opfer vom Loiblpass nicht egal ist, dass uns diese Geschichte berührt, und wie es scheint, dass sie noch viele Generationen berühren wird.

Als Gründer und Sprecher des Mauthausen Komitees Kärnten/Koroska gab ich dieser Meinung bei der Gedenkveranstaltung im Juni 2005 Ausdruck: „Der schreckliche Tatort hier soll Platz einer würdigen Erinnerung werden, weil wir nur dadurch den Opfern die Ehre bezeugen können und weil wir nur dadurch den wirklichen Befreiern – 60 Jahre danach – den gebührenden Dank abstatten können: den Männern und Frauen, die im Widerstand waren, die im Widerstandskampf ihr Leben verloren haben, den Überlebenden der KZ-Lager und ihren Familien. Ihnen gilt es zu danken, dass sie uns ihre Geschichte anvertraut haben, damit wir uns wieder der Wahrheit der Geschichte versichern können. Wir werden so lange um diese Erinnerung kämpfen müssen, bis sie den Allgemeinplatz im kulturellen Bewusstsein dieses Landes erobert hat. Auch wenn das vielleicht noch lange dauern wird, wir geben die Hoffnung nicht auf.“¹⁵

14 Inzwischen ist auch das Bundesministerium für Inneres (BMfi), zuständig für Mauthausen und seine Nebenlager, der Ansicht, dass beim Loibl KZ Nord ein Lernort und eine würdige Gedenkstätte entstehen sollen. Die Anwesenheit der Bundesinnenministerin, Frau Liese Prokop, bei der Gedenkveranstaltung im Juni 2005 unterstrich die Bedeutung, die einer zukünftigen Gedenkstätte beim ehemaligen Loibl KZ Nord zukommen soll. Mit der Unterdenkmalschutzstellung des Areals wurde schon im Herbst 2003 ein erster Schritt in diese Richtung getan.

15 Aus der Gedenkrede von Peter Gstettner, zit. nach der vervielf. Dokumentation „Gedenkveranstaltung Loibl KZ Nord 2005“.

Martina Weitlaner

Mauthausen – und heute?

Mein Name ist Martina Weitlaner. Ich bin 17 Jahre alt, mein Geburtstag ist der 7. Februar 1988. Ich habe heuer die 7. Klasse des BG Mössingerstraße in Klagenfurt besucht und positiv abgeschlossen. Nächstes Jahr mache ich somit die Matura. Danach werde ich auf jeden Fall studieren, vielleicht Medizin.

Ich habe am Redewettbewerb zum Thema „Mauthausen – und heute?“ teilgenommen, weil ich etwas bewegen wollte. Mir ging es primär nicht darum, Sieger zu sein. Ich wollte den Menschen mit meiner Rede etwas sagen. Ich wollte und will ihnen damit vermitteln, dass wir niemals vergessen oder verdrängen dürfen, was geschehen ist – man kann schließlich nur aus Fehlern lernen, die man auch kennt.

Ich hoffe, dass durch die Veröffentlichung meiner Rede viele Menschen zum Nachdenken angeregt werden, sodass von nun an auch sie bereit sind, sich mehr mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und etwas zu bewegen.

Denn wir dürfen nie vergessen: Die Zukunft liegt allein in unseren Händen. Wie wir sie gestalten, so wird sie sein. Wir müssen uns nur eine einzige Frage beantworten: Wollen wir der Geschichte ihren Lauf lassen oder aber wollen wir sie selbst in die Hand nehmen?

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer – ich grüße alle, die heute hier versammelt sind, um die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen zu feiern und der Opfer zu gedenken!

Mauthausen ist ein Ort des Grauens, ein Symbol der Unterdrückung schlechthin. Er ist ein Beweis für all das Böse, das Unberechenbare im Menschen – ein Beweis, der uns immer daran erinnern soll, wozu wir alle fähig sind. Fast 200.000 Menschen sind hier in Mauthausen interniert gewesen, etwa 100.000 davon haben die Freiheit nicht wiedererlebt. Die Gefangenen sind unter-

drückt worden, gedemütigt und ermordet. Wie wertlose Maschinen wurden sie zur Arbeit gezwungen, im Hauptlager wie in den zahlreichen Nebenlagern. Der Tunnel am Loiblpass wurde, wie wir wissen, von niemand anderem als KZ-Häftlingen erbaut, um nur ein Beispiel zu nennen. Dass die Gefangenen hier in Mauthausen ebenso wie in anderen Konzentrationslagern unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt waren, ist unbestreitbar – unmenschliche Bedingungen, die aber von niemand anderem geschaffen worden sind als von Menschen.

Ich brauche nun wohl nicht ins Detail zu gehen, was das Leben eines KZ-Häftlings hier in Mauthausen beziehungsweise in einem der Nebenlager ausgemacht hat – wir alle, die wir heute hier sind, wissen von den tagtäglichen Demütigungen und Grausamkeiten, denen die Gefangenen schutzlos ausgeliefert waren, wissen von der auszehrenden Zwangsarbeit, von der Todesstiege, wir wissen von dem Mord an so vielen Unschuldigen, wissen von der Gaskammer. Ja, wir wissen davon, wir wissen, was Mauthausen vor nicht einmal hundert Jahren noch gewesen ist und wofür es heute steht – doch wissen wir auch, wie wir mit diesem Wissen umgehen sollen? Was sollen wir, die Jugendlichen, mit diesem unserem Wissen tun? Wie kann uns Mauthausen dabei helfen, eine Wiederholung des Holocaust zu verhindern?

Imre Kertész, ungarisch-jüdischer Schriftsteller und ehemaliger Häftling von Auschwitz und Buchenwald, meint, die Jugend „ringe ratlos mit dem schweren Erbe“. Meiner Meinung nach ist das ein sehr treffender Satz. Wir – die Jugend – ringen ratlos mit unserem Erbe, den Untaten unserer Vorfahren – dem Holocaust. Wir haben das Wissen in der Hand und wissen zugleich nicht so recht, was wir damit anfangen sollen. Sollen wir uns damit auseinandersetzen? Unsere Zeit dafür opfern? Geht es uns – die dritte Generation danach – überhaupt noch etwas an?

Diese Frage lässt sich mit einem klaren Ja beantworten. *Ja*, es geht uns etwas an, uns alle – jeden Einzelnen von uns. Unsere Vorfahren haben dieses Erbe geschaffen, dafür können wir nichts – aber für uns ist es nun an der Zeit, unser Erbe anzutreten.

Jetzt möchte man entgegnen: „Aber warum sich dauernd damit auseinandersetzen? Die Konzentrationslager waren eine schreckliche Sache, aber sie sind vorbei und an der Vergangenheit

kann man sowieso nichts mehr ändern.“ Es stimmt, an der Vergangenheit können wir nichts mehr ändern. Sie ist wie sie ist und kann nur noch angenommen werden. Doch die Zukunft liegt in unseren Händen. Und um die Zukunft würdig zu gestalten, müssen wir die Vergangenheit kennen. Erst wenn wir uns eingehend mit ihr beschäftigt und auseinandergesetzt haben, erst wenn wir genau wissen, was die Menschen damals falsch gemacht haben, wie es zu einem derartigen Ausbruch menschlicher Grausamkeit kommen konnte – erst dann wird es uns möglich sein, die gleichen Fehler nicht zu wiederholen und es in künftigen Zeiten besser zu machen.

Besonders wichtig ist es da, bereits die ersten Ansätze für eine derartige Entwicklung als solche zu erkennen und sofort zu bekämpfen. Mit diesen Ansätzen meine ich vor allem Rassismus beziehungsweise Antisemitismus und das damit zusammenhängende Problem des Sündenbocks. Vor sechzig Jahren wurden Slawen als Untermenschen bezeichnet, Juden waren für die Nationalsozialisten noch weniger wert. Auch andere Volks- und Menschengruppen, wie beispielsweise Roma und Sinti, wurden als minderwertig angesehen. Die Rolle des Sündenbocks übernahmen dabei in erster Linie die Juden. Sie wurden für alles Schlechte in der Gesellschaft verantwortlich gemacht: für den Mangel an Arbeitsplätzen, für die daraus resultierende Armut und so weiter und so fort. Auf diese Weise mussten die Menschen die wahren Ursachen des Problems, die Fehler nicht länger bei sich selbst oder in der Gesellschaft suchen – ohne nachzudenken konnten sie die Juden beschuldigen, für alles verantwortlich machen und unterdrücken. Es war natürlich der leichtere, einfachere Weg, den sie wählten. Aber auch der feigere.

Der Zweite Weltkrieg ist nun schon längst zu Ende, ebenso das Dritte Reich – doch das Problem des Sündenbocks ist nicht nur ein Problem der Nationalsozialisten. Im Gegenteil – etwas Derartiges kann immer wieder geschehen. Auch heute noch gibt es Rassismus, auch heute noch werden Menschen oder Menschengruppen zum Sündenbock erklärt. Besonders jetzt, da die wirtschaftliche Lage auch bei uns immer gespannter wird und die Unzufriedenheit somit wächst und wächst, sind wir gefährdet, in alte Muster zu verfallen. Ich will damit sagen, dass die Gefahr im-

mer größer wird, dass wir uns erneut einen Sündenbock suchen und ihn für unsere persönlichen Probleme verantwortlich machen, obwohl er rein gar nichts dafür kann. Dieser Sündenbock sind vielleicht die Ausländer, die Asylanten, vielleicht auch jemand ganz anderer. Um wen es sich dabei auch immer handelt – kein Mensch ist minderwertig und darf für etwas verantwortlich gemacht werden, was er nicht getan hat.

Dabei ist es besonders wichtig, dass wir bei *uns* beginnen, bei *unserem Leben* und *unserem Umfeld*, und dass wir bei anderen, aber vor allem bei *uns selbst*, genau auf mögliche Anzeichen von Rassismus und Ähnlichem achten, dass wir uns stets vor Augen halten, wozu Rassenfeindlichkeit und Sündenbockmechanismen imstande sind und was sie vor sechzig Jahren ausgelöst haben! Denn auch wenn kein Mensch wie der andere ist, so sind wir doch im Grunde alle gleich. Wir unterscheiden uns vielleicht in punkto Staatsangehörigkeit, Nationalität, Religion, Aussehen und persönlichen Charaktereigenschaften, und es ist unsere Pflicht, diese Unterschiede zu akzeptieren. Zugleich aber haben wir viel gemeinsam: Wir sind alle Menschen, wir sind alle gleich viel wert und haben alle die gleichen Rechte. Bevor wir andere davon zu überzeugen versuchen, muss es vor allem uns selbst klar sein. Wir müssen verstehen, dass wir nicht andere Menschen für unsere Probleme verantwortlich machen und diese infolgedessen unterdrücken und missachten dürfen, nur weil wir zu feige sind, uns mit unseren Problemen auseinanderzusetzen.

Und dabei kann Mauthausen uns sehr hilfreich sein, wenn wir es denn an uns heranlassen. Wie ich bereits gesagt habe, ist Mauthausen ein Symbol der *Unterdrückung*, ein Synonym für all das Böse in uns Menschen. Öffnen wir unsere Ohren und vor allem unsere Herzen für das, was uns Mauthausen auch heute noch zu sagen hat, dann wird es uns wesentlich leichter fallen, die wirklich wichtigen Dinge im Leben zu erkennen und nicht die Fehler der Nationalsozialisten und ihrer Anhänger zu wiederholen. Wir Menschen tun uns leichter, etwas zu glauben, was wir sehen und fassen können – so ist es auch viel einfacher, uns damit zu beschäftigen. In diesem Falle können wir von Glück sprechen, dass die Gedenkstätte Mauthausen noch so gut erhalten ist: Man kann sie besuchen, man kann sich sozusagen hautnah mit der Thema-

tik auseinandersetzen. Lasst uns das auch tun – und damit meine ich abermals in erster Linie die Jugendlichen –, lasst uns Mauthausen verstehen und der Opfer gedenken, und lasst uns gemeinsam auf friedlichem Wege gegen ein Verdrängen und Vergessen der Vergangenheit ankämpfen!

Und vielleicht werden wir dann erkennen, dass Mauthausen nicht nur ein Zeichen der Unterdrückung, sondern auch ein Zeichen der *Befreiung* ist. Vor sechzig Jahren kamen US-amerikanische Truppen hierher und befreiten das Lager. Welche Freude die überlebenden Häftlinge in dem Moment verspürt haben müssen, ist wohl kaum nachzuvollziehen, geschweige denn zu beschreiben. Und nicht nur die Häftlinge: Nach einer langen, langen Zeit völliger Schwärze und Dunkelheit ist endlich wieder die Sonne aufgegangen. Nach einem bitter kalten, scheinbar niemals endenden Winter ist plötzlich und völlig unerwartet der Frühling in warmen Strahlen übers Land hereingebrochen. Die Tore Mauthausens haben sich geöffnet, kurze Zeit später ist das Nazi-Regime endgültig gestürzt worden. Und diesen Moment der Freiheit und unbeschreiblichen Freude sollten wir als Beweis dafür ansehen, dass das Gute letzten Endes doch stärker ist als das Böse, dass es sich demzufolge lohnt, für das Gute – für Gerechtigkeit und Demokratie – zu kämpfen. Wichtig ist nur, dass die Demokratie nicht schläft oder so tut, als würde sie schlafen, sondern dass sie stets die Augen offen hält für das, was sich in der Welt tut. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn wir Anzeichen für Rassismus und Fremdenhass, Anzeichen für ein beginnendes totalitäres, anti-demokratisches Regime wie das des Nationalsozialismus entdecken – nicht aus Angst und nicht aus Gleichgültigkeit. Es ist unsere Aufgabe, die Zukunft menschenwürdig und gerecht zu gestalten, und dabei kann uns die Erinnerung, das Wissen vom Holocaust, sehr hilfreich sein. Wir besitzen dieses Wissen, wir tragen es – geben wir es weiter und kämpfen wir auf diese Weise gegen ein Vergessen der Vergangenheit an! Verhindern wir eine Wiederholung der Vergangenheit! Und vor allem: Setzen wir unser Wissen zuallererst bei uns selbst ein, achten wir genau auf uns und unsere Umwelt!

Dann werden wir nicht länger „ratlos mit dem Erbe ringen“, wie Imre Kertész meint. Im Gegenteil: Wir werden das Beste aus

diesem unserem Erbe machen und uns und unseren Kindern den Weg in eine bessere, gerechtere Zukunft ebnen. Denn es ist unsere Zukunft, unsere und die unserer Kinder – wir allein haben sie in der Hand. Mauthausen ist ein Symbol der Unterdrückung, ein Symbol für das, was niemals hätte geschehen dürfen und niemals mehr geschehen darf. Lassen wir die Erinnerung an die Vergangenheit zu, damit uns stets klar ist, was unsere Vorfahren falsch gemacht haben, sodass wir daraus lernen können!

Zugleich aber ist Mauthausen auch ein Symbol der Befreiung. Achten wir darauf, dass wir auch diesen Aspekt nicht aus den Augen verlieren, denn er zeigt uns, wie wichtig und sinnvoll es ist, für Recht und Demokratie zu kämpfen! Sollte wieder einmal ein totalitäres Regime an die Macht kommen, so erinnern wir uns an die Befreiung Mauthausens – teilen wir die Freude der befreiten Häftlinge und denken wir daran, dass auf jeden noch so kalten und noch so langen Winter ein warmer Frühling folgt – wir dürfen nur nicht aufhören zu kämpfen!

AutorInnen

Edith Blaschitz, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Donau-Universität Krems, Arbeitsschwerpunkte: Mediengeschichte, Medienkultur

Eva Blimlinger, Historikerin, Forschungskoordinatorin der Historikerkommission, Wien

Ljubomir Bratic, Philosoph und freier Publizist; lebt und arbeitet in Wien

Peter Gstettner, Univ. Professor für Erziehungswissenschaft, Universität Klagenfurt

Hans Hautmann, Univ. Professor am Institut für neuere Geschichte und Zeitgeschichte, Johannes Kepler-Universität, Linz

Hannes Hofbauer, Historiker, Verleger, Journalist, Wien

Peter Malina, Historiker, Wien

Christa Nowshad, Leiterin der Abteilung für Vermittlung und Kommunikation des Museums Arbeitswelt, Steyr

Gerald Oberansmayr, Mitarbeiter der Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz

Andreas Pribersky, Historiker, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

Günter Reder, Mitarbeiter der Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz

Josef Seiter, Lehrer an der Pädagogischen Akademie des Bundes, Kulturhistoriker, Wien

Heidemarie Uhl, Historikerin, Kommission für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien

Martina Weitlaner, Schülerin, Klagenfurt

Renate Welsh-Rabady, Kinder- und Jugendbuchschriftstellerin, Wien

LIEFERBARE TITEL

Nr.	Titel	Preis
21	Kreativitäten	€ 1,10
23	Wer will was von der Schule?	€ 1,10
24	Sonderschule	€ 1,10
25	Jugend ohne Politik?	€ 2,20
28	Lehrerpersönlichkeit I	€ 2,20
29	Lehrerpersönlichkeit II	€ 2,20
33	Linke Moral?	€ 2,20
34	Schule und Beruf/ Berufsschule	€ 2,20
35	Störfaktor Körper	€ 2,20
36	Naturwissenschaften	€ 2,20
37	Otto Glöckel	€ 4,40
38	Fremdsprachenunterricht	€ 4,40
40	Arbeit & Bildung	€ 4,40
42	Ästhetik	€ 4,40
45	Gewerkschaft	€ 5,50
47	Schuleinstieg	€ 4,40
48	Konsumenten	€ 4,40
49	Erinnerungsarbeit 1938/88	€ 5,00
51	Mozart 1789	€ 5,00
52	Bildungspolitik	€ 7,20
53	Sexualität	€ 7,20
56	Zweiter Weltkrieg	€ 6,40
57	Österreich-EG-Europa	€ 5,00
58	Museumspädagogik	€ 10,20
59	Analphabetismus	€ 5,00
60	Erziehungsziel Parteidisziplin	€ 5,00
61	Erziehung und Bildung III	€ 7,20
62	Community Education	€ 7,20
63	Feministische Pädagogik	€ 7,20
64	Schulautonomie	€ 10,90
65	Traumschule	€ 5,00
66	Österreichische Identität	€ 7,20
67	Lernwidersprüche	€ 7,20
68	Fremd-Sprachen-Politik	€ 7,20
69	Was Lehrer lesen	€ 7,20
70	Behindertenintegration	€ 10,90
71	Sexuelle Gewalt	€ 7,20
72	Friedenserziehung	€ 8,70
74	Projektunterricht	€ 7,20
76	Noten und Alternativen II	€ 7,20
77	Unabhängige Gruppen in der GÖD	€ 7,20
78	Neues Lernen – neue Gesellschaft	€ 7,20
79	Sozialarbeit & Schule	€ 6,50
80	Reformpädagogik	€ 8,70
81	Lust auf Kunst?	€ 8,70
82	Umweltwahrnehmung	€ 8,70
84	Verordnete Feiern – gelungene Feste	€ 8,70
85	Misere Lehre	€ 8,70
86	Erinnerungskultur	€ 8,70
87	Umwelterziehung	€ 8,70
88	Lehren und Lernen fremder Sprachen	€ 8,70
89	Hauptfach Werkerziehung	€ 8,70
90	Macht in der Schule	€ 8,70
92	Globalisierung, Regional- isierung, Ethnisierung	€ 10,90
93	Ethikunterricht	€ 8,70
94	Behinderung. Integration in der Schule	€ 10,90
95	Lebensfach Musik	€ 10,90
96	Schulentwicklung	€ 10,90
97	Leibeserziehung	€ 12,40
98	Alternative Leistungsbeurteilung	€ 11,60
99	Neue Medien I	€ 11,60
100	Neue Medien II	€ 10,90
101	Friedenskultur	€ 10,90
102	Gesamtschule – 25 Jahre schulheft	€ 10,90
103	Esoterik im Bildungsbereich	€ 10,90
104	Geschlechtergrenzen überschreiten	€ 10,90
105	Die Mühen der Erinnerung Band 1	€ 10,90
106	Die Mühen der Erinnerung Band 2	€ 10,90
107	Mahlzeit? Ernährung	€ 10,90
108	LehrerInnenbildung	€ 11,60
109	Begabung	€ 11,60
110	leben – lesen – erzählen	€ 11,60
111	Auf dem Weg – Kunst- und Kulturvermittlung	€ 11,60
112	Schwarz-blaues Reformsparen	€ 8,70
113	Wa(h)re Bildung	€ 9,50
114	Integration?	€ 9,50
115	Roma und Sinti	€ 9,50
116	Pädagogisierung	€ 9,50
117	Aufrüstung u. Sozialabbau	€ 9,50
118	Kontrollgesellschaft und Schule	€ 9,50
119	Religiöser Fundamentalismus	€ 9,50
120	2005 Revisited	€ 9,50
	in Vorbereitung:	
121	Erinnerungskultur – Mauthausen	

